Ankara indoktriniert NRW-Schüler S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 21 – 25. Mai 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Müsste eigentlich seinen Stuhl räumen: Auch die Amtsvorgänger von Thomas de Maizière tragen Mitschuld Bild: action press

Politik im freien Fall

Drohnen-Desaster beschädigt Regierung und Opposition gleichermaßen

Die substanzlosen Äußerungen von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière zur Neuausrichtung der Bundeswehr und die milliardenschwere Steuerverschwendung beim „Euro Hawk" offenbaren ein eklatantes Versagen von Politik und Verwaltung.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Neuausrichtung der Bundeswehr hat lange auf sich warten lassen. Wer nun erwartet hatte, dass de Maizières Regierungserklärung angesichts einer so langen Bearbeitungszeit besonders fundiert sein würde, dürfte allerdings enttäuscht gewesen sein. Viele schöne Worte und doch nur wenig gesagt. So etwa lassen sich seine Ausführungen zusammenfassen. Dass der Minister eine positive Zwischenbilanz der Reform ziehen würde, war nicht anders zu erwarten. Sie ist für ihn die „grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage", mit der Deutschlands „Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt" Rechnung getragen werden solle. Das sind Worte mit ebenso wenig Neuigkeitswert wie Aussagekraft. Denn was damit genau gemeint ist, bleibt weiter offen.

Details der Neuausrichtung, die zu lästigen Nachfragen Anlass geben könnten, ließ de Maizière wohlweislich ebenfalls unerwähnt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen nämlich auseinander. Das einzige, was halbwegs Erfolg versprechend verläuft, ist der Personalabbau – zu wenig für eine positive Zwischenbilanz und große Worte. Auch eine reduzierte Bundeswehr benötigt eine solide finanzielle Basis und Planungssicherheit bei Rüstungsvorhaben.

> Als Wahlkampfthema ist der »Euro Hawk« für alle peinlich

Dass es daran mangelt, offenbart auf eklatante Weise das gescheiterte Drohnen-Projekt „Euro Hawk". Ein laut Verteidigungsministerium „strukturrelevantes Hauptwaffensystem", durch dessen Einsatz eigene Verluste reduziert werden könnten, wird gestoppt, weil das unbemannte Luftfahrtsystem offenbar zu keinem Zeitpunkt eine Chance auf Zulassung im europäischen Luftraum hatte. Das war eigentlich von Anfang an klar, und doch haben über zehn Jahre mehrere Verteidigungsminister dieses Desaster herbeigeplant und weit mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Sand gesetzt. Dank der langen Vorgeschichte trudelt das abgeschmierte Fluggerät nun mitten hinein in den beginnenden Bundestagswahlkampf. Die Opposition wirft der Bundesregierung vor, das Parlament zu „veräppeln", da die Zulassungshürden seit Jahren bekannt gewesen seien. Für die Koalition wiederum trifft es sich gut, dass sie auf die Urheberschaft des damaligen SPD-Ministers Peter Struck an den Beschaffungsplanungen verweisen kann. Als Wahlkampfthema ist der „Euro Hawk" indes untauglich, denn es handelt sich bei der Fehlleistung nicht um einzelnes Ministerversagen, sondern um einen parteiübergreifenden Verstoß gegen die Grundsätze ordentlichen Regierungs- und Verwaltungshandelns. De Maizière wollte mit dem Aus für das Projekt „die Reißleine ziehen". Wer aber die Reißleine zieht, befindet sich im freien Fall. Der Aufschlag könnte nicht nur für ihn sehr hart werden.

Jan Heitmann

JAN HEITMANN:

Gleiche Münze

Bei „Nazi-Vergleichen" aus dem Ausland reagieren unsere Politiker dünnhäutig. Die kommen immer dann, wenn man sich von Deutschland dominiert oder bevormundet fühlt. So wie im Falle Ungarn: „Die Deutschen haben schon einmal eine Kavallerie nach Ungarn geschickt, in Form von Panzern. Unsere Bitte ist, sie nicht zu schicken. Es war keine gute Idee, sie hat sich nicht bewährt." Mit dieser Anspielung auf den Einmarsch deutscher Truppen 1944 reagierte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban auf deutsche Kritik an Demokratiedefiziten in seinem Land. Zuvor hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündet, man werde alles tun, „um Ungarn auf den richtigen Weg zu bringen, aber nicht gleich die Kavallerie schicken." Also nicht gleich, aber vielleicht später? Man kann es Orban kaum verdenken, dass er darauf mit gleicher Münze herausgegeben hat.

Dass die Medien in den Euro-Krisenländern die Kanzlerin so gern in Naziuniformen oder mit Hitlerbärtchen abbilden, hat seinen Grund auch in der deutschen Binnenpropaganda. Jeder weiß, dass Deutschland der Zahlmeister Europas ist. Um uns dennoch in Sachen Euro bei Laune zu halten, gaukeln uns Politiker und Medien gebetsmühlenartig vor, wir seien die größten Profiteure der Gemeinschaftswährung. Das wird auch in den Ländern zur Kenntnis genommen, denen Merkel wegen ihres mangelnden Sparwillens die Daumenschrauben anlegen will. Der logische Gedankenschluss: Der große Gewinner Deutschland will uns arme Verlierer gängeln und aussaugen. Gezielte Desinformation über den Geldfluss in der Währungsunion hierzulande führt so zu deutschenfeindlichen Ressentiments im Ausland.

Gläsern und geschröpft

EU bereitet Enteignung der Sparer ab 2016 vor

EU-Kommissionschef José Manuel Barroso will bis 2015 einen automatischen Informationsaustausch über alle Arten von Einkommen der EU-Bürger durchsetzen. Dabei sollen Einkünfte aus Arbeit, Renten, Versicherungen, Dividenden und Kapitalerträgen lückenlos erfasst werden. Als Vorwand für die Schaffung des „gläsernen EU-Bürgers" dient ihm der „Kampf gegen den Steuerbetrug". Sein Kommissionskollege Michel Barnier arbeitet unterdessen weiter an den Plänen zur zügigen Schaffung einer Bankenunion. Damit könnte schnell auf das Geld der Sparer zurückgegriffen werden, wenn eine Bank in Schwierigkeiten gerät.

Wie diese Bankenrettung auf Kosten der Anleger in der Praxis aussehen soll, hat der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments auf seiner letzten Sitzung

> Zustimmung nur noch Formsache

beschlossen. Nach dem Gesetzesvorschlag sollen ab 2016 Spargutaben über 100 000 Euro enteignet werden, wenn eine Bank pleitegeht. Darunter liegende Guthaben sollen dagegen angeblich sicher sein. Zur Begründung verweist der Rechtsausschuss auf den Fall Zypern, der gezeigt habe, dass „klare Regeln" wichtig seien, „um Aktionäre, Bondbesitzer und Sparer bei einer Bankpleite heranzuziehen". Ganz so klar sind die geplanten Regeln allerdings nicht. So bleibt offen, in welcher Reihenfolge die Anleger geschröpft würden. Es ist also gut möglich, dass die Sparer als erste zur Kasse gebeten werden.

Die Gesetzesvorlage muss nur noch von den EU-Finanzministern abgesegnet werden. Das dürfte jedoch eine Formsache sein, da die Minister sich bereits grundsätzlich mit der Enteignung von Guthaben zur Bankenrettung einverstanden erklärt haben. Außerdem folgen sie in der Regel den Vorschlägen des Rechtsausschusses.

J.H.

Vertrag mit Symbolkraft

Hamburg und Königsberg kooperieren in vielen Bereichen

Hamburg und Königsberg arbeiten seit Langem auf vielen Gebieten zusammen, vor allem aber kooperieren die beiden Häfen intensiv. Die vergangene Woche in Hamburg durch Olaf Scholz und Alexander Jaroschuk erneuerte Kooperationsvereinbarung trägt Symbolcharakter für die deutsch-russischen Beziehungen. Seit dem Ende der Sowjetunion hat sich in der Königsberger Exklave vieles getan. Die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone ermöglichte eine wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt durch die Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland konnte vieles, was noch an die Vorkriegszeit erinnert, vor dem Verfall gerettet werden.

Flossen zu Beginn überwiegend Mittel privater Initiativen – zahlreiche Spenden für den Wiederaufbau des Königsberger Doms und Hilfslieferungen, organisiert von Ver-

> Förderung nun auch durch Moskau

triebenen – ins Gebiet, so hat die Europäische Union in den vergangenen Jahren im Rahmen der Nachbarschaftspolitik zwischen Polen, Russland und Litauen erhebliche Fördermittel bereitgestellt. Allein im Rahmen der grenzübergreifenden Kooperation (CBC) wurden Russland 21,7 Millionen Euro für zirka 60 Programme in den Bereichen Kultur, Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen, Gesundheit, Arbeit, Sport, Bildung und Umwelt zur Verfügung gestellt.

Zurzeit werden Programme für Förderprojekte für die Periode 2014 bis 2020 ausgearbeitet. Teil der intensiven Kooperation zwischen den beiden Hansestädten Hamburg und Königsberg ist es, gemeinsam europäische Fördergelder für internationale Projekte einzuwerben.

Erfreulich ist, dass nun auch Moskau die Fördergelder für das Königsberger Gebiet bis 2020 auf umgerechnet 10,5 Milliarden Euro für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Region aufstocken will. *(Siehe auch Seite 13).*

MRK

Zwischenruf

Es geht voran!

Seebad Rauschen [Swetlogorsk], Pfingstmontag. Als Führer einer Reisegruppe sitze ich auf der Terrasse des Hotels „Universal" und schreibe diese Zeilen nieder. 26 nachgeborene Familienmitglieder haben mich gebeten, über die Pfingsttage eine Reise durch das nördliche Ostpreußen zu organisieren. Wir haben hier in diesen Tagen herrliches Sommerwetter. 25 bis 27 Grad, Sonne, strahlendblauer Himmel. Die Liegen und Strandkörbe sind für die Jahreszeit gut belegt. Das Königsberger Gebiet ist in den letzten Jahren gehörig vorangekommen. Königsberg ist inzwischen eine europäische Metropole, vergleichbar mit Danzig, Straßburg oder Mailand. Die Stadt hat eine Flaniermeile mit Cafés, Bistros, Boutiquen und großen Bekleidungsgeschäften.

Schön angelegte Spazierwege mit zahlreichen Ruhebänken umranden den Schlossteich und den Oberteich. Auf dem Hansaplatz dominiert der Blick auf die neugeschaffene, mächtige orthodoxe Erlöserkathedrale. Lenin ist verschwunden.

Leider hat er als Statue in einigen Kreisstädten – Friedland, Gerdauen – noch überlebt. Die große Magistrale von Königsberg über Gumbinnen, Eydtkuhnen, Minsk nach Moskau – auf deutscher Seite bis 1945 die Reichsstraße 1 – ist stellenweise schon in einem guten autobahnähnlichen Zustand. An vielen Stellen wird derzeit an ihr weitergebaut.

Land wird wieder landwirtschaftlich genutzt, allerdings gilt dies nur für etwa 50 Prozent der vorhandenen Flächen. Vieles liegt noch brach. Viehherden sind fast nie zu sehen.

In den großen Städten des Gebietes ist man im 21. Jahrhundert angekommen. Dies gilt leider noch nicht für die Kleinstädte und die ländlichen Regionen im Osten und Süden der Oblast. Das Preisniveau in Rauschen ist günstig. Hoffentlich noch lange! Königsberg und die Ostseebäder an der Samlandküste sind lohnend. Air Berlin fliegt täglich von Berlin nach Königsberg und zurück. *Wilhelm v. Gottberg*

Jerusalem verändert sein Gesicht

Die Stadt, die gleich drei Religionen für sich vereinnahmen, wird fundamentalistischer

Säkulare Juden und Muslime wehren sich gegen den zunehmenden Einfluss der Ultra-Orthodoxen in Jerusalem, doch der Anteil der ultra-orthodoxen Juden an der Bevölkerung der Heiligen Stadt steigt.

Der Yom Yerushalayim [Jerusalemtag] ist der Tag, an dem Israel im Juni 1967 den Sechs-Tage-Krieg gewann und die Jerusalemer Altstadt unter israelische Oberhoheit fiel, nachdem fast 20 Jahre lang die Stadt zuvor zwischen Jordanien und Israel geteilt gewesen war. An diesem Tag hatten die Juden wieder freien Zugang zur Altstadt und somit auch zur Klagemauer, der Westmauer des jüdischen Tempels. Die nachfolgende Annexion des Ostteils der Stadt durch Israel wurde völkerrechtlich nie anerkannt. Am 12. Mai 1968 legte die Regierung Israels fest, den Jerusalemtag auf den 28. Ijjar zu legen, Feiertag ist der Tag allerdings erst seit 1998, als die Knesset via „Jerusalemtag-Gesetz" beschloss, den Jerusalemtag als nationalen Feiertag einzuführen. Für die arabische Bevölkerung Jerusalems stellt der Jerusalemtag eine Provokation dar.

Zum diesjährigen Jerusalemtag, der auf den 7. Mai fiel, veröffentlichte das israelische Statistikamt die neuesten Bevölkerungsdaten für Jerusalem. Von den 800 000 Einwohnern der Stadt Davids stellten die Juden 2011 mit 500 000 etwa 62 Prozent, an zweiter Stelle kamen die Muslime mit 280 000, das heißt 34 Prozent. Weit abgeschlagen kamen die Christen mit 15 000, also knapp zwei Prozent. Vor 100 Jahren, unter der türkischen Herrschaft, stellten die Christen noch ein Drittel der Bevölkerung. Auch in der heiligen Stadt Jerusalem gibt es Atheisten, sie bilden allerdings mit 9000 eine sehr kleine Gruppe.

Von den 500 000 Juden Jerusalems gehört ein Drittel zu der Gruppe der Ultra-Orthodoxen. Wegen des großen Kinderreichtums dieser Gruppe wächst der jüdische Bevölkerungsanteil Jerusalems ständig auch gegenüber den Muslimen, obwohl die Juden insgesamt eine negative Wanderungsbilanz für Jerusalem aufweisen.

Der Jerusalemtag ist vor allem ein Feiertag für ultra-orthodoxe Juden geworden. Diesen ist jedoch nicht die Wiedervereinigung der Stadt wichtig, sondern ihnen geht es eher um den Wiederaufbau des Tempels. Anfang der 1980er Jahre scheiterte der Versuch einer „jüdischen Untergrundbewegung", den moslemischen Felsendom auf dem Tempelberg zu sprengen und den Tempel wiederaufzubauen. Ihre Pläne von damals haben sie nicht aufgegeben, aber heute geht es den Ultra-Orthodoxen eher darum, innerhalb der Altstadt zu siedeln und dort die Bevölkerungsmehrheit zu erreichen. Mehr als 30 Häuser hat die Talmud-Schule „Atheret Hacohanim", die die Eroberung der Altstadt anstrebt, im moslemischen und christlichen Viertel bereits bezogen. Weit mehr soll sie von Palästinensern gekauft haben, meist über Strohmänner. Die demografische Zeitbombe, die auch ein Politikum ist, tickt zugunsten der ultra-orthodoxen Juden.

Christen spielen nur unbedeutende Rolle

Vor 100 Jahren stellten die Muslime bereits ein Drittel der Bevölkerung Jerusalems, denselben Anteil stellen sie auch heute noch. Damals allerdings, im Osmanischen Reich, bildeten sie die gesellschaftliche Elite, allen voran die Familien Husseini und Nashashibi. Acht von zehn Palästinensern in Ostjerusalem leben heute nach Angaben von Menschenrechtlern unterhalb der Armutsgrenze. Dies sei „die schlimmste Armutsrate aller Zeiten", kritisierte der Verein für Bürgerrechte in Israel (ACRI) in einem Sozialreport. Die Nichtregierungsorganisation veröffentlichte die Studie am Vortag des Jerusalemtages. Der ACRI-Report kritisiert insbesondere die Folgen des Mauerbaus seit zehn Jahren, der Jerusalem, das Israel zu seinem Staatsgebiet zählt, vom palästinensischen Westjordanland abtrennt. Etwa 90 000 Palästinenser müssten täglich diese Mauer an den Kontrollpunkten passieren, vor allem jedoch die Infrastruktur in Ostjerusalem leide stark unter dieser Trennung. Dort fehlten 50 Kilometer Abwasserkanäle, weshalb viele Wohngebiete auf Sickergruben angewiesen seien, wo Überflutungen immer wieder Gesundheitsrisiken heraufbeschwörten, so der Report. Seit 1967 habe die israelische Regierung ein Drittel des palästinensischen Landbesitzes in Jerusalem enteignet, um dort Wohnungen für die wachsende ultra-orthodoxe jüdische Bevölkerung der Stadt zu errichten, beklagt die Bürgerrechtsorganisation.

Palästinenser hatten am diesjährigen Jerusalemtag eine Gruppe jüdischer Besucher auf dem Tempelberg mit Stühlen beworfen. Die israelische Polizei hat daraufhin Muhammad Ahmad Hussein, den Mufti von Jerusalem, festgenommen und verhört. Das Amt des Obersten Muftis von Jerusalem stammt noch aus der osmanischen Zeit, die Briten hatten es nicht gewagt, dieses anzutasten. Nach 1948 wurde der Mufti vom jordanischen König ernannt, seit der Errichtung einer palästinensischen Autonomiebehörde in den 1990er Jahren wird er von dieser ernannt. In der Vergangenheit hatte Mufti Hussein bereits mehrfach einen Hadith-Vers zitiert, wonach es Muslimen erlaubt sein soll, Juden zu töten. Schon direkt nach seinem Amtsantritt 2006 hatte Hussein verkündet, dass Selbstmord-Attentate nach der Scharia erlaubt seien.

Jerusalem erlebt also derzeit gleich von zwei Glaubensrichtungen her eine Radikalisierung. Bis jetzt gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Politik eine Idee hat, wie sie die auf Konfrontationen hinauslaufende Entwicklung stoppen kann. *Bodo Bost*



Drängen in die Altstadt: Orthodoxe kaufen – zumeist über Strohmänner – Christen und Palästinensern ihre Häuser ab. Ihr Ziel ist es, den historischen Kern Jerusalems zu besiedeln Bild: F1-online

Emir entdeckt Irland

Katar investiert 40 Millionen in Moscheebau und nimmt Einfluss

Im 17. Jahrhundert waren es sarazenische Piraten, die von den irischen Küsten Sklaven nach Afrika und Arabien verschleppten, im 21. Jahrhundert sind es die Emirate, voran der Emir von Katar, der die Grüne Insel zum Zielpunkt islamischer Mission auserkoren hat. Zu diesem Zweck finanziert er den Bau einer der größten europäischen Moscheen im neuen Stadtteil Clongriffin im Norden der irischen Metropole Dublin. Kostenpunkt: 40 Millionen Euro.

Katar ist wie Saudi-Arabien ein Land des sogenannten Wahabismus – eine der strengsten Auslegungen des Koran mit Tod durch Köpfen, Steinigungen und wenigen Rechten für Frauen. Der Wahabismus – der nicht nur die Muslime davon abhält, sich im Westen zu integrieren, sondern den Dschihad gegen Nicht-Muslime unterstützt – droht, die muslimischen Imigranten in Irland zu radikalisieren. Als Zeichen dafür gewertet werden, dass der islamistische Terrorist Wagdi Ghoneim Ehrengast der Moslems in Irland war. Den Trend zeigt auch die Position der Clonsgeagh-Moschee an. Sie ist europäisches Hauptquartier des Rates für Fatwa und Forschung und fordert die Todesstrafe für Homosexuelle.

Der Dubliner Stadtrat genehmigte das von Katar finanzierte Moschee-Projekt am 7. März. Demnach wird das Gotteshaus dreigeschossig sein und eine große Kuppel sowie ein Kulturzentrum mit Minaretten aufweisen. Die Clongriffin-Moschee soll 30 000 Muslime, die in Dublin leben, betreuen. Insgesamt leben 50 000 Muslime in Irland. Deren Anteil an der 4,6 Millionen Einwohner umfassenden irischen Gesamtbevölkerung ist zwar mit 1,07 Prozent im Vergleich mit anderen europäischen Ländern relativ gering, doch ist die muslimische Bevölkerungsrate in Irland in den letzten 20 Jahren ständig angewachsen auf fast das Zwölffache. Der Islam ist heute die am schnellsten wachsende Religion im Land. Die ersten Muslime kamen bereits in den 1950er Jahren nach Dublin. Die erste muslimische Gesellschaft wurde 1959 von Studenten aus dem Nahen Osten gegründet: Die Dublin Islamic Society, später in Islamic Foundation of Ireland umbenannt. Die erste Moschee eröffnete 1976 in einem vierstöckigen Gebäude in der Harrington Street in Dublin. Damals war der Förderer König Faisal von Saudi-Arabien. 1981 wurde der Imam von Kuwait bezahlt. Und 1983 erwarben die Muslime ein altes Kirchengebäude in der South Circular Road und renovierten es. In der nächstgrößten muslimischen Gemeinde in der Universitätsstadt Cork im Südwesten der Insel wird derzeit über den Bau einer Moschee diskutiert. Bislang muss ein Industriegelände als Sammelpunkt herhalten.

Minderheit gerät in den Blick der Öffentlichkeit

Eine deutliche Zuwanderung von Muslimen erfolgte Ende der 1990er Jahre als Folge des damaligen Wirtschaftsbooms. Das Dubliner islamische Kulturzentrum in Clonsgeagh ist eine Niederlassung der al-Maktoum Foundation in Dubai. Es ist auch Hauptquartier der Internationalen Muslimischen Schülervereinigung. Über allem breitet sich der Schirm des Irish Council of Imams aus, dem 14 Geistliche angehören. Neben Dublin und Cork existiert eine weitere Moschee in Galway. 2003 kam die erste Koranübersetzung in Gälisch heraus. *Joachim Feyerabend*

Unvergessenes Leid

Bayern beschließt Vertreibungs-Gedenktag

Die Bayerische Staatsregierung hat die Einführung eines landesweiten Gedenktages zur Erinnerung an die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation beschlossen, der ab 2014 jährlich am zweiten Sonntag im September stattfinden wird. Damit wolle Bayern ein Signal setzen, dass Vertreibung Unrecht sei und bleibe, so Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Zudem dankte er den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern, die sich „mit Können, Fleiß und großer Willensstärke" eine neue Existenz geschaffen und dadurch zum Erfolg des Landes beigetragen hätten. Wegen ihrer Lebensleistung seien sie Vorbilder in der Gesellschaft. Mit dem Gedenktag solle die Erinnerung an das durch Flucht, Vertreibung und Deportation verursachte millionenfache Leid gerade für die junge Generation lebendig gehalten werden, erklärte Seehofer weiter.

Seehofer zeigt dem Bund, wie es geht

Nachdem die Verwirklichung des von den Vertriebenenverbänden seit Jahren geforderten bundesweiten Gedenktages noch immer auf sich warten lässt, kommt der bayerischen Initiative eine große Signalwirkung zu. Im Juli des vergangenen Jahres hatte der Sozialausschuss des Bayerischen Landtags bereits geschlossen für die Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung" gestimmt und die Staatsregierung gebeten, sich nach ihren Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass der Beschluss des Bundestages vom 8. Februar 2011 „möglichst bald" umgesetzt wird (siehe *PAZ* 28/2012). Der Bundestag hatte seinerzeit den Antrag der Koalitionsfraktionen zu „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" beschlossen. Darin werden die Charta als „wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung" und die Verdienste der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gewürdigt. Außerdem wird ein bundesweiter Gedenktag angeregt. Passiert ist jedoch bis heute nichts. Nun hat Bayern dem Bund gezeigt, wie es geht. Und Seehofer hat bewiesen, das sein Bekenntnis zu den Anliegen der Vertriebenen aufrichtig ist. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Milliarden-Nachschlag

Die Finanzminister der EU-Mitglieder haben in Brüssel beschlossen, der Europäischen Union für dieses Jahr einen Nachschlag in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zu gewähren. Davon entfallen rund zwei Milliarden auf den deutschen Steuerzahler. Im Herbst soll möglicherweise noch einmal ein zweiter Nachschlag erfolgen, denn ursprünglich hatte das EU-Parlament 11,2 Milliarden gefordert. Das ist der Preis, den die nationalen Minister dafür zahlen, dass das Europäische Parlament dem von den EU-Mitgliedern ausgehandelten Siebenjahreshaushalt für die Jahre 2014 bis 2020 vor der Sommerpause zustimmt. *M.R.*

2.082.391.845.208 €

Vorwoche: 2.081.855.547.742 €
Verschuldung pro Kopf: 25.395 €
Vorwoche: 25.388 €

(Dienstag, 21. Mai 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Hohenschönhausen

Von VERA LENGSFELD

Das Gebiet um den Oranke- und Obersee ist eines der schönsten Wohnviertel Berlins. Die Villen sind kleiner als im Berliner Westen, dafür schmiegen sie sich anmutig in die Park- und Seenlandschaft. Wer hier wohnt, gehört zu den Privilegierten.

Zu DDR-Zeiten trugen die Schilder an den Briefkästen keine Namen, sondern „Ober"- und „Untergeschoss", falls es sich um ein Zweifamilienhaus handelte, sonst war nur die Hausnummer angegeben. Hier wohnten die leitenden Angestellten des nahen Stasikomplexes in der Genslerstraße, rund um die Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit. Im etwa einen Quadratkilometer großen Sperrgebiet befanden sich auch zahlreiche Abteilungen der sogenannten Hauptverwaltung Aufklärung, unter anderem eine Passfälscherwerkstatt.

Spionagechef Markus Wolf rühmte sich, niemals einen „Kundschafter des Friedens" wegen eines unprofessionell gefälschten Passes verloren zu haben. Es gab auch ein Stasi-eigenes Archiv von NS-Akten, aus dem viele Kampagnen wegen angeblicher und wirklicher Naziverstrickungen westdeutscher Politiker gespeist wurden. Nach der Vereinigung stellte sich heraus, dass es auch die Akten des Prozesses gegen die „Weiße Rose" enthielt, samt den Gestapo-Vernehmungsprotokollen.

Was man mit Hohenschönhausen hauptsächlich verbindet, ist die Gedenkstätte im ehemaligen Stasigefängnis. Von 1951 bis 1889 waren, erst im ehemaligen NKWD-Keller, später im Neubau, die „gefährlichsten" Gegner des DDR-Regimes inhaftiert. Von Walter Janka über Rudolf Bahro, Jürgen Fuchs bis zu Bärbel Bohley: Die Gefangenenliste liest sich wie ein „Who is Who" der DDR-Opposition. Wer hier eingeliefert wurde, wusste nicht, wo er sich befand, sah niemals etwas von der Umgebung, hatte anfangs keinen, später nur stark eingeschränkten Kontakt zur Familie, bekam einen Rechtsanwalt erst nach Monaten zu sehen, wenn der Prozess bereits fest stand, und er war, solange er in Einzelhaft saß, isoliert von seinen Mitgefangenen. Die Stasi bediente sich systematischer Reizdeprivation, um die Insassen zu brechen.

Nach der Vereinigung stand das Gefängnis einige Jahre leer. Es sollte abgerissen werden, um einem Gewerbegebiet Platz zu machen. Das verhinderten ehemalige politische Gefangene, die nach Aufräumarbeiten begannen, Führungen anzubieten. Diese Führungen wurden bald so nachgefragt, dass sich eine Gedenkstätte daraus entwickelte, deren Besucherzahl ständig stieg und heute bei 340 000 jährlich liegt.

Darunter viele Schulklassen, die hier lernen, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern verteidigt werden muss. Eine Berliner Erfolgsgeschichte.

Täter-Herkunft verschweigen?

Zuwandererlobby: Berlins alarmierende Kriminalstatistik »diskriminiert« Immigranten



Aufklärungsquote sinkt weiter: Straßenraub nimmt drastisch zu

Bild: action press

Berlins aktuelle Kriminalitätsstatistik birgt Diskussionsstoff: Nichtdeutsche Tatverdächtige machen allgemein 32,7 Prozent aus, weit mehr als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Bei bestimmten Straftaten ist das Missverhältnis noch drastischer. Die Zuwandererlobby weist die Verantwortung nun allein der Polizei zu: Die treibe „Racial Profiling", eine Täterauslese nach Herkunft.

Im April präsentierte Berlins Senat die neusten Verbrechenszahlen, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Wegen der „desaströsen Ermittlungen zu den Morden und Bombenanschlägen der NSU sind die Zahlen der PKS mehr als beunruhigend", sagte jetzt Angelika Weinbender vom Migrationsrat Berlin und Brandenburg. Der Migrationsrat kritisiert die Arbeit der mit politischen Sparzwängen und sinkender Aufklärungsrate (44,7 Prozent) ringenden Berliner Polizei. Den Kritikern missfällt die statistische Unterteilung in deutsche und nichtdeutsche Tatverdächtige. So würden Rumänen und Polen durch die Zahlen zum Taschendiebstahl „diskriminiert", schimpft der Migrationsrat. Auch andere Zuwandervertreter fordern nun, die Polizei solle Staatsangehörigkeiten nicht mehr erfassen.

Diese Zahlen sind es, welche die Zuwandererlobby künftig nicht mehr veröffentlicht sehen will: Berlins Ausländeranteil betrug im Februar laut Statistikamt 14,5 Prozent. Alle Berliner mit einem erfassten Zuwanderungshintergrund machen insgesamt 24,8 Prozent der Bevölkerung aus. Der Unterschied zu den 32,7 Prozent bei den tatverdächtigen ist in der Tat erklärungsbedürftig, so sehr, dass vor einigen Monaten entnervte Zuwanderer Tacheles redeten und medial die politische Gleichgültigkeit gegenüber Intensivtätern anprangerten. Dass eine kleine Gruppe türkischer und arabischer Jugendlicher für einen Großteil bestimmter Delikte wie Raub, Vergewaltigung und schwere Körperverletzung verantwortlich ist, gilt in Berlin als offenes, doch politisch korrekt bemänteltes Geheimnis.

Polen und Rumänen bei Taschendiebstahl deutlich vorn

Die jüngste Blamage Berlins um den Clan des Rappers Bushido wirkt noch nach. Die auch von weiten Kreisen der Politik angestrebte Lösung lautet, der Bevölkerung die Fakten besser ganz vorzuenthalten. Es sei „unreflektierter Rassismus", so Weinbender, wenn Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt zu den neuesten Zahlen auch bestimmte Tätergruppen klar benenne. Mit dem Verweis auf belegbare Fakten kann die Polizei sich zunehmend weniger rechtfertigen, denn die Vernetzung der polizeikritischen Kräfte reicht von Aktivisten linker Stiftungen bis weit in die hohe Politik. Neben der Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) förderte sogar die gemeinnützige Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin im Oktober eine Veranstaltung der „Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt" (KOP) gegen „Racial Profiling".

Was sich hinter dem Begriff „Racial Profiling" verbirgt, verbreiteten die aus dem Ausland stammenden Referenten im Brustton der Überzeugung: „Bei der Polizei weisen rassistische institutionalisierte Praxen eine große Bandbreite auf. Sie reichen von selektiven Kontrollen, körperlichen, psychischen und sexuellen Misshandlungen bis hin zu Mord." Die massiven Vorwürfe dieser „Internationalen Konferenz" bezogen sich ausdrücklich auch auf Deutschland. Aus Mangel an hiesigen Übergriffen gibt KOP „anonyme Fälle" und den Tod einer Hartz-IV-Empfängerin, „getötet durch die Polizei am 19. Mai 2011" verzerrt wieder. Die „schwarze Frau" sei von der Polizei erschossen, die Umstände nie geklärt worden, behauptet KOP – kein Wort davon, dass die Frau ein Messer einsetzte, ihren Sachbearbeiter im Jobcenter damit bedrohte und die Waffe auch vor der Polizei nicht fallenließ. Kein Wort auch von den ausführlichen Ermittlungen und Zeugenbefragungen der Staatsanwaltschaft, die den tragischen Fall eben nicht zu den Akten legte. So geraten Unterstellungen in Mode.

Berlins SPD nahm sich im März des Themas „Racial Profiling im Spannungsfeld zwischen effektiver Polizeiarbeit und Diskriminierung" an. Der federführenden Arbeitsgemeinschaft Migration ging es angeblich darum, „Grenzen zulässiger Ermittlungsarbeit ausloten" zu lassen. Neben einem Kriminologen und Menschenrechtlern waren Polizisten nicht beteiligt, dafür aber die Bundestagsabgeordnete Eva Högl, Obfrau der SPD im NSU-Untersuchungsausschuss. Auch hier dient der NSU-Prozess als Hebel gegen die Polizei, mit dem die Lobbyisten ihre Interessen moralisch kaum maskiert durchdrücken wollen.

An die Stelle einer um Objektivität und Ausgewogenheit bemühten rechtsstaatlichen Prüfung von Beschwerden über die Polizei ist ein vernetzter politisch-medialer Pranger getreten. Die Facebook-Gruppe „Stoppt Racial Profiling" berichtet von angeblicher Zunahme ethnisch motivierter Polizeikontrollen, von Ausländern, die „aus Zügen der Deutschen Bahn geworfen werden".

Offenbar erwarten einige Deutsche bereits, dass die Polizei einknickt und Zuwanderer künftig von Kontrollen verschont: Manche Frau schwört aufs Kopftuch. Nach Alkoholkonsum trägt sie das sonst verschmähte Teil beim Autofahren. Die Polizei wird die vermeintliche Muslimin schon nicht anhalten, lautet das Kalkül. Schließlich sei die Gefahr zu groß, erneut Zielscheibe einer vermeintlichen Antirassismus-Kampagne zu werden.

Sverre Gutschmidt

Staatsanwälte schlagen Alarm

Vorwurf: Politik gefährdet Innere Sicherheit in Brandenburg

Ungewöhnlich scharf hat Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg vor Fehlentwicklungen bei der Inneren Sicherheit gewarnt. Einer „Katastrophe" käme es gleich, wenn das bislang in Potsdam angesiedelte Rechtsmedizinische Institut des Landes aufgelöst und einem Krankenhaus mit Pathologie angegliedert werde.

Die drastische Warnung bezieht sich auf einen Vorschlag, den die Enquetekommission des Landtags zur Reform der Landesstrukturen gemacht hat. Brandenburg habe zum einen keine medizinische Fakultät, an die man wie in anderen Bundesländern ein Institut für Rechtsmedizin ankoppeln könnte. Der Generalstaatsanwalt stellt dem Vorschlag in den „Potsdamer Neuesten Nachrichten" entgegen, dass „Rechtsmediziner Spezialisten mit einem Aufgabengebiet (seien), das sich von dem eines Pathologen erheblich unterscheidet". Zuvor hatte Rautenberg auf ein anderes gravierendes Problem aufmerksam gemacht. Bei einer großen Zahl von Straftaten, die bei der Polizei als aufgeklärt gelten, würden später die Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Grund: Die von der Polizei vorgelegten Beweise reichten nicht zu einer Verurteilung. Als Ursache für den Missstand sieht Rautenberg die in den 90er Jahren eingeführte Einheitsausbildung von Schutzpolizisten und Kriminalbeamten in Brandenburg. Die Einheitsausbildung führe zu schlechter qualifizierten Beamten, so Rautenberg, der damit dem Leitenden Oberstaatsanwalt von Cottbus, Bernhard Brocher, beispringt. Brocher hatte nicht nur auf Mängel der Polizei bei der Tatortarbeit und bei Vernehmungen aufmerksam gemacht, sondern auch ganz klar ein Ende der Einheitsausbildung gefordert.

Ungewöhnlich scharfe Kritik an Vorschlägen aus dem Landtag

Die Defizite bei der Polizeiarbeit drohen sich sogar noch zu verschärfen: „Brandenburg hat lange noch von gut ausgebildeten DDR-Kriminalisten profitiert, doch die werden bald alle im Ruhestand sein, und dann wird das Ausbildungsdefizit noch sichtbarer werden" so der Generalstaatsanwalt. Aufschlussreich erscheint, was Rautenberg als Ursache des Dilemmas ausgemacht hat: In Brandenburg sei man in den 90er Jahren dem Beispiel anderer Bundesländer gefolgt, da die Einheitsausbildung von Polizisten billiger sei und Absolventen einer Einheitsausbildung vielfältiger einsetzbar seien. „Und Brandenburg hat natürlich das nachgeäfft, was im Partnerland Nordrhein-Westfalen als Fortschritt propagiert wurde", kritisiert Rautenberg.

N.H.

Schulz geht

Grüner Bürgermeister: Rücktritt im August

Kommenden August will Berlin-Kreuzbergs Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) überraschend abtreten. Gesundheitliche Gründe haben ihn zu diesem Schritt veranlasst, denn eigentlich wollte er bis zu den Neuwahlen 2016 durchhalten.

Schulz wird von seinen Gegnern beschuldigt, vor allem die eigene Klientel bedient zu haben. Einer seiner schärfsten Kritiker, der CDU-Abgeordnete Kurt Wansner, schimpft, Schulz habe versucht, das bürgerliche Milieu aus dem Bezirk zu vertreiben. Tatsächlich schaffte es die grün dominierte Bezirksverordnetenversammlung sogar, eine Straße nach einem linksextremistischen Straßenschläger zu benennen, der anlässlich einer Auseinandersetzung zu Tode kam.

Der scheidende Bürgermeister keilt jedoch streitlustig zurück. Über seinen einzigen ernstzunehmenden Kreuzberger Widersacher: „Herr Wansner kommt doch nur zu Wort, wenn es um mich geht."

Buschkowskys Sicht »absolut rassistisch«

Auch gegen den bundesweit bekannten Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky von der SPD ätzt Schulz: „... ich halte seine Betrachtungsweisen für absolut rassistisch." Kein Wunder also, dass sich auch über die Bezirksgrenzen hinaus Erleichterung über Schulz' Rückzug breitmacht. Robbin Juhnke, innenpolitischer Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, findet, das Ausscheiden des grünen Bezirksbürgermeisters sei „kein Verlust für die Stadt" und auch im fernen Steglitz-Zehlendorf atmet der CDU-Fraktionsvorsitzende Torsten Hippe spürbar auf: „Solche Leute wie ihn braucht Berlin nicht."

H.L.

Babelsberg in roten Zahlen

Das Filmstudio Babelsberg verzeichnete 2012 einen Verlust von 7,2 Millionen Euro. Besserung ist kaum in Sicht: Die Hoffnung für 2013 ruhte bislang vor allem auf internationalen Filmen, doch die bleiben aus. Der bisher teuerste deutsche Film "Wolkenatlas" verschwindet gerade in zahlreichen Ländern aus den Kinos. Trotz Hollywoodstars wie Tom Hanks und Halle Berry floppt der Streifen ohne Deutschlandbezug. Am Drehort Babelsberg bleiben die Stars seither aus. Mit 30 Millionen Euro fördert die Bundesregierung jährlich den deutschen Film, nochmals 60 Millionen überweist sie dem „Deutschen Filmförderfonds" – zu wenig, meinen nun Kritiker, denn Hollywood lasse inzwischen dort produzieren, wo es die meisten Fördermittel gebe. „Wirtschaftlich ist es für uns jedoch notwendig, große internationale Filmproduktionen in Babelsberg umzusetzen", sagte Studiosprecher Eike Wolf im Herbst. Noch 2011 hatte das Studio 400 000 Gewinn gemacht. *SV*

Zeitzeugen

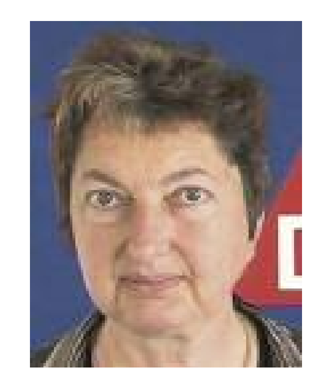


Marion Schick – Seit einem Jahr ist die ehemalige Diplomhandelslehrerin Personalvorstand bei der Deutschen Telekom AG. Unter der Ägide der ehemaligen baden-württembergischen Ministerin für Kultus, Jugend und Sport geht der Personalabbau im Konzern, wenn auch langsamer, weiter. Die einstige Professorin für Personalführung, Kostenrechnung und allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule München steht vor dem Problem, dass der ehemalige Staatsbetrieb Telekom trotz Vorruhestandsregelungen und Versetzung in andere Behörden noch immer viele Beamte in seinen Reihen zählt. Zwar wurde die Anzahl in den letzten fünf Jahren bereits von rund 53000 auf 38000 reduziert, doch da der Konzern sämtliche Kosten für den Vorruhestand der Beamten selber trägt, ist der Personalabbau auch sehr kostspielig.



Ursula von der Leyen – Die Arbeitsministerin deutet die hohe Zahl der Frührentner so, dass Beschäftigte früher ausscheiden, „weil es nicht mehr geht“. Merkt aber zugleich an, dass sich offenbar der große Teil der Frührentner die damit verbundenen Abschläge bei der Rente leisten kann. Dies sei vor allem bei den Frauen der Fall, „etwa wenn der Partner die volle Rente hat und das gesamte Haushaltseinkommen reicht“.

Sigmar Gabriel – „Die neuen Zahlen zeigen: Wir brauchen flexiblere Übergänge in die Rente“, kommentiert der SPD-Chef den Trend zur Frühverrentung. „Gerade Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen schaffen es oft nicht, auch nur bis 65 durchzuhalten.“ Die SPD will durchsetzen, dass alle, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, ohne Abschläge in Rente gehen können.



Annelie Buntenbach – Die Daten über die hohen Zahlen der Frührentner seien ein „deutlicher Beleg, dass die Arbeitsbelastungen viel zu hoch sind und die Rente mit 67 unerreichbar ist“, erklärte das DGB-Vorstandsmitglied. Die 58-jährige Gewerkschafterin ist Mitglied bei den Grünen und sitzt im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Das Mitglied der „Antifa-West“ und von attac sagt: „Die Rente mit 67 an sich ist falsch.“

Wirtschaft entsorgt Fachkräfte

Tausendfacher Stellenabbau trifft weiter vor allem ältere Arbeitnehmer

Während Unternehmen einerseits über Fachkräftemangel klagen, sind 2011 so viele Arbeitnehmer wie nie zuvor früher in Rente gegangen beziehungsweise vom Arbeitgeber geschickt worden. Gerade große Unternehmen nutzen auch weiterhin Vorruhestandsregelungen, um teures Personal abzubauen.

„Viele ältere Kollegen werden länger an Bord bleiben, den Vorruhestand können wir dann zurückfahren“, gelobt Marion Schick, neuer Personalvorstand der Telekom, Besserung. Doch was sich auf den ersten Blick gut anhört, ist immer in entsprechender Relation zu sehen. So hat die Telekom in den letzten fünf Jahren rund 12800 Stellen gestrichen – viele davon über Vorruhestandsregelungen. 2012 arbeiteten noch etwas über 118840 Mitarbeiter für die Deutsche Telekom AG in Deutschland. Gleichzeitig hat das Unternehmen laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ im vergangenen Jahr aber auch rund eine Milliarde Euro dafür verwendet, um über Vorruhestandsregelungen und Abfindungen Kosten, sprich Mitarbeiter, zu reduzieren. Wenn also Marion Schick jetzt ankündigt, sie wolle ältere Mitarbeiter länger behalten, dann bedeutet das nur, dass sich der Stellenabbau nach den radikalen Einschnitten der letzten Jahre verlangsamt. So merkt die 55-jährige Ökonomin auch an, dass der technologische Wandel eine weitere Verkleinerung der Belegschaft nötig mache und man den Vorruhestand als Instrument für den Stellenabbau grundsätzlich beibehalten wolle.

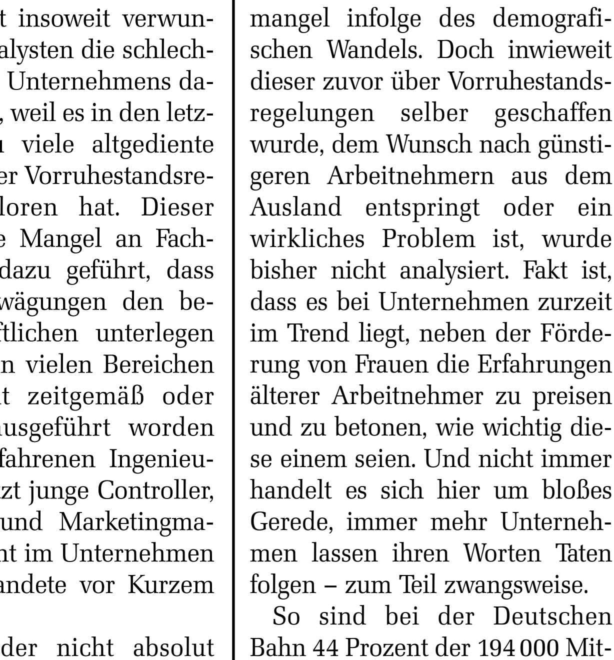
Telekom und Siemens setzen unvermindert auf Vorruhestand

Schon seit Jahren sind Vorruhestandsregelungen vor allem bei Großkonzernen ein beliebtes Mittel, um Kosten zu senken. Vor allem ältere Mitarbeiter verdienen wegen alter Tarife und langer Unternehmenszugehörigkeit vergleichsweise gut, sprich kosten viel, daher ist es, so man denn nur die reinen Zahlen betrachtet, aus unternehmerischer Sicht durchaus sinnvoll, sie zuerst zu entlassen, auch wenn die Abfindungen in dem Jahr des Ausscheidens besonders teuer sind. Zugleich ist es auch wirklich sozialverträglicher, Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand zu schicken, anstatt junge Arbeitnehmer, die noch Familien zu ernähren haben, in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Und so vermeldeten in den letzten Tagen und Wochen Unternehmen wie Karstadt, Eon und RWE den angekündigten Personalabbau vorrangig über Vorruhestandsregelungen abzuwickeln.

Auch Peter Löscher, Konzernchef von Siemens, betonte, er wolle, um die Rendite zu erhöhen, bis 2014 sechs Milliarden Euro einsparen. Dies soll vor allem über den Abbau von Personal geschehen. 10000 Stellen sollen so in den nächsten Monaten in Deutschland wegfallen. Das soll vorrangig über Aufhebungsverträge und Vorruhestandsangebote erfolgen. Dies ist insoweit verwunderlich, als Analysten die schlechten Zahlen des Unternehmens damit begründen, weil es in den letzten Jahren zu viele altgediente Mitarbeiter über Vorruhestandsregelungen verloren hat. Dieser selbst erzeugte Mangel an Fachkräften habe dazu geführt, dass technische Erwägungen den betriebswirtschaftlichen unterlegen gewesen und in vielen Bereichen Aufträge nicht zeitgemäß oder nicht exakt ausgeführt worden seien. Statt erfahrenen Ingenieuren würden jetzt junge Controller, Betriebswirte und Marketingmanager die Macht im Unternehmen haben, beanstandete vor Kurzem der „Spiegel“.

Angesichts der nicht absolut überzeugenden Ergebnisse, die Deutschlands Unternehmen gemacht haben, ist der Rat von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die südeuropäischen Euro-Länder sollten ihre hohe Jugendarbeitslosigkeit über das personalpolitische Instrument der Vorruhestandsregelungen lösen, diskussionswürdig.

Rebecca Bellano



Vier-Tage-Woche als Lockmittel

Kaum eine Branche klagt derzeit nicht über Fachkräftemangel infolge des demografischen Wandels. Doch inwieweit dieser zuvor über Vorruhestandsregelungen selber geschaffen wurde, dem Wunsch nach günstigeren Arbeitnehmern aus dem Ausland entspringt oder ein wirkliches Problem ist, wurde bisher nicht analysiert. Fakt ist, dass es bei Unternehmen zurzeit im Trend liegt, neben der Förderung von Frauen die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer zu preisen und zu betonen, wie wichtig diese einem seien. Und nicht immer handelt es sich hier um bloßes Gerede, immer mehr Unternehmen lassen ihren Worten Taten folgen – zum Teil zwangsweise.

So sind bei der Deutschen Bahn 44 Prozent der 194000 Mitarbeiter über 50 Jahre. Nicht nur, dass der Konzern bis 2020 massiv junges Personal einstellen will, der seit dem 1. April geltende Demografie-Vertrag soll auch dem vorhandenen Personal die Arbeit erleichtern. So werden Mütter dabei unterstützt, Familie und Beruf zu vereinbaren, indem bei der Suche nach Betreuungseinrichtungen geholfen wird. Auch werden entgegenkommende Arbeitszeiten und Home-Office-Vereinbarungen, so der Arbeitsplatz es denn zulässt, ermöglicht. Und langjährige Mitarbeiter über 60 Jahre, die im Schichtbetrieb tätig sind, erhalten die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit auf eine Vier-Tage-Woche zu reduzieren und erhalten dafür sogar einen teilweisen Lohnausgleich, so dass sie bei 80 Prozent Arbeitszeit, 87,5 Prozent des Lohns erhalten. Die Deutsche Bahn will so erreichen, dass weniger Mitarbeiter als zuvor freiwillig in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Und auch die Chemie- und die Stahlbranche stellen sich allmählich darauf ein, dass ältere Mitarbeiter künftig die Möglichkeit zu einer Vier-Tage-Woche bekommen, um ihnen so das Bleiben zu versüßen.

Älteren wird das Bleiben versüßt

Bel



Ältere Arbeitnehmer: Selten ist ihnen Dank gewiss, zu oft bieten sie Managern Potenzial für leichten Stellenabbau Bild: action press

Last und Lust zugleich

Frühverrentung ist durchaus im Sinne des einzelnen Arbeitnehmers

Verärgert blickt die 61-Jährige ihren Chef an. Noch immer kann sie nicht glauben, was er eben gesagt hat. Vor wenigen Tagen hatte ihr 59-jähriger Kollege verkündet, die Firma habe ihm ein so attraktives Angebot gemacht, dass er trotz hoher Abschläge bei der Rente jetzt schon in den Ruhestand gehen könne. Nun hatte sie ein ähnliches Angebot erbeten, schließlich ist ihr drei Jahre älterer Mann gerade in Ruhestand gegangen und da wäre es nett, gemeinsam ein entspanntes Rentnerdasein zu genießen, doch ihr Chef sagt nein. Sie sei doch einer der Leistungsträger in der Abteilung und man wolle auf sie nicht verzichten und der Kollege, der habe doch ein Rückenleiden und dem falle das Arbeiten daher doch so schwer, daher habe man sich entschieden ... „Also weil ich fleißig bin, muss ich bis 65 Jahre arbeiten und der stinkfaule, lahmarschige Herr Schlüter, der wird mit hoher Abfindung in den Ruhestand geschickt, also das ist doch nicht gerecht“, schimpft die Sachbearbeiterin und verlässt wütend das Büro ihres Chefs.

Tatsächlich sind Vorruhestandsregelungen nicht nur ein Instrument, um Personal abzubauen, sondern sie bieten auch die Chance, Mitarbeiter, die das heutige Arbeitspensum nicht mehr ableisten können, altersbedingte gesundheitliche Probleme haben oder auch einfach nach zum Teil über vier Jahrzehnten im Job keine Lust mehr zur Arbeit haben, zu entlassen. Dass dies nicht gegenüber allen Kollegen gerecht ist, liegt in der Natur der Sache. Vor allem trifft es aber auch die jüngeren Generationen, denn geht jemand vorzeitig in den Ruhestand, dann bezieht er auch früher und somit statistisch gesehen länger Rente und zahlt zugleich auch weniger Beiträge in die Rentenversicherung ein.

Rentenkassen werden jedoch belastet

Immerhin fördert der Staat den Vorruhestand inzwischen nicht mehr, denn jeder Monat, den ein Arbeitnehmer vor Erreichen des Renteneintrittsalters vorher in Rente geht, wird mit einem Abschlag von 0,3 Prozent bestraft. Trotzdem gingen 2011 anteilig so viele Arbeitnehmer wie nie vorzeitig in Rente: Von den knapp 700000 Neurentnern schieden 337000 vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Arbeitsleben aus. Das entspricht einer Frühverrentungsquote von 48 Prozent, 2001 waren es nur 30 Prozent. Zugleich nähern sich aber immer mehr Arbeitnehmer dem Renteneinstiegsalter an. Das Renteneintrittsalter lag 2011 im Schnitt bei 63,5 Jahren, im Jahr 2000 bei 62,3 Jahren.

Für linke Politiker und Gewerkschaften ist dies ein Anzeichen dafür, dass die Rente mit 67 nicht haltbar sei. „Gerade Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen schaffen es oft nicht, auch nur bis 65 durchzuhalten“, deutet SPD-Chef Sigmar Gabriel die Zahlen. Doch das „Handelsblatt“ weist darauf hin, dass laut Statistik jene, die in Frührenten gingen, im Schnitt besser verdient haben als der Durchschnitt. Das spricht dafür, dass ein guter Teil der Frührentner nicht von der Arbeitslosigkeit gezwungenermaßen in den vorzeitigen Ruhestand wechselte, sondern dass jemand die Chance nutzte, seinen Lebensabend freiwillig etwas früher zu genießen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9897**

NRW-Schulpolitik aus Ankara

Über Bücher und Lehrkräfte versucht die Türkei, Türkischstämmige in ihrem Sinne zu manipulieren

Vermittlung von Heimatliebe oder Heranzüchten von Chauvinismus? Um diese Frage ist im Zusammenhang mit dem Türkischunterricht an Schulen in Nordrhein-Westfalen (NRW) ein heftiger Streit entbrannt. Im Raum steht inzwischen sogar der Vorwurf, türkische Auslandsvertretungen würden sich selbst als „parallele Aufsichtsbehörde" für das deutsche Schulsystem verstehen.

Eine vierbändige Reihe von Sprach-Lehrbüchern, die von türkischen Konsulaten kostenlos an deutsche Schulen abgegeben wurde, ist für die Lehrergewerkschaft GEW zum Stein des Anstoßes geworden. Die Bücher sind nationalistisch und geschichtsverfälschend, so die Einschätzung der Lehrergewerkschaft GEW. Tatsächlich wird in den vom türkischen Erziehungsministerium in Ankara herausgegeben Büchern zum Sprachunterricht ein sehr einseitiges Bild von der Türkei gezeichnet. Auf 800 Seiten wird das Türkentum, die Geschichte der türkischen Republik und des Osmanischen Reichs glorifiziert. Es fehlen weder Aufzählungen von Eroberungen osmanischer Herrscher noch Beispiele für die „Barmherzigkeit des türkischen Volkes". Was überhaupt nicht vorkommt, sind hingegen die dunklen Kapitel der türkischen Geschichte.

Die Kritik der GEW geht allerdings noch viel weiter. Nicht nur durch das Buch versuchten die türkischen Auslandsvertretungen Einfluss auf den deutschen Schulunterricht zu nehmen, sie verstünden sich offenbar als „parallele Schulaufsichtsbehörden", so eine Resolution, die vom NRW-Gewerkschaftstag der GEW beschlossen wurde.

Erstaunlich fällt die Reaktion des NRW-Schulministeriums unter der Leitung der Grünen Sylvia Löhrmann auf die Vorwürfe aus. Im Ministerium scheint man offenbar nicht einmal einen Überblick zu haben, welche Bücher an den Schulen Nordrhein-Westfalens überhaupt verwendet werden.

Lehrergewerkschaft GEW warnt vor Glorifizierung

„Selbstverständlich" seien die Behörden in NRW über die Ausgabe der Lehrbücher „in Kenntnis gesetzt worden", so der türkische Vizekonsul Kurt. Im Widerspruch dazu die Darstellung des Schulministeriums. Man habe erst durch Presseberichte vom Versand der Schulbücher erfahren, so eine Ministeriumssprecherin. Ebenso erstaunlich ist, was man nach einer kurzen Sichtung des Lehrmaterials herausgefunden haben will: Es gebe „keinen Hinweis auf nationalistische, diskriminierende oder geschichtsverfälschende Inhalte", so der Befund, nachdem man endlich auch im Ministerium immerhin im Besitz eines Exemplares der umstrittenen Bücher war. Die GEW solle „die konkreten kritikwürdigen Stellen" in den Unterrichtsbüchern benennen.

Tatsächlich steht die Lehrergewerkschaft mit ihrer Kritik aber nicht allein. Auch der Zentralrat der Armenier in Deutschland (ZAD) hält die von den türkischen Konsulaten verteilten Bücher für eindeutig nationalistisch und geschichtsverfälschend. Wie das konkret aussieht, macht der ZAD-Vorsitzende Azat Ordukhanyan an der Darstellung des Völkermords an den Armeniern von 1915/16 in einem der Schulbücher deutlich.

Genozid an Armeniern kommt natürlich in den Büchern nicht vor

„Armenier und Türken lebten viele Jahre friedlich zusammen. Als im Ersten Weltkrieg Engländer und Russen die Armenier anstifteten, das Osmanische Reich zu schwächen, setzte sich die türkische Armee in Ostanatolien in Bewegung und in der Folge unterzeichneten die Armenier ein Abkommen, in dem sie auf Land in Anatolien verzichteten", so die Darstellung im Schulbuch. Kein Wort von Massakern, Todesmärschen oder von den Hundertausenden Opfern des Genozids.

Die vom türkischen Konsulat verteilten Schulbücher, die in NRW-Schulen massenweise verwendet zu werden scheinen, sind nicht der einzige Hinweis auf Einflussmöglichkeiten Ankaras. Zwar bildet NRW inzwischen beim Institut für Turkistik der Uni Duisburg-Essen selbst Türkisch-Lehrer aus, bisher aber zu wenig. Von den 339 Lehrern, die das Fach Türkisch unterrichten, wurden nur etwas mehr als 150 in NRW ausgebildet. Bei dem Rest dürfte es sich im Wesentlichen um sogenannte „Konsulatslehrer" handeln: Lehrkräfte, die ihre Ausbildung in der Türkei erhalten haben und über die türkischen Konsulate zum Unterricht an deutsche Schulen vermittelt wurden.

Zusätzliche Einflussmöglichkeiten auf die NRW-Bildungspolitik wird künftig das Vorzeigeprojekt rot-grüner Schulpolitik, der Islamunterricht, bieten. Im muslimischen Beirat, der das Unterrichtsangebot begleiten soll, sitzt über ihren Ableger Ditib auch die staatliche türkische Religionsbehörde mit am Tisch. Was seitens der Politik im Vorfeld der Einführung des Islamunterrichts stets ausgeschlossen wurde, scheint inzwischen immer mehr Realität zu werden: Sollten Lehrer eigentlich nur generell bereit sein, mit einer Moscheegemeinde zu kooperieren, so wird durch den Beirat nun auf Lehramtsbewerber ganz offen Druck ausgeübt. Unverblümt wird im Zuge der Bewerbungsgespräche die Mitgliedschaft in einem der vier muslimischen Dachverbände – darunter die türkische Ditib – gefordert.

Norman Hanert



Ahnungslose Schüler: Türkisch- wie Islamunterricht werden leider zu oft instrumentalisiert und politisiert Bild: Caro

MELDUNGEN

Kritik an NVA-Verein

Berlin – Der Aufmarsch von ehemaligen Mitgliedern eines Stasi-Wachregiments Anfang Mai im Treptower Park hat den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, Volker Kauder, dazu gebracht, das Verbot von DDR-Symbolen zu fordern. Der Aufmarsch habe „die Opfer der unmenschlichen SED-Diktatur" verhöhnt, die „über Jahrzehnte bedrängt und verfolgt" worden seien, so Kauder gegenüber der „Berliner Morgenpost". Der Spandauer CDU-Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner, habe Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum bereits gebeten, dem Traditionsverein Nationale Volksarmee e.V. die Gemeinnützigkeit zu entziehen, damit er nicht weiter Steuervergünstigungen geltend machen kann, heißt es in der „Welt". *Bel*

Ländle-SPD unter 20 Prozent

Stuttgart – Mit Entsetzen nahm die SPD in Baden-Württemberg eine aktuelle Umfrage zur Kenntnis, nach der die Partei im Ländle in der Wählerzustimmung unter die 20-Prozent-Marke gerutscht ist. Da im Herbst Bundestagswahl ist, überlegt die Partei nun angestrengt, wie sie aus dem Tief herauskommen kann. Insgesamt sind die Baden-Württemberger übrigens mit der grün-roten Regierung zufrieden. Doch hiervon profitieren nur die Grünen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die in der gleichen Umfrage von zuvor 24,2 Prozent auf 28 Prozent Zustimmung zulegen konnten. Unzufriedenheit herrscht vor allem über die Bildungsreform, die das SPD-geführte Kultusministerium umsetzt. 59 Prozent der Baden-Württemberger ist die Abschaffung des bewährten dreigliedrigen Schulsystems zugunsten eines Zwei-Säulen-Modells nicht geheuer. *Bel*

Meinungsmache im ZDF

Claus Klebers Fehler im Fall Hoeneß/CSU ist kein Einzelfall

Der ZDF-Nachrichtenjournalist Claus Kleber musste sich vor Kurzem für eine plumpe Falschmeldung entschuldigen. Der Fall zeigt die wachsende Abkehr öffentlich-rechtlicher Sender von objektiver Berichterstattung. Der Nachrichtensprecher ist oft „Spin Doctor", also ein Urheber politischer Kampagnen.

„Kaum ein Fernsehjournalist ist so selbstverliebt wie der Chefmoderator des ‚heute-journals' im ZDF", bescheinigte die Internetseite der „Rheinischen Post" („RP") dem ZDF-Nachrichtenfrontmann Claus Kleber. Kleber hat gerade seinen Vertrag beim ZDF um fünf Jahre verlängert, verdient laut Gehaltsreport.de rund 480 000 Euro netto im Jahr. Immerhin 3,55 Millionen Zuschauer sahen seine Sendung im Durchschnitt 2012.

Sich selbst wichtiger zu nehmen als die zu überbringende Nachricht räche sich, schrieb die „RP" und verwies auf ein peinliches Interview mit Angela Merkel: Kleber hielt Merkel vor, sie gebe so selten Interviews wie Barack Obama. Die Kanzlerin redete daraufhin zu Klebers Verwirrung fast nur noch über den US-Präsidenten und so „stotterte" Kleber laut „RP" durch den Rest der Vorabaufzeichnung.

Ähnlich peinlich verpatzte Kleber sein journalistisches Handwerk jetzt, als er in einer Moderation zum CSU-Parteitag behauptete, die Partei habe den wegen Steuerhinterziehung verdächtigten Fußballmanager Uli Hoeneß aus einem Parteifilm gestrichen. Die Moderation ließ den Eindruck entstehen, die CSU tilge bewusst im Wahlkampf Hoeneß und damit das Thema Steuerhinterziehung. CSU-Chef Horst Seehofer kritisierte die „Treibjagd" der „Bluthunde". „Das hätte mir nicht passieren dürfen", gab Kleber nun kleinlaut zu Protokoll. Er habe „ungeprüft übernommen". Brisant ist nicht der Fehler, sondern die Stoßrichtung des Manövers: Kleber übernahm die Meldung nicht von irgendwo, sondern vom Deutschlandfunk, also einer anderen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt.

Falschmeldung war vom öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk

Klebers Attacke auf die CSU im Wahlkampf, mithin auf Konservative, ist somit kein Zufall. Die „Entschuldigung" vorm Zuschauer rahmte aber ein überlanger Beitrag zu Peer Steinbrück (SPD), dessen Schattenkabinett plus Interview, alles mit geringem Nachrichtenwert. Der Verdacht liegt nahe, dass das Nachrichtengesicht des ZDF nicht nur optisch nach links abfällt. Erst kürzlich hatte Kleber im Interview zu seiner Vertragsverlängerung den Wandel der Berichterstattung seit seinem Amtsantritt 2003 zum Thema gemacht. Meldungen „dramaturgisch interessanter aufbereiten" sei seitdem wichtiger, ebenso Zuschauer zu den Themen „hinzuführen", erklärte er.

Das Magazin „Cicero" schrieb bereits im März von der „Selbstdemontage" Klebers, weil der ein Exklusivinterview mit Irans Staatslenker Mahmud Ahmadinedschad führte, in dem dieser auch seine Thesen zum Holocaust verbreiten durfte. Kleber fand sich damals schon mangels Vorbereitung rasch in der Rolle des Befragten wieder, so diese Kritik. Dass Kleber wie ZDF auf die aktuellen Vorwürfe überhaupt reagierten, ist einem offenen Brief des CSU-Generalsekretärs Alexander Dobrindt geschuldet, der unverblümt nach der Recherche fragte, ob „dem ZDF das zwischenzeitlich veröffentlichte Dementi der CSU nicht bekannt" gewesen sei. Das war es allerdings nicht, auch weil die plumpe Behauptung eines Senders zur Expertise des anderen wird, gebührenfinanziert, versteht sich. *SV*

Die falschen Fragen gestellt

Journalisten fielen bei »Offshore Leaks« nur über Steuersünder her

In den Medien war es ein großer Paukenschlag, als Anfang April erste Details des sogenannten "Offshore Leaks" bekannt wurden. In einer koordinierten Aktion hatte man 86 Journalisten umfangreiches Datenmaterial über Steuerschlupflöcher aufbereitet, das Schritt für Schritt veröffentlicht werden soll. Mit Hilfe von Bankern und Anwälten sollen Milliardenvermögen in Steueroasen vor dem Fiskus verborgen worden sein, mit dabei Prominente wie Gunter Sachs. Die bisher verbreitete Saga über die Herkunft der Daten geht wie folgt: Anonym wäre dem in den USA ansässigen "International Consortium of Investigative Journalists" (ICIJ) eine 260-Gigabyte-Festplatte in den Briefkasten gelegt worden. Darauf gespeichert 2,5 Millionen Dateien mit Hinweisen auf 130 000 Kunden aus mehr als 170 Ländern von zwei der bedeutendsten Anbietern von Steuerspar-Trusts.

So spektakulär das angekündigte Material auch scheint, von den involvierten Journalisten, darunter Vertretern der „Süddeutschen Zeitung" und des NDR, ist kaum etwas zu Fragen zu hören, die angesichts der Umstände naheliegend sind: Wer profitiert eigentlich von dem Datenleck? Welche Einzelperson oder besser welche Organisation ist eigentlich in der Lage, sich Zugriff auf verschlüsselte Daten von 122 000 Briefkastenfirmen in zehn über die ganze Welt verstreuten Steueroasen zu beschaffen?

Was auffällt ist, dass in dem Material wichtige europäische und US-amerikanische Steueroasen nicht auftauchen. Ebenso erstaunlich die scheinbare Steuerehrlichkeit westlicher Politiker. Denn bis auf den Wahlkampfmanager von Frankreichs Präsident François Hollande taucht aus diesem Bereich kein bekannter Name auf. Geht es um die Frage, welcher Finanzplatz den Schaden davon trägt, müssen gleich mehrere Länder genannt werden. Zu den Verlierern zählen die Finanzplätze Singapur und die Britischen Jungferninseln, auf denen die vom Datenklau betroffenen Treuhandfirmen ihren Sitz hatten. Erneut zu den Verlierern zählt die Schweiz, die in dem Material auftaucht.

Doch wer profitiert von den Daten?

Nutzen werden hingegen diejenigen Steueroasen ziehen, hinter denen starke Staaten stehen: Schwarzgeldparadiese wie Delaware und Florida in den USA oder das heute zu China gehörende Hongkong. Zu den Gewinnern dürften ebenfalls die britischen Kanalinseln und damit indirekt die City of London zählen.

Nach dem spektakulären Auftakt hat das "Offshore Leaks" vom April mittlerweile eine erstaunliche Wende genommen. Wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, waren die britischen Behörden bereits seit 2010 im Besitz des Datenmaterials, das ursprünglich sogar 400 Gigabyte umfasst haben soll – „offenbar haben sie sie bisher jedoch nicht umfassend ausgewertet", so die „SZ".

Sehr viel plausibler ist eine andere Erklärung: Dem Journalisten-Konsortium ist von britischen Behörden bereits eine bereinigte Fassung des Materials zugespielt worden. Nahe liegt der Verdacht, dass es sich bei dem "Offshore-Leaks" von Anfang an um eine PR-Aktion in Regierungsangelegenheiten zur gezielten Schädigung einzelner Steueroasen gehandelt hat, bei dem sich die "investigativen" Journalisten nur allzu bereitwillig einspannen ließen, ohne kritische Fragen zur Herkunft des Materials zu stellen. *N.H.*

MELDUNGEN

Ausschreitungen in Schweden

Stockholm – Am Pfingstmontag wurden bei Ausschreitungen in der schwedischen Hauptstadt mehrere Polizisten verletzt. Auch wurden in Stockholms Vorort Husby Autos angezündet und Schaufenster eingeschlagen, so dass ein noch nicht näher bezifferter Sachschaden entstand. Was die rund 50 Randalierer, bei denen es sich überwiegend um Jugendliche mit Immigrationshintergrund handelt, zu ihrem Krawall veranlasste, kann die Polizei derzeit nur vage vermuten. Husby gilt als sozialer Brennpunkt. 80 Prozent der 12 000 Bewohner der Siedlung, die überwiegend aus sanierungsbedürftigen Sozialwohnblöcken aus den 70er Jahren besteht, haben ausländische Wurzeln. *Bel*

Salafisten zu lange ermutigt?

Tunis – Die tunesische Regierung, die sich nach einem Verbot einer salafistischen Kundgebung der Gruppe Ansar al-Scharia Straßenschlachten gegenüber sah, muss nun Kritik einstecken. Abou Iyadh, der Führer der nach eigenen Angaben 40 000 Mitglieder zählenden Ansar al-Scharia, droht der islamistischen Regierungspartei Ennahda: „Eure dummen Taten werden euch in den Krieg reißen.“ Von anderer Seite wird die Ennahda damit konfrontiert, dass sie schließlich selber die Salafisten ermutigt habe. Noch vor Kurzem habe die Partei den Salafisten eine baldige Islamisierung Tunesiens in Aussicht gestellt. Zudem falle es Ansar al-Scharia leicht, Anhänger zu werben, da die wirtschaftliche Lage in Tunesien wenig Lichtblicke biete. Indem sie Menschen, die unter der Wirtschaftskrise leiden, Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs schenkt, gewinnt Ansar al-Scharia immer mehr Unterstützter. *Bel*

Berlusconi ist zurück im Spiel

Auch wenn der italienische Politiker nicht in der Regierung ist, so zieht er doch im Hintergrund die Fäden

Noch vor einem Jahr galt Italiens Ex-Premier Silvio Berlusconi als Auslaufmodell. Inzwischen scheint aber nicht nur das Schicksal Italiens erneut in den Händen des „Cavaliere“ zu liegen, auch das Schicksal der Euro-Rettung hängt zum Teil von ihm ab.

Einen schlechteren Start hätte Italiens neuer Premier Enrico Letta kaum hinlegen können. Erst seit Ende April im Amt, hat die große Koalition aus Lettas Demokratischer Partei (PD) und Berlusconis Volk der Freiheit (PdL) bereits ihren ersten handfesten Krach hinter sich. Für den Fall, dass es zu keiner Rücknahme der erst vor einem Jahr eingeführten Immobiliensteuer kommt, war von Berlusconi mit dem Bruch der Koalition gedroht worden. Und obwohl die Steuer bis zu zwölf Milliarden Euro in die leeren Staatskassen Italiens bringen würde, ist die Immobiliensteuer inzwischen ausgesetzt worden.

Der Vorgang bietet einen Vorgeschmack auf das, was Italien mit der großen Koalition blüht. Zwar ist der Ex-Premier Berlusconi nicht Mitglied der Regierung, aber er zieht im Hintergrund weiterhin die Fäden in seiner Partei. Berlusconi hat es in der Hand, jederzeit die Koalition platzen zu lassen. Allerdings stellen die Prozesse, die ihm gerade gemacht werden, ein Risiko dar. Zu vier Jahren Haft verurteilt ist Berlusconi bereits wegen Steuerbetrug. Noch für den Mai wird im sogenannten Ruby-Prozess ein Urteil erwartet. Der Vorwurf gegen Berlusconi: In seiner Villa in Arcore habe es „systematische Prostitution zur Befriedigung des Ex-Premiers“ gegeben. Noch brisanter ist allerdings der Vorwurf, dass Berlusconi als Ministerpräsident Amtsmissbrauch begangen habe. Als die Prostituierte Ruby 2010 wegen eines Ladendiebstahls festgenommen worden war, soll Berlusconi bei der Polizei die Freilassung des Mädchens erwirkt haben. so der Vorwurf. Berlusconi habe behauptet, bei dem ertappten Mädchen würde

Blockadehaltung Grillos verärgert linke Wähler



Gut gelaunt trotz Ruby-Prozess: Die Stimmung in Italien dreht sich zugunsten Berlusconis Bild: pa

es sich um eine Verwandte von Ägyptens Präsident Husni Mubarak handeln. Falls sie nicht freikomme, würden diplomatische Verwicklungen drohen. Von der Anklage gefordert sind nicht nur sechs Jahre Haft für Berlusconi, sondern auch, dass der 76-jährige auf Lebenszeit von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wird.

Auch wenn nach Medienberichten die Beweislage beim Vorwurf des Amtsmissbrauchs eindeutig sein soll, Berlusconi könnte es abermals schaffen, Italiens Justiz vorzuführen. Zunächst einmal steht ihm der Weg offen, bei dem erstinstanzlichen Prozess in Revision zu gehen. Obendrein scheint der „Cavaliere“ auf eine bereits früher erfolgreiche Taktik setzen zu wollen – er macht sich unabkömmlich. Gegenüber Letta bereits angemeldet hat er den Anspruch, bei einer Kommission, die Reformvorschläge zum Wahlrecht ausarbeiten soll, den Vorsitz zu übernehmen. Bekommt er den Posten, hat Berlusconi ein Mittel in der Hand, die Prozesse gegen ihn bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschleppen. Schon in der Vergangenheit hat er regelmäßig die Vertagung von Gerichtsverhandlungen bewirkt, indem er wichtige politische Termine geltend gemacht hat.

Misslingt diese Taktik, hat es Berlusconi immer noch in der Hand, die Koalition mit Letta platzen zu lassen und damit Neuwahlen zu erzwingen – mit sich selbst als Spitzenkandidaten. Behalten die neuesten Umfragen Recht, würde Berlusconis Partei bei Neuwahlen wieder als deutlich stärkste Partei Italiens hervorgehen.

Neuer Finanzminister ist gut mit EZB-Chef Draghi befreundet

Auf den ersten Blick erscheint dies eine erstaunliche Entwicklung zu sein. Gemeinhin gilt der auf eine Totalopposition setzende Beppe Grillo als wahrer Profiteur der großen Koalition. Zurecht hat der Südtiroler Politologe Günther Pallaver im „Standard“ auf die Zusammensetzung von Grillos Wählerschichten hingewiesen. Ein Drittel kommt von Mitte-links, ein Drittel von Mitterechts. Unter den linksorientierten Grillo-Wählern ist inzwischen deutlich die Verärgerung erkennbar, dass Grillo mit seiner Total-Blockade-Haltung letztendlich Berlusconi zurück ins politische Spiel gebracht hat. Entladen hat sich dieser Frust bereits bei der Regionalwahl im Friaul, wo seine Partei massiv Stimmen verloren hat.

Egal für welches Szenario sich Berlusconi in den nächsten Monaten entscheidet, die Gefahr ist groß, dass Italien, politisch gelähmt, noch tiefer in die Krise schlittert. Von Premier Letta sind in seiner schwachen Position keine Konfrontationen mit Gewerkschaften, Lobbyisten oder Berlusconis Partei zu erwarten.

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass sich Premier Letta statt für eine Fortsetzung des ohnehin zaghaften Reformkurses seines Vorgängers Monti längst für ein flexibles „Durchlavieren“ entschieden hat. Während die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bei Lettas Antrittsbesuch die Zusage erhielt, man wolle in Rom am Sparkurs festhalten, verkündete Letta andernorts, „Sparprogramme allein sind tödlich“. In dieser Situation könnte die EZB noch stärker als bisher versucht sein, Italien mit dem Ankauf von Staatsanleihen unter die Arme zu greifen. Die Wahrscheinlichkeit, dass selbst bei einem Stopp aller Reformen und Sparanstrengungen bei der EZB die Druckerpresse für Italien angeworfen wird, ist hoch, denn Italiens neuer parteiloser Finanzminister Fabrizio Saccomanni gilt als enger Vertrauter von EZB-Chef Mario Draghi.

Norman Hanert

Alles wird gespeichert

USA werden zum Überwachungsstaat

Nur für kurze Zeit schien es, als wäre US-Präsident Barack Obama durch das bekanntgewordene Ausspionieren von Journalisten durch das US-Justizministerium in die Defensive geraten. Mit einem „Ich entschuldige mich nicht“ scheint indessen der Vorgang für Obama erledigt zu sein.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur AP, die von der Spionageaktion betroffen war, sind vom US-Justizministerium über zwei Monate Anruflisten von 20 Telefonanschlüssen abgerufen worden. Noch mehr Wirbel hätte allerdings eine Information verursachen müssen, die im Zusammenhang mit der Aufklärung des Attentats auf den Bostoner Marathonlauf durchgesickert ist. Vom Nachrichtensender CNN befragt, ob auch im Nachhinein noch Telefongespräche der Attentäter aufgeklärt werden könnten, hatte ein ehemaliger FBI-Beamter eine erstaunliche Antwort gegeben: „Natürlich haben wir bei Untersuchungen zur nationalen Sicherheit Mittel, um genau herauszufinden, was gesprochen wurde. Es ist nicht unbedingt eine Angelegenheit, die das FBI vor Gericht präsentieren würde“, so Tim Clemente, der selbst beim FBI für Terrorbekämpfung zuständig war. Bei einem weiteren Interview mit CNN noch einmal darauf angesprochen, wiederholt Clemente nicht nur seine brisante Aussage, er wurde auch recht konkret: Sämtliche digitale Kommunikation wird inzwischen in den USA mitgeschnitten und gesichert, so Clemente: „Willkommen in Amerika. Alles wird gespeichert, sobald wir etwas sprechen, ob wir es mögen oder nicht.“

1,7 Milliarden E-Mails und Telefonate pro Tag

Hinweise darauf, dass in den USA quasi verdachtsunabhängig sämtliche elektronische Kommunikation archiviert wird, hatte es zuvor bereits von einem ehemaligen Mitarbeiter des Telekommunikationsunternehmens AT&T gegeben. Dem Ingenieur Mark Klein zufolge haben sowohl AT&T als auch andere Telekom-Anbieter dem US-Nachrichtendienst National Security Agency (NSA) Zugriffsmöglichkeiten eingerichtet, damit systematisch auf Telefongespräche der Kunden zugegriffen werden kann. Erklären würde dies eine Zahl, die vor wenigen Jahren von der „Washington Post“ publik gemacht worden war. Schon im Jahr 2010 ist demzufolge bei der NSA ein Volumen von 1,7 Milliarden E-Mails und Telefongesprächen archiviert worden – und zwar täglich. *N.H.*

Unmut über Einmischung

Immer mehr Länder weisen ausländischen Stiftungen die Tür – USAID empört

Ein interessanter Trend zeigt sich zurzeit in der internationalen Politik: Der selbstbewusste Widerstand von vielen Schwellenländern gegen Hilfe und damit Einfluss von außen, vor allem von den USA. 50 Länder haben bereits Gesetze erlassen, die Arbeit von ausländischen Hilfsorganisationen zu begrenzen und strikt zu kontrollieren, wenn nicht gar zu verbieten. 30 weitere Nationen erwägen diesen Schritt. Anfang Mai, just zum kürzlich vielbeachteten Treffen von US-Präsident Barack Obama mit den Führern der mittelamerikanischen Länder in Costa Rica, erklärte Boliviens Staatschef Evo Morales ein Verbot der US-Agency for International Development (USAID) in seinem Land. Die USAID ist seit Jahrzehnten die wichtigste Hilfsorganisation des State Department, mit dem offiziellen Ziel, in der Welt Demokratie zu fördern, und zwar in Form von Programmen für Wirtschaft, Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur. Die Milliarden der allmächtigen Führungsmacht, die durch die USAID in jene Länder flossen, waren lange willkommen und taten viel Gutes für die Bevölkerung. Bewusst wurde dabei übersehen, dass die Organisation, in jeweils viele Hilfsgruppen unterteilt, auch ein sehr politisches Ziel hat: Einfluss zu nehmen. Allein 2,8 Milliarden im Jahr gehen an interne, oft oppositionelle politische Gruppierungen zur Förderung von unter anderem fairen Wahlen, unabhängiger Presse, Kampf für Menschenrechte und gegen Korruption, was die jeweiligen Regierungen zunehmend als Einmischung betrachten.

Vor allem Autokraten fühlen sich bedroht

Mit „Einmischung in innere Angelegenheiten“, begründete Evo Morales sein Verbot. Bereits im letzten Juni hatte das aus acht Nationen bestehende wirtschaftliche und politische Bündnis „Bolivian Alliance of the Americas“ die Vereinigten Staaten beschuldigt, unter dem Deckmäntelchen der USAID „politische Einmischung und Verschwörung auszuüben und unsere natürlichen Ressourcen auszubeuten“. Diese Ansicht wurde auch in der Vergangenheit bestätigt durch die aggressive „Freiheitsagenda“ unter US-Präsident George W. Bush, und derzeit durch die Unterstützung des „Arabischen Frühlings“ durch Obama.

„Eine Reihe von autokratischen Regierungen sind nervös, das allmähliche Erwachen ihrer Bürger zu sehen“, versucht Thomas Carothers, Vize-Präsident der überparteilichen „Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden“, die Verbote der USAID zu erklären. „Und besonders, wenn dahinter fremde Mächte stehen.“ Auch Russlands Präsident Wladimir Putin verbot die USAID im letzten September, obwohl diese nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion drei Milliarden Dollar in entlegene Gebiete Russlands für den Ausbau von Elektrizität, Straßenbau, Kampf gegen Tuberkulose und ähnliches investiert hatte. USAID-Mitarbeiter hatten sogar geholfen, die neue Verfassung und das Steuerrecht des neuen Russlands zu erarbeiten und Anwälte wie Richter in demokratischer Rechtsprechung zu beraten. Doch als die US-Organisation jetzt gegen Korruption zu Felde zog und oppositionelle Gruppierungen unterstützte, reichte es Putin. „Unsere Bürger können selbst unterscheiden zwischen dem Bedürfnis nach Erneuerung und politischer Provokation, die das Ziel hat, unsere staatliche Macht an sich zu reißen“, wetterte er.



Verbietet USAID: Evo Morales

Putins Position teilt auch Ägypten. Vor Kurzem verwies Präsident Mursi den USAID-Direktor des Landes und ließ Büros von diversen ausländischen Non-Profit-Gruppen durchsuchen. Und er kann hier auf Rückendeckung in der Bevölkerung bauen. Nach einer Umfrage von Gallup Poll sind 85 Prozent der Ägypter gegen von außen finanzierte Hilfsgruppen im Land. Was der stellvertretende Direktor für Außenpolitik des Brookings Instituts in Washington, Ted Piccone, versteht: „Was würden wir hier sagen, wenn die Ägypter politische Gruppen in den USA finanzieren würden? Unsere Hilfe, so sehr wir uns um Ausgleich bemühen, ist höchst heikel. Wir intervenieren direkt in ihre politischen Angelegenheiten.“

Liselotte Millauer

Der vergessene Partner

Brasilien feiert das Deutschland-Jahr: Kreative Ansätze, um Wirtschaftsbeziehungen zu beleben

„Berlin vergisst Brasilien“ titelte die „Wirtschaftswoche“ am 13. Mai und beklagte, dass die Bundesregierung dem für die deutsche Wirtschaft wichtigen Land kaum Aufmerksamkeit schenke. Zwar versuchte Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Brasilienbesuch dieser Tage, die Wogen zu glätten, doch eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Dafür werfen sich die Brasilianer für Deutschland ins Zeug, wie die Veranstaltungen zum Deutschland-Jahr zeigen.

Eigentlich hatte das Deutschland-Jahr in Brasilien bereits mit der phantasievoll gestalteten Sambaschule „Unidos da Tijuca“ beim Karneval von Rio begonnen, als etliche Wagen und Tänzerinnen in Schwarz-Rot-Gold gewandet durch Rios Sambódromo zogen. Fast 4000 Mitglieder der Samba-Schule defilierten unter dem Motto „Bezauberndes Deutschland“. Mit sechs riesigen Motivwagen und mehr als 30 Kostümabteilungen bot Tijuca einen Querschnitt der Kultur, Geschichte und der kulinarischen Landschaft Deutschlands. Leider konnte die Sambaschule „Unidos da Tijuca“ ihren Titel als bester Wagendekorateur aus dem Jahr 2012 mit dem Deutschland-Motto nicht verteidigen.

Bereits zum Tag der deutschen Einheit im vergangenen Jahr strahlte auch Rios Wahrzeichen, der segnende Christus auf dem Berg Corcovado, hoch über der Stadt in den Farben Schwarz-Rot-Gold. Jetzt zum offiziellen Startschuss des Deutschland-Jahres durch Bundespräsident Joachim Gauck und die brasilianische Präsidenten Dilma Roussef strahlte der Corcovado wieder in den deutschen Farben. Mit mehreren hundert Veranstaltungen soll im Deutschland-Jahr der Zusammenarbeit der beiden Länder „neuer Schwung“ verliehen werden, wie es der deutsche Botschafter in Brasilia formuliert. Ein Jahr lang sollen sich Brasilien und Deutschland besser kennenlernen. Deutschland und Brasilien feiern ab Mai ein Festival der Ideen, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Der Veranstaltungskalender des Deutschland-Jahres ist groß. Er umfasst die Bereiche Kultur und Bildung, Wirtschaft, Sport und Gesellschaft, Wissenschaft und Hochschulwesen sowie Zusammenarbeit für Nachhaltige Entwicklung. So geht es sowohl um Grundlegendes wie die Frage, warum die Deutschen ihre Freizeit gerne in Vereinen organisieren, als auch um Hochspezielles wie um die Frage, wo genau die Loreley sitzt. Beides sind Themen der Ausstellung „Deutschland für Anfänger“, die durch acht brasilianische Städte auf Tournee geht. Die zum Teil humorvollen Exponate hat das Goethe-Institut ausgewählt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Verbindungen zwischen Deutschland und Brasilien ohnehin schon sehr eng. Beide Länder

> São Paulo: 250 000 Personen arbeiten in deutschen Betrieben

sind die wichtigsten Handelspartner des anderen auf dem jeweiligen Kontinent. Seit die ersten Auswanderer zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Südatlantik überquerten, haben sich mehr als 1300 deutsche Unternehmen in São Paulo angesiedelt, nicht mitgezählt die in Brasilien durch deutsche Auswanderer gegründeten Firmen. São Paulo wird gerne anekdotisch als „größte deutsche Industriestadt der Welt“ bezeichnet – 250 000 Beschäftigte verdienen ihren Lohn bei Betrieben aus „Alemanha“. Von Deutschen in Brasilien gegründete Firmen wie die Brauerei BAHMA (Brauhaus Maschke), einer der größten Sponsoren des Karnevals von Rio, der Baugigant Odebrecht oder die von Eike Batista, einem Deutsch-Brasilianer, gegründete Holding EBX Group gehören heute zu den Weltführern in ihren Bereichen. In kaum einer anderen Weltregion ist die deutsche Wirtschaft so präsent wie in Brasilien. An rund zwölf Prozent der industriellen Gesamtleistung Brasiliens sind deutsche Firmen beteiligt.

Das Jahr „Deutschland + Brasilien 2013 bis 2014“ dient der Vertiefung und Ausweitung der deutsch-brasilianischen Beziehungen. Zugleich will das Jahr die Zusammenarbeit sichtbar machen und Anstöße für neue Kooperationen geben. Deutschland präsentiert sich als ein Land voller Ideen und als kreativer Partner Brasiliens. Allerdings ist die Geschichte der Auswanderung von Deutschland nach Brasilien und die Situation der heute etwa acht Millionen Deutschstämmigen im Deutschland-Jahr leider etwas zu kurz gekommen. Nur der im Vorprogramm der Berlinale gescheiterte Film „Walachei“ der deutsch-brasilianischen Autorin Rejane Zilles über eine abgelegene Gemeinde im Hinterland Rio Grande do Suls, in der das Hunsrückische der Auswanderergeneration bis heute als Alltagssprache und die Handwerke der Auswanderer überlebt haben, hat es ins Programm des Deutschland-Jahres geschafft. Dabei müsste gerade die Papstwahl im März in Rom gezeigt haben, wo der Deutschbrasilianer Kardinal Odilo Scherer lange Zeit als Favorit auf den Stuhl Petris galt, dass es nicht ihre Rückständigkeit war, die die deutschen Einwanderer in Brasilien ausgezeichnet hat.

Zum Programm des Besuchs von Bundespräsident Gauck in Rio de Janeiro gehörte auch der Besuch einer der Armensiedlungen, die immer noch die Stadtränder aller brasilianischen Großstädte umgeben. Während die Einwanderung von wenigen Hunderttausenden von Menschen aus Europa eine Erfolgsgeschichte war, führte die zwangsweise Versklavung von Millionen von Schwarzafrikanern bis 1888 in Brasilien zu Ungerechtigkeiten, die bis heute fortdauern. Gerade diese verheerenden gesellschaftlichen Unterschiede haben Brasilien auch in seiner Geschichte seit 1822 mehrmals Militärdiktaturen beschert. Die letzte dauerte von 1964 bis 1985. In dieser Zeit war mit Ernesto Geisel von 1974 bis 1978 erstmals auch ein Deutschstämmiger Präsident Brasiliens. Mit Mitgliedern der Nationalen Wahrheitskommission hat der deutsche Bundespräsident Gauck während seines Besuches auch über die Zeit der Diktatur in Brasilien gesprochen.

Das Deutschland-Jahr fällt in eine günstige Zeit. In diesem Jahr richtet Rio de Janeiro die katholischen Weltjugendtage aus, wo bis zu drei Millionen Jugendliche, viele davon auch aus Deutschland, in Brasilien erwartet werden. In drei Jahren empfängt Rio die Olympischen Spiele. Und nächstes Jahr richtet Brasilien die Fußball-Weltmeisterschaft aus. Nach dem Endspiel gibt es vielleicht wieder Grund für eine Illuminierung des Corcovado in Schwarz-Rot-Gold.

Bodo Bost



Gauck besucht VW in Brasilien: São Paulo wird oft als „größte deutsche Industriestadt der Welt“ bezeichnet Bild: pa

KURZ NOTIERT

Umstellung auf Erneuerbare Energien erfolgt langsamer: Um den Ausstieg aus der Kernkraft umzusetzen, hat die Bundesregierung eingeplant, dass im Jahr 2020 zehn Gigawatt (GW) Strom – was der Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken entspricht – von Offshore-Windparks erzeugt werden. Doch bisher sind auf offener See wenige Windparks am Netz. Diese erzeugen erst wenige Hundert Megawatt Strom. Selbst die Offshore-Branche rechnet damit, wegen technischer Hürden und Finanzierungsengpässen bis 2020 nur Anlagen mit einer Gesamtleistung von sechs bis sieben GW installiert zu haben. *Bel*

Unvernünftige Treue zu alten Heizungsanlagen: „Es wird immer nur über Strom gesprochen, das ist völlig falsch“, kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Bundesindustrieverbandes Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik, Andreas Lücke. Der weitaus größte Teil des Energieverbrauchs der privaten Haushalte entfalle auf Heizung (71 Prozent) und Warmwasser (14,5 Prozent). Eine schnelle Besserung sei aufgrund des geringen Modernisierungstempos nicht in Sicht, denn in Deutschland würden, obwohl vier von fünf Anlagen nicht der aktuellen Technik entsprechen, nur drei Prozent der Heizungsanlagen jährlich erneuert. 86 Prozent der Heizungsanlagen in Deutschland werden mit Öl oder Gas befeuert. Und während 2008 die Hälfte der Neuanlagen mit Wärmepumpen und Solarthermie ausgestattet wurden, ist das Interesse an Erneuerbaren Energien rückläufig: Laut „Handelsblatt“ wurden 2012 nur 25 Prozent der Anlagen mit alternativen Komponenten versehen. *Bel*

Gesellen dringend gesucht: Zwar fehlen in Deutschland Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler, doch laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) besteht vor allem ein Mangel an Altenpflegern, Mechatronikern, Hörgeräteakustikern und Elektrikern. Von 111 ermittelten Berufen, in denen ein Fachkräftemangel bestehe, setzten 58 keineswegs ein Studium, sondern eine abgeschlossene Ausbildung voraus, so das IW. *Bel*

Draghi auf Kamikaze-Kurs

EZB will Negativzinsen und indirekte Staatsfinanzierung ausbauen

Nach drei Jahren Euro-Krise ist kaum noch zu verbergen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrem Latein am Ende ist. Mit der jüngsten Leitzinssenkung auf 0,5 Prozent nähert sich die EZB langsam dem Punkt an dem sich die Geschäftsbanken völlig zinslos Geld beschaffen können. Die Kreditnachfrage in der Wirtschaft der südeuropäischen Länder springt trotzdem nicht an. Mit gutem Grund: Bei fehlender Nachfrage sind neue Investitionen für Unternehmen sinnlos.

Gleichzeitig richten die Zinssenkungen in wirtschaftsstarken Euro-Ländern wie Deutschland Schaden an. Die Immobilienpreise werden künstlich befeuert, gleichzeitig funktioniert das Geschäftsmodell von Sparkassen und Versicherungen durch die Niedrigzinspolitik nicht mehr. Extrem in Bedrängnis kommen etwa die Versicherungen, die kaum noch die Garantiezinsen erwirtschaften können, die einst den Kunden zugesichert wurden.

Inzwischen steht bei der EZB sogar der Bruch letzter Tabus zur Diskussion: Ähnlich wie es dies die Bank of Japan 20 Jahre lang erfolglos probiert hat, soll die Kreditnachfrage quasi mit der Brechstange erzwungen werden. Sowohl Italiens Notenbankchef Ignazio Visco als auch EZB-Chef Mario Draghi können sich etwa die Einführung negativer Zinsen auf Einlagen der Banken bei der EZB vorstellen. Dahinter steckt die Hoffnung, dass wenn Geschäftsbanken Strafzinsen auf ihre EZB-Einlagen zahlen müssen, sie stattdessen Kredite an

> EZB ist von innen heraus gekapert worden

Unternehmen und Verbraucher vergeben, doch bisherige Erfahrungen zeigen, dass die Theorie in der Praxis nicht aufgeht.

Ebenso fatale Folgen dürfte eine andere Idee Draghis haben. So plant er, dass die EZB risikobehaftete Kreditpakete aus Südeuropa aufkaufen soll. Zwar soll es dabei um den Ankauf von Unternehmenskrediten gehen, doch selbst Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht inzwischen darin eine Form „verdeckter Staatsfinanzierung“, denn in der vom Italiener Draghi angestoßenen Diskussion stehen aktuell ausgerechnet Kredite von 70 Milliarden Euro, die der Staat Italien bei Lieferanten offen hat. Auch spanische Banken würden mit Leichtigkeit ähnliche Kreditpakete mit unbezahlten Rechnungen Madrids bei Unternehmen schnüren können.

Dass angesichts solcher Aussichten in Deutschland Forderungen nach einer Demokratisierung der EZB aufkommen, kann kaum verwundern. Tatsächlich würden sich aber auch in einer „demokratisierten“ EZB unter den 17 Euro-Mitgliedern so leicht Mehrheiten gegen Deutschland organisieren lassen wie bisher – dann allerdings sogar noch mit dem Etikett „demokratisch legitimiert“ versehen. Fast naiv ist die Hoffnung, dass die EZB ausgerechnet vom Europäischen Gerichtshof, der gern als „Motor der Europäischen Integration“ bezeichnet wird, gestoppt werden würde. Absurderweise ist es ausgerechnet die Unabhängigkeit der EZB nach dem Modell der Bundesbank, die diese Entwicklung ermöglicht hat. Als Deutschland durchsetzte, dass die EZB gegenüber politischem Druck unangreifbar gemacht wird, fehlte die Phantasie, sich vorzustellen, dass die Zentralbank auch von innen her gekapert werden könnte. *N.H.*

Toilettenpapier wird knapp

Das sozialistische Experiment reißt Venezuela tiefer in die Krise

Eine Meldung mit Symbolcharakter: Nach 14 Jahren Sozialismus wird in Venezuela selbst das Toilettenpapier knapp. Die Regierung von Nicolás Maduro, seit April Nachfolger des jüngst verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez, versprach, 50 Millionen Rollen zu importieren.

Zuvor war Maduro bereits nach Argentinien, Brasilien und Uruguay gereist, um über Lebensmittellieferungen zu verhandeln. Einst war Venezuela Exporteur von Nahrungsmitteln. Doch nachdem Chávez bereits bis 2011 rund 1000 Betriebe verstaatlicht hatte, begann er zuletzt auch mit der Enteignung landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Maduro hat versprochen, das „Werk“ seines Vorgängers fortzusetzen

Der Ablauf der Enteignungen war ebenso simpel wie erschreckend. Chávez verkündete sie einfach in seiner wöchentlichen Fernsehsendung „Hallo Präsident“. Auch die Opfer des Landraubs erfahren für gewöhnlich erst in der Sendung von ihrem Schicksal. Danach rollen bewaffnete Kommandos an und nehmen den Bauern das Land weg, angeblich, um es an die Armen zu verteilen. In der Regel jedoch kommt nach der Enteignung jedwede Produktion zum Erliegen, das Land liegt brach, denn die neuen „Besitzer“ lassen es lieber verkommen, als die geprellten Eigentümer wieder darauf zu lassen um weiterzuarbeiten.

Venezuela war bis zum Machtantritt von Hugo Chávez Ende 1998 das wohlhabendste Land im

> Präsident Maduro bittet Ausland um Lebensmittel

nördlichen Südamerika. Nicht nur der Ölreichtum, auch eine vergleichsweise gut entwickelte Mittelschicht hob das Land positiv von seinen Nachbarn ab.

Die „Bolivarische Revolution“ des überzeugten Marxisten Chávez machte Venezuela dann Schritt für Schritt zum Armenhaus der Region. Zuerst brachte er die Großkonzerne, vor allem die Ölproduktion, unter staatliche Kontrolle. An die Stelle erfahrener Manager traten Günstlinge seiner sozialistischen Partei und Angehörige von Hugo Chávez. Das Resultat war ein steter Niedergang in allen betroffenen Wirtschaftsbereichen.

Um die ärmeren Bevölkerungsschichten günstig zu stimmen, dekkelte Chávez diese für Waren des täglichen Bedarfs auf äußerst niedrigem Niveau. Ebenso wurde Wohnraum staatlich verbilligt. Diese Maßnahmen erinnern an die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ der DDR-Regierung von Erich Honecker, in der Waren des täglichen Bedarfs, Mieten und Tarife stark subventioniert wurden. Analysten halten jenes Programm für einen wesentlichen Auslöser des Bankrotts der DDR-Wirtschaft.

In Venezuela führt die Mischung aus Verstaatlichung, Preisdeckelung und Subventionierung nun zu einer immer drastischeren Verknappung von gewöhnlichen Alltagsprodukten. Für die Hersteller lohnt die Produktion kaum noch, da sie nicht in der Lage sind, marktgerechte, also gewinnbringende oder wenigstens kostendeckende Preise zu erzielen. Daher bleibt die Produktion einfach aus. Und aus diesem Grunde sehen offenbar auch die staatlich eingesetzten Besetzer von enteignetem Agrarland keinen Grund, etwas anzubauen.

Hans Heckel

Verbieten?

Von Hans Heckel

Erneut fordern Unionspolitiker, DDR-Symbole zu verbieten. Der Aufmarsch von Veteranen eines Stasi-Wachregiments in ihren Uniformen in Berlin war der neueste Anlass. Das sei eine Provokation der SED-Opfer, so Unionsfraktionschef Volker Kauder.

Da hat er recht: Wer unter dem roten Regime zu leiden hatte, dürfte den Anblick kaum aushalten. Aber das ist nun einmal der Ausweis einer freien, demokratischen Gesellschaft. Auch Provokationen sind erlaubt. Jedem ist es freigestellt, zu provozieren, solange er nicht gegen das Strafgesetz verstößt. Jedem ist es aber ebenso erlaubt, sich öffentlich gegen die Provokation zu stellen.

Freiheit ist nur dann wirklich, wenn sie die Freiheit zum Unerwünschten einschließt. Toleranz nur dann echt, wenn sie die Duldung auch dessen umfasst, was man politisch vollkommen inakzeptabel findet.

Es ist ein unguter Zug der Zeit, stets nach Verboten zu rufen, wo politische Kritik, ja, auch öffentliche Empörung das geeignete Mittel wäre. Wer zu oft „Verbieten!“ ruft, der nagt, auch wenn dies bestimmt nicht Kauders Absicht war, an den Grundlagen der Freiheit. Die hat durch solche Vorstöße, sonst immer von links, schon genug gelitten.

Kein Forum bieten

Von Rebecca Bellano

Dass der Lehrergewerkschaft GEW alles Nationale zuwider ist und Patriotismus unverständlich ist, ist bereits bekannt. Dass dies jetzt auch den die eigene Vergangenheit verklärenden Patriotismus der Türken trifft, ist da nur konsequent und sogar erfreulich, denn wie oft verheddern sich beispielsweise linke Freunde der Gleichberechtigung in ihrer Toleranz gegenüber dem Islam, der aber Frauen selten volle Rechte einräumt.

Auch ist der GEW in diesem Fall zu danken, weil sie auf einen Missstand hinweist, der so nicht tragbar ist. Der Türkei in deutschen Schulen ein Forum für die Interpretation ihrer Geschichte zu geben, ist unglaublich. Noch unglaublicher ist allerdings, dass die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen sich nicht daran stößt. Und wieso sind bitte im muttersprachlichen Türkischunterricht überhaupt die Geschichte und Kultur der Türkei ein Thema. Im Sprachunterricht derartige Bereiche abzuhandeln, ist fehl am Platze. Für so etwas gibt es Fächer wie Geschichte und Erdkunde. Doch hier werden die 58 000 Schüler, die in NRW am muttersprachlichen Türkischunterricht teilnehmen, wieder von deutschen Lehrern zusammen mit ihren deutschen Klassenkameraden unterrichtet und da ist die Gefahr, dass die türkische Propaganda, die in den besagten Büchern verbreitet wird, aufgedeckt wird, deutlich größer.

Der Versuch der Türkei, türkischstämmige Schüler zu indoktrinieren, ist zudem der Integration nicht dienlich.

Krankes Vaterland

Von Jan Heitmann

Ein Tag im niederländischen Arnheim, Schauplatz einer der berühmtesten Schlachten des Zweiten Weltkrieges. Auf dem Parkplatz der Kriegsgräberstätte stehen 20 Motorräder Marke Harley Davidson mit niederländischen Kennzeichen. Die Fahrer stehen in Gruppen auf dem Friedhof und unterhalten sich gedämpft, so, wie es der Würde des Ortes entspricht. Darunter einige Typen, die jedem Klischee vom „harten Biker“ entsprechen. Alle tragen sie die szenetypische Motorradbekleidung. Ein kurzes Kommando des Anführers, und alle treten in sauber ausgerichteter Linie an. Ein weiteres Kommando, und sie grüßen militärisch. Der Anführer spricht einige Worte und befiehlt Rühren und Wegtreten. Es sind aktive und ehemalige Soldaten der niederländischen Streitkräfte. Für sie war es selbstverständlich, bei ihrer Tour hier Station zu machen und den Gefallenen die Ehre zu erweisen. Die Friedhofsbesucher sind beeindruckt und begeistert.

Zwei Wochen später startet eine Gruppe Motorradfahrer vom ehemaligen Flughafen Berlin-Tempelhof zu einer Gedenkfahrt. Es sind die „Recondo Vets“, ein Motorradclub ehemaliger Bundeswehrsoldaten, die meisten davon mit Einsatzerfahrung. Zu ihnen haben sich einige Ehemalige aus anderen Nato-Staaten gesellt. Der Bund Deutscher Veteranen ist Mitorganisator der Veranstaltung. Seitens der Bundeswehr, des Reservisten- und des Bundeswehrverbandes ist trotz Einladung niemand erschienen. Ziel des „Memorial Run“ ist das Ehrenmahl für die Toten der Bundeswehr an der Hildebrandstraße. Es liegt unauffällig am Rande des Areals des Bundesverteidigungsministeriums. Ringsherum absolutes Halteverbot, damit ja keiner auf die Idee kommt, es zu besuchen.

> Statt Anerkennung gibt es in Deutschland kleinkarierte Kritik

Die Motorradfahrer gedenken ihrer toten Kameraden in angemessener Würde. So wie die in Arnheim. Aber hier enden die Parallelen. In Deutschland gibt es dafür keine Anerkennung oder gar Begeisterung. Statt dessen Kritik an der angeblich unangemessenen Bekleidung, kleinkarierte Verweise auf die Uniformvorschriften, die das Tragen militärischer Abzeichen und Kopfbedeckungen zur Zivilkleidung nicht vorsehen, und hämische Bemerkungen über die Leibesfülle einiger schon in die Jahre gekommener Teilnehmer.

Ist das alles wirklich wichtig? Nein! Es kommt nicht auf die Verpackung, sondern auf den Inhalt an. Lieber „harte Biker“ in Motorradkluft, die es ehrlich mit den Toten der Bundeswehr meinen, als eine wohlgewandete Gedenkgemeinde, die nur Stereotypes und Geheucheltes von sich gibt. Sie tun wenigstens etwas zur Ehrung der Gefallenen und zur Erinnerung an die vielen versehrten und traumatisierten Soldaten. Die Politik dagegen ist noch immer damit beschäftigt, eine Definition für den Veteranenbegriff zu suchen und sich auf ein offizielles Gedenken zu verständigen. Deutschland, krankes Vaterland.



Haben kein großes Lob erwartet: Mitglieder des Motorradclubs „Recondo Vets“ und des Bundes Deutscher Veteranen gedenken in Berlin der Toten der Bundeswehr

Bild: Davids

Gastbeitrag

Die spröde Marianne

Von Norbert Breuer-Pyroth

Angesichts der in deutschen Ohren neuerdings befremdlich „germanophobe“ (französisch: deutschfeindlich) klingenden Äußerungen sozialistischer französischer Politiker, drängt sich die Frage auf: Ist die deutsch-französische Freundschaft in Zeiten der Euro-Krisen gefährdet, am Ende gar ein Auslaufmodell – oder wird sie unverrückbar stabiler Anker der europäischen Einigung bleiben? Der französische Generalkonsul im Saarland, Frédéric Joureau, ist ein sympathischer, agiler Herr. In seinem Amtssitz von zwei Fotos eingerahmt – einem des Staatspräsidenten und eines des nicht nur die Saarländer beunruhigenden Kernkraftwerks Cattenom – ist er überzeugt: „Es gibt keine bessere Antwort auf diese Frage als: Nein, keinesfalls. Wir haben seit 50 Jahren stetig bewiesen, welch' gewichtige Rolle das deutsch-französische Paar zugunsten Europas spielt; insbesondere eben auch seit dem Ausbruch der finanziellen und wirtschaftlichen Krise, selbst wenn die Presse sich mitunter um die sogenannten ‚Zündungsprobleme‘ des deutsch-französischen Motors sorgt.“ Und mit dem französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault ist er sich einig: „Um dem europäischen Projekt neuen Schwung zu geben und den Weg zurück zum Wachstum zu finden, ist die deutsch-französische Freundschaft zentral.“

Nichtsdestotrotz ist Feuer unter dem Dach und Staatspräsident François Hollande höchstpersönlich musste den Brandherd austreten, den einige seiner besonders linken Parteigenossen angefacht hatten, als sie Kanzlerin Angela Merkel „egoistische Unnachgiebigkeit“ vorwarfen und zeterten, sie denke „einzig an die Spareinlagen jenseits des Rheins, die deutsche Handelsbilanz und ihre eigene politische Zukunft“. Industrieminister Arnaud Montebourg ließ wissen, die deutsche Lohnzurückhaltung sei „unfair gegenüber den Nachbarländern“. Hollande selbst räumte lediglich „Spannungen auf freundschaftlichem Niveau“ im deutsch-französischen Gespann ein.

Zu den besonnenen Stimmen zählt der französische EU-Kommissar Michel Barnier; er empfahl den Kritikern, doch „lieber einmal genauer hinzusehen, was in Deutschland funktioniere statt zu kritisieren“ und „es gebe keinen Ausweg aus der möglichen Krise in Europa als eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland“. Finanz- und Wirtschaftsminister Pierre Moscovici sprang ihm bei und sprach sich für einen „anspruchsvollen Dialog mit Deutschland“ aus. Er widersprach dabei der Vorstellung, dass die französischen wirtschaftlichen Probleme vornehmlich von Deutschland verursacht wären. Der frühere Außenminister Alain Juppé warnte vor der „tödlichen Gefahr eines Bruchs mit Deutschland“, da er Frankreich völlig isolieren würde. Von François Mitterrand stammt der eherne Satz: „Frankreich muss seinen Rang in der Welt beibehalten!“ Für sein Land ist es schmerzlich, wirtschaftlich so stark hinter den deutschen Nachbarn zurückgefallen zu sein. Fatal dabei, dass die Franzosen sich wirtschaftlich (und sportlich) stets mit den Deutschen, kaum je aber mit Italienern, Spaniern oder Engländern vergleichen.

> Die deutsch-französische Freundschaft nur mehr eine Rechenaufgabe?

Obwohl Frankreich für Deutschland weiterhin unangefochten der weltweit ergiebigste Exportmarkt bleibt (sehr deutlich vor den USA und den Niederlanden, China auf Rang fünf), waren jüngst nur noch 25 Prozent der Deutschen überzeugt, es sei das wichtigste Partnerland – 2003 waren es noch 45 Prozent. Jacques-Pierre Gougeon, Forschungsleiter am Pariser Institut des Relations Internationales et Stratégiques, im TV-Sender Arte: „Das Bild, das man heute in Deutschland von Frankreich hat, ist das eines Landes mit schwindenden Kräften. Frankreich wird als ein Land wahrgenommen, das bemüht ist, eine Rolle zu spielen, die es gar nicht mehr hat.“

Als vorschnell und unsensibel müssen Forderungen betrachtet werden, Frankreich aus der Euro-Zone auszuschließen. Eine solche Schmach, gerade von deutscher Seite ausgelöst, würde uns unser unverzichtbarer Partner grimmig nachtragen, ja könnte zu heftigen Reaktionen bei einem Großteil auch jener Franzosen führen, die bislang eine positive Meinung zu Deutschland hegen. Schon die Nichteinladung des Präsidentschaftskandidaten Hollande durch Kanzlerin Merkel war ein unverzeihlicher diplomatischer Fehler. Andererseits war der eher glücklos agierende, in Frankreich gegenwärtig arg unbeliebte Hollande selbst keineswegs unschuldig daran, hatte er sich im Wahlkampf doch mokiert: „Seit einigen Monaten ist Frau Merkel diejenige, die entscheidet, und Herr Sarkozy derjenige, der ihr darin folgt.“ Und er legte nach: „Frankreich hat sich Deutschland unterworfen“. Den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 wollte er gar durch ein neues Abkommen ersetzen.

Wer annimmt, Franzosen und Deutsche seien schon vom Verhalten her von Grund auf unterschiedlich, hat nicht unrecht. So nah und doch so fern? Es beginnt mit einem gravierend unterschiedlichen Zeitverständnis. Wissenschaftlich betrachtet sind Deutsche monochron, Franzosen polychron. Monochrone, eher nordische Völker, erledigen eine Aufgabe auf einmal, lieben genaue Planung und vor allem keine Überraschungen; sie identifizieren sich mit ihrer Arbeit. Polychrone sind eher südeuropäischer Herkunft, tun vieles gleichzeitig und empfinden Zeit als eine Aufeinanderfolge von Ereignissen, die untereinander kaum verbunden sind; sie identifizieren sich mit ihrer Familie und ihren Freunden. Monochrone Deutsche sind arbeitsmäßig stärker teamfähig als polychrone Franzosen, Letztere sind Machtspielereien eher zugetan. En passant: In monochronen Ländern werden mehr Versicherungen abgeschlossen und sind mehr Psychotherapeuten in Arbeit. Klischees taugen nur zur Beschreibung von Gruppen, niemals eines Individuums. Wie sehen nun diese französischen Vorurteile in diesen Tagen aus? Wie immer – sie haben sich über Dekaden hinweg wenig geändert: Deutsche sind schwerfällig, arbeiten mehr als die Franzosen, sind pingeliger, brüsk, humorlos, kritikunempfänglich, inflexibel, risikoscheu, zu direkt, taktlos und schrecklich besserwisserisch. Sie sind – positiv gesehen – präzise, gründlich, verlässlich und höflich (was auch von ihrem Halten an Zebrastreifen herrühren mag). In einer satirischen Fernsehsendung auf Canal+ wandte sich vor einem Jahr „Angela Merkel“ – auf dem Stuhle des französischen Präsidenten vor der Trikolore prangend – an die Franzosen. Zu Klängen der „Marseillaise“ wies sie die Franzosen schnaubend zurecht, die spaßigen Zeiten seien vorüber, jetzt gehe es an die „Arbeit“. Und sie selbst kümmere sich um alles. Mit deutschen Fähnlein winkende Franzosen – unter ihnen der vormalige Präsident Sarkozy – begrüßten sodann jubelnd und unter dem Ruf „Merci, les Allemands“ eine Kolonne Bundeswehr-Panzer, die mit Blasmusik nach Frankreich einzieht.

> Deutschfeindliche Ressentiments werden nur von Wenigen geschürt

In der Tat ist es verdrießlich, in diesen Tagen miterleben zu müssen, wie in Frankreich wieder einmal verblichen gewähnte Ressentiments gegenüber Deutschland hervorgekramt werden; doch bloß von wenig verantwortungsvollen, teils historisch offenkundig nicht ausreichend vorgebildeten Politikern. Die auftretenden Aggressionen – gerade eben auch aus südlich-polychronen Ländern – gegen die Deutschen sind sachlich gesehen kaum gerechtfertigt und werden hierzulande denn auch mit Kopfschütteln hingenommen. Gottlob gelassen.

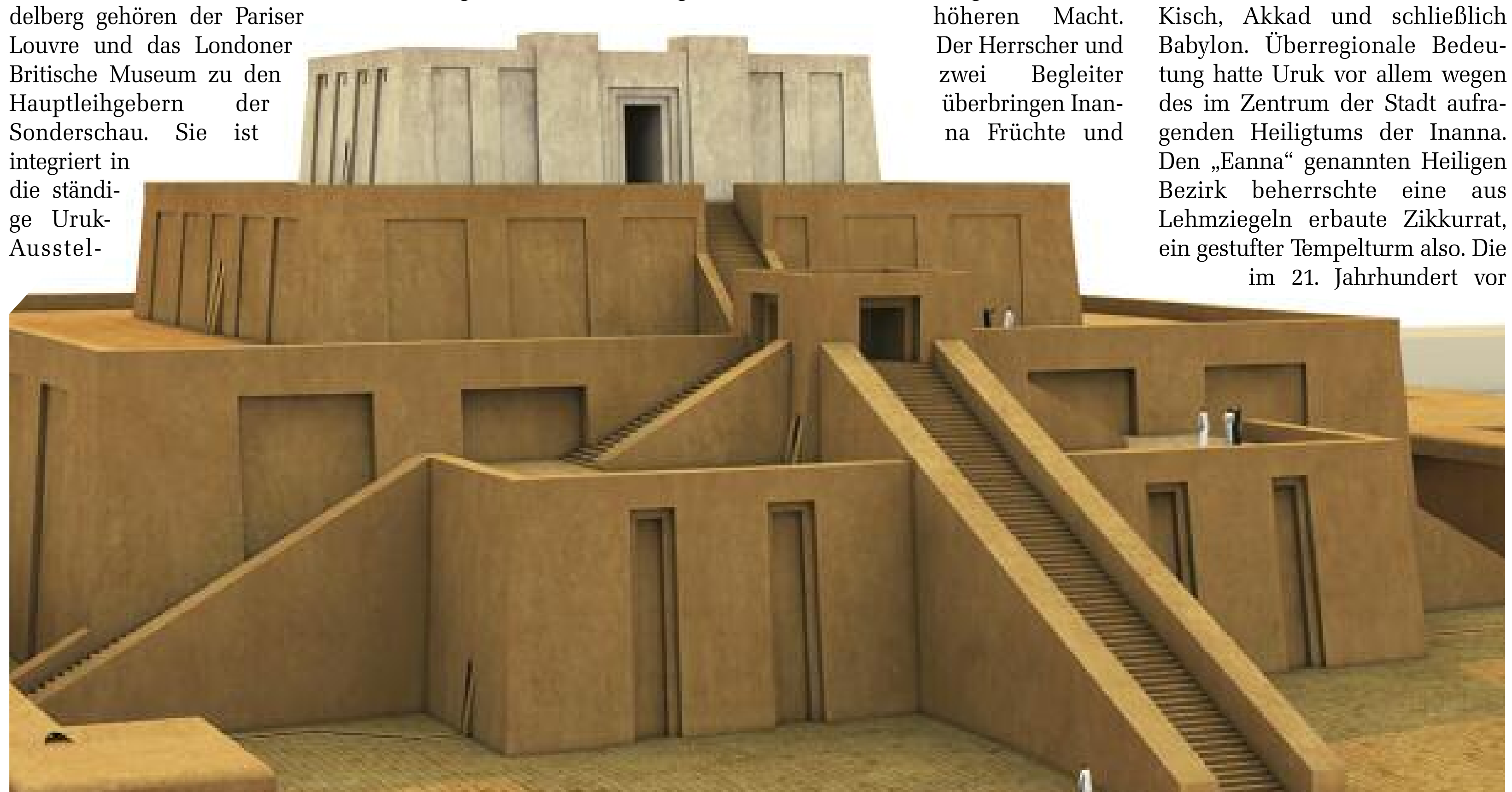
Der Autor arbeitet als selbstständiger internationaler Managementberater mit Schwerpunkt Deutschland/Frankreich. Daneben ist er als Dozent, Publizist und Fachbuchautor tätig. Außerdem schreibt er belletristisch.

Wiege der Zivilisation

»Uruk – 5000 Jahre Megacity«: Berlin widmet der größten Stadt des Alten Orients eine spannende Schau

Gegen Ende des 4. Jahrtausends vor Christus wuchs Uruk zur Großstadt und war für rund 2000 Jahre mit geschätzten 40 000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Metropole des Alten Orients. Uruk war etwa 4500 Jahre besiedelt und wurde im beginnenden 4. Jahrhundert nach Christus aufgegeben. Seit 100 Jahren werden mit maßgeblicher deutscher Beteiligung die im Süden des heutigen Irak gelegenen Überreste Uruks archäologisch untersucht. Das Jubiläum ist Anlass zur ersten Sonderausstellung über die Stadt.

Erster Auftraggeber und Financier der Ausgrabungen in Uruk war die Deutsche Orient-Gesellschaft. Sie stand unter dem Protektorat von Kaiser Wilhelm II., der die Gesellschaft mit beträchtlichen Zuwendungen aus seinem Dispositionsfonds unterstützte. Unter Leitung von Julius Jordan wurden die Grabungen im Winter 1912/13 aufgenommen und ab 1928 fortgesetzt. „Sehr kaisertreu eingestellt, war er Mitglied der Doorner Arbeitsgemeinschaft Kaiser Wilhelms II.", wie Margarete van Ess berichtet. Sie ist wissenschaftliche Direktorin der Orient-Abteilung des Deutschen Archäologischen Instituts, unter dessen Federführung die Grabungen seit 1954 stehen. Van Ess: „Seit 1980, mit dem Ausbruch des Iran-Irak-Krieges, konnte nur noch sporadisch in Uruk geforscht werden. Der bis 1990 andauernde Krieg, die Zeit des Wirtschaftsembargos zwischen 1991 und 2003 sowie die Wirren nach dem Krieg 2003 ließen längere Aufenthalte vor Ort nicht zu." Bislang sind trotz 40 Grabungskampagnen erst fünf Prozent des 5,5 Quadratkilometer großen Stadtgebietes archäologisch erforscht. Der deutsche Anteil an den in Uruk gemachten Funden befindet sich im Vorderasiatischen Museum von Berlin und in der Uruk-Warka-Sammlung der Universität Heidelberg. „Warka" ist der arabische Name Uruks. Neben Heidelberg gehören der Pariser Louvre und das Londoner Britische Museum zu den Hauptleihgebern der Sonderschau. Sie ist integriert in die ständige Uruk-Ausstellung des Vorderasiatischen Museums, die mit der Rekonstruktion von über 5000 Jahre alten Fassadenmosaiken aus farbigen Tonstiften aufwartet.



Digitale Rekonstruktion: Die Zikkurrat für die Göttin Inanna — Bild: Staatliche Museen zu Berlin, Vorderasiatisches Museum

Alter Überlieferung zufolge ließ König Gilgamesch die 11,5 Kilometer lange Stadtmauer der am Ufer des Euphrat gelegenen Metropole erbauen. Gilgamesch, von dem nicht nachgewiesen ist, dass er je gelebt hat, ist Held des ältesten schriftlich überlieferten Epos der Menschheit. Die frühesten erhaltenen Reste dieser Dichtung stammen aus dem 21. Jahrhundert vor Christus. Vor allem von zwei Szenen des Epos gibt es bildliche Darstellungen, wie die Schau zeigt. Auf dem Fragment eines Elfenbeinreliefs (9./8. Jahrhundert v. Chr.) ist der Kampf von Gilgamesch und seinem Freund Enkidu gegen den Riesen Humbaba dargestellt. Ein Terrakottarelief (18./17. Jahrhundert v. Chr.) zeigt Gilgamesch und Enkidu im Kampf gegen den Himmelsstier. Den hatte die Kriegs- und Liebesgöttin Inanna gegen Gilgamesch ausgesandt, weil der ihre Liebesavancen verschmäht hatte.

Inanna war die Schutzgöttin Uruks. Ausgestellt ist ein Abguss der berühmten, über einen Meter hohen „Kultvase von Uruk" (zirka 3500–3000 v. Chr.). Sie bietet eine der frühesten Darstellungen des Menschen als Gegenüber einer höheren Macht. Der Herrscher und zwei Begleiter überbringen Inanna Früchte und ein Tuch, „vielleicht ein Betttuch für das Ritual der Heiligen Hochzeit zwischen Göttin und Herrscher", wie Annette Zgoll im Ausstellungskatalog berichtet. Die Liebesgöttin wird als überaus fruchtbar geschildert. Im sumerischen Mythos „Inanna und Enki" heißt es, unter den göttlichen Gaben, die sie der Stadt bescherte, waren Geschlechtsverkehr, Küsse und Prostitution.

Uwe Finkbeiner schreibt im Katalog, dass es nur wenige kurze Perioden gab, in denen Uruk zumindest eine wichtige regionalpolitische Bedeutung zukam. Herausragende Zentren politischer Macht waren andere Städte, etwa Kisch, Akkad und schließlich Babylon. Überregionale Bedeutung hatte Uruk vor allem wegen des im Zentrum der Stadt aufragenden Heiligtums der Inanna. Den „Eanna" genannten Heiligen Bezirk beherrschte eine aus Lehmziegeln erbaute Zikkurrat, ein gestufter Tempelturm also. Die im 21. Jahrhundert vor Christus erbaute und bis ins zweite vorchristliche Jahrhundert immer wieder erneuerte Zikkurrat wird in einer Drei-D-Animation präsentiert. Andere digitale Rekonstruktionen stellen den Palast des Königs Sin-kaschid (Anfang 2. Jahrhundert v. Chr.) und das dem Himmelsgott An geweihte Resch-Heiligtum (3./2. Jh. v. Chr.) vor.

Nicola Crüsemann, Kuratorin der Schau, berichtet: „Uruk ist zwar räumlich und zeitlich weit entfernt, dennoch sind viele der damaligen Errungenschaften bis heute relevant." Sie meint damit vor allem die Entstehung der Bürokratie. Es gibt Funde, die auf eine komplexe Organisation und Verwaltung hinweisen, auf ein Gesellschaftssystem mit spezialisierten Berufsgruppen und Arbeitsteilung. Ein Stempelsiegel in Form eines Löwen (3300–3000 v. Chr.) und ein zum Abrollen verwendetes Siegel mit der Darstellung des Königs bei einer kultischen Bootsfahrt (3300–3000 v. Chr.) sind neben Zählmarken Beispiele für die ältesten Werkzeuge zur Kennzeichnung von Eigentum und Speicherung von Mengenangaben. Siegel und Zählmarken gelten als Vorläufer der (Keil-)Schrift. Sie wurde als Organisationshilfe der Verwaltung erfunden. Hans J. Nissen urteilt im Katalog: Es ist „nicht abwegig anzunehmen, dass die Schrift in Uruk, wo die ältesten Schriftzeugnisse gefunden wurden, tatsächlich auch erfunden wurde". Die ältesten bislang gefundenen beschriebenen Tontafeln stammen aus dem ausgehenden 4. Jahrtausend vor Christus. Aus ersten Wort- und Zahlzeichen entwickelte sich die Keilschrift. Sie kam in der Verwaltung und im Rechtswesen, in Kult, Wissenschaft und Dichtung zum Einsatz, wie die ausgestellten Tafeln aus gebranntem Ton zeigen.

Veit-Mario Thiede

Noch bis zum 8. September ist die Ausstellung im Vorderasiatischen Museums im Südflügel des Pergamonmuseums auf der Museumsinsel Berlin zu besichtigen. Täglich 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, www.uruk-megacity.de. Der Katalog aus dem Imhof Verlag kostet 29,95 Euro. Weitere Station: Reiss-Engelhorn-Museen, Mannheim, 20. Oktober bis 21. April 2014.

Das Beste von beidem

In den Umgebindehäusern in der Oberlausitz vereinen sich slawische und fränkische Architektur

Eigenartig sehen die Häuser aus: Schlank und hoch, halb Fachwerk, halb Stein, oft mit Schieferschindeln dekorativ verkleidet. Die sogenannten „Umgebindehäuser" bestehen, wenn man sie genau betrachtet, aus vier unterschiedlichen Teilen: einer Blockstube, einem gemauerten Stall und einem Fachwerk-Obergeschoss, das auf einer „Umgebinde"-Konstruktion aufliegt.

Insgesamt 16 000 Umgebindehäuser soll es noch im Dreiländereck von Deutschland, Tschechien und Polen geben, davon auf deutscher Seite – in der Region zwischen Zittau, Görlitz und Bautzen – etwa 6000 Objekte. Die örtlichen Tourismuszentralen haben für die Region das Wort „Umgebindeland" (www.umgebindeland.de) geprägt.

Nach der „Wende" stand ein Großteil der für die Oberlausitz typischen Bauten leer und verfiel. Manche Häuser wurden abgerissen, viele schnell und falsch saniert. Um den drohenden Untergang der traditionellen Architektur zu stoppen, wurde eine Umgebindehaus-Stiftung ins Leben gerufen; über eine „Umgebindehaus-Börse" werden leerstehende Häuser vermittelt; mit einem Umgebindehaus-Preis werden vorbildliche Sanierungen ausgezeichnet.

Die Mühen der vergangenen zwei Jahrzehnte hatten Erfolg. Immer mehr Häuser wurden inzwischen vorbildlich saniert und werden heute oftmals als Ferienhäuser genutzt. Ferien im „Umgebinde" ist beliebt geworden – die Kombination Blockstube, Steingewölbe und Fachwerk hat im Alltag und erst recht in den Ferien seinen Reiz.

Aber der Reihe nach. Die Blockstube, die eine Erdgeschoss-Hälfte des Umgebinde-Hauses, erinnert an Blockhäuser aus sibirischer oder amerikanischer Wildnis und lässt an Bauformen in abgelegenen Alpentälern denken. Sie besteht aus dicken, behauenen Stämmen, die gut gegen Kälte und Wärme isolieren. Ein typisches Merkmal sind innere Schiebeläden, die bei Dunkelheit und als Kälteschutz vor die Fenster geschoben werden. Auch die niedrigen Raumhöhen – manchmal deutlich unter zwei Meter – ermöglichen im Winter eine angenehme Raumwärme.

Neben der Blockstube liegt ein gemauerter Gebäudeteil. Er beherbergt den zentralen Flur, das Treppenhaus und ehemals auch einen Stall. Oftmals findet man in den alten Ställen ein Gewölbe – was die Räume, längst zu Wohnzwecken genutzt, noch attraktiver werden lässt.

Jedes Umgebindehaus ist anders; es gibt unzählige Abweichungen von der Regel. Zu den häufigsten Varianten gehört der Typ, bei dem der Stall gegen eine zweite Blockstube ersetzt wurde, bei dem allein das Treppenhaus aus Stein aufgemauert ist. Meist entstanden diese Doppelstuben-Bauten im 19. Jahrhundert, als die Bedeutung der privaten Viehhaltung zurückgegangen war.

Das Obergeschoss der Umgebindehäuser ist stets als Fachwerk-Konstruktion ausgeführt. Das Fachwerk lagert nur auf dem gemauerten Stall, nicht aber auf der Blockstube. Um die Konstruktion hier zu stützen, liegt vor der Blockstube das „Umgebinde" – äußere Pfeiler mit Lasten abfangenden Rundbögen. Unter dem Umgebinde könnte man die Blockstube wie eine Schublade aus dem Haus herausziehen, ohne dass dieses in seiner Stabilität gefährdet wäre – bei Blockstuben-Sanierungen wird das sogar gelegentlich gemacht.



Interessante Mixtur: Umgebindehaus bei Obercunnersdorf in der Oberlausitz — Bild: pa

Das Krüppelwalm- oder Satteldach der Umgebindehäuser ragt meist hoch auf und wurde früher als Speicher genutzt – oftmals ist noch heute ein Türöffnung im Giebel sichtbar, durch die einst das Heu nach oben geschafft werden konnte. Die Giebelseiten sind verbrettert, manchmal mit Schieferschindeln verkleidet. Verschiedenfarbige Schindeln ergeben dekorative Muster – besonders im „Denkmaldorf" Obercunnersdorf zu bewundern, aber auch in den Orten Eibau, Oderwitz und Oybin.

Zu erwähnen ist die Eingangstür, die bei fast allen Häusern durch eine Sandstein-Einfassung herausgehoben ist (nicht selten mit dem eingemeißelten Baujahr). Häufig sind die alten Haustüren und auch die dekorativen Umrahmungen der Fenster erhalten geblieben – die Mangelwirtschaft der DDR hat sich hier als Segen erwiesen.

Die ersten Umgebindehäuser entstanden vermutlich im 15. oder 16., die letzten im ausgehenden 19. Jahrhundert. Bauherren waren Weber, die in der Blockstube oder in den beiden Blockstuben eines Hauses Webstühle betrieben. Aber auch Gasthöfe wurden gerne in den gemütlichen Umgebindehäusern ansässig.

Einer der ältesten erhaltenen Vertreter des unverwechselbaren und einmaligen Bautyps steht heute noch in Ebersbach, das sogenannte „Hugenottenhaus" aus dem Jahre 1601; es wartet als gesicherte Ruine seit Jahren auf einen Käufer.

Weshalb wurden die Umgebindehäuser so und nicht anders gebaut? Gibt es eine Erklärung für diese eigenartige Bauweise? Manche Bauexperten vermuten, dass die Weber die Blockstuben geschätzt haben, da die Vibrationen des Webstuhls dank der konstruktiven Trennung nicht auf das übrige Haus übertragen wurden. Eine andere Theorie betont die klimatische Qualität der Blockstuben, die sogar heutigen Anforderungen einer energiesparenden Bauweise genügt. Schließlich wird behauptet, dass das Haus die Vermengung von slawischen und fränkischen Bevölkerungsteilen in der Oberlausitz dokumentiert. Auf der slawischen Blockstube entstand das fränkische Fachwerk – eine völkerverbindende Architektur, einzigartig in Europa.

Wenn man allerdings auf der Suche nach dem Umgebindehaus über die Grenzen nach Tschechien und Polen fährt, findet man viele traurige Ruinen. In den Nachbarländern fehlt vielfach noch das Bewusstsein, dass eine regionale Architektur ein Argument sein kann, mit dem sich um zahlende Touristen werben lässt. Bestrebungen, das Umgebindeland zum Weltkulturerbe zu erheben – einen ersten Antrag auf Landesebene gab es 2012 – werden wohl erst Chancen haben, wenn es gelingt, die beiden Nachbarländer in eine Antragsstellung miteinzubeziehen.

Nils Aschenbeck

Steinerne Erinnerung an die Befreiungskriege

Vor 100 Jahren wurde die Breslauer Jahrhunderthalle eröffnet – Seit 2006 zählt die Unesco sie zum Weltkulturerbe

Ein Jahrhundert nach den Befreiungskriegen wurde in Breslau die Jahrhunderthalle eröffnet, deren Kuppel mit einer freien Spannweite von 65 Metern Durchmesser zu jener Zeit die weltweit größte ihrer Art war. Zeitgleich mit der Halle erhielt Breslau ein Messegelände, dessen Zentrum diese bildet.

Noch 100 Jahre später waren die Breslauer Bürger stolz auf die Bedeutung ihrer Stadt für die Befreiungskriege. Am 10. März 1813, dem Geburtstag seiner Frau, der berühmt gewordenen Königin Luise (1776–1810), hatte Friedrich Wilhelm III. von Preußen im Breslauer Schloss das Eiserne Kreuz nach dem Vorbild des Ordenskreuzes der Deutschritter gestiftet. Eine Woche später war der berühmt gewordene „Aufruf an mein Volk“ zur Unterstützung des Krieges gegen Napoleon und die Gründung von Freikorps wie das berühmt gewordene Lützowsche Freikorps gefolgt.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Stadtrat Breslaus drei Jahre vor der zu erwartenden Hundertjahrfeier von 1913 den Bau einer repräsentativen Erinnerungsstätte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts planten und bauten mehrere Städte Stadthallen. So wurde der in Breslau als Stadtbaurat wirkende Max Berg (1870–1947) im Jahre 1911 beauftragt, ein wirkungsvolles und repräsentatives Bauwerk zu planen, das auch eine breite Palette wirtschaftlichen Nutzens bieten sollte.

Es muss als absolute Pioniertat gewürdigt werden, wie Berg mit seinem engsten Mitarbeiter Richard Konwiarz (1883–1961) und den Bauingenieuren Günther Trauer und W. Gehlen die gestellte Aufgabe anging und bewältigte. Zwar stand Berg mit dem Stahlbeton ein neuer Werkstoff zur Verfügung und mit der von Friedrich von Thiersch erbauten Festhalle in Frankfurt am Main aus dem Jahr 1907 gab es auch ein architektonisches Vorbild, aber Erfahrungen mit der Verwendung von Stahlbeton im Kuppelbau – schon gar in solchen Dimensionen – lagen noch nicht vor. Deshalb müssen auch die Leistungen des berechnenden Statikers Trauer, aber auch die bemerkenswerte und solide Ausführung durch die Hochbaufirmen Dykerhoff & Widmann und Phillip Holzmann AG gewürdigt und anerkannt werden.

Die Idee Bergs basierte auf einem Grundriss von zwei sich kreuzenden Ellipsen, die im Kreuzungsbereich von der kreisrunden Kuppel gekrönt werden. Durch die Anlehnung an kirchliche Baugliederungen empfanden Besucher eine ähnliche Feierlichkeit wie in sakralen Bauten. Bis heute beeindrucken den Besucher die gewaltigen Dimensionen der Halle. Der Kuppeldurchmesser beträgt achtbare 65 Meter und überspannt 6000 Quadratmeter. Der Durchmesser des Unterbaus erreicht sogar 95 Meter, womit die überbaute Gesamtfläche 13 000 Quadratmeter ausmacht. Die Gesamthöhe bis in die Kuppel-Laterne beträgt stolze 45 Meter. Mit dieser Spannweite überrundete die Jahrhunderthalle nach 1800 Jahren die bis dahin am weitesten gespannte Kuppel des Pantheons in Rom (43 Meter), aber auch die Kuppeln vom Dom in Florenz von Filippo Bruneleschi (42 Meter), der Peterskirche in Rom von Michelangelo (42,5 Meter) und der Sophienkirche in Konstantinopel (33 Meter). Und während die Kuppel des Pantheons „ganze“ 1500 Quadratmeter überdacht, bedeckt die Jahrhunderthalle einschließlich der sie umgebenden Ringhalle eine Fläche von 10 000 Quadratmetern. Über dem Unterbau befindet sich der erste Fensterring, dem noch ein weiterer Oberlichtkranz aufgesetzt ist. Die Kuppel wird geprägt von einer abgestuften Befensterung aus vier umlaufenden Lichtbändern. Diese großzügige Ausstattung mit natürlichen Lichtquellen bewirkt, dass in der Halle nahezu Tageslichtverhältnisse herrschen, die sie auch für Ausstellungen besonders geeignet macht. Die Halle besitzt rund 6000 Sitzplätze, bei Verwendung von Stehplätzen fasst sie beinahe 20 000 Personen.


Bild: Caro Fotoagentur / Olaf Jandke

Aus der zeitweiligen „Volkshalle“ ist wieder eine „Jahrhunderthalle“ geworden: Haupteingang der Breslauer Sehenswürdigkeit

Vor 100 Jahren wurde die Jahrhunderthalle im Rahmen einer mehrdimensionalen Feier eröffnet. Am 31. Mai 1913 eröffnete eine Aufführung des „Festspiels in deutschen Reimen“, das der schlesische Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann (1862–1946) im Auftrage der Stadt für diesen Zweck verfasst hatte, den Reigen der Veranstaltungen in der Jahrhunderthalle. In dem zur Zeit der napoleonischen Kriege spielenden Stück lässt Hauptmann Athene Deutschland sagen: „Und alldurchdringend, mich durchdringend allzu gleich, erkenn ich meines Daseins, meiner Waffen Sinn: die Tat des Friedens ist es, nicht die Tat des Kriegs. Die Wohltat ist es! Nimmermehr die Missetat! Was andres aber ist des Krieges nackter Mord?“ Diese großen Worte wider den Krieg führten zum Abbruch der Veranstaltung durch den Breslauer Magistrat nach Protesten von Kriegervereinen und dem preußischen Kronprinzen.

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hat das Bauwerk recht gut überstanden hatte, so dass es auch in der Nachkriegszeit seine große architektonische Bedeutung behielt. Im Zuge der dramatischen Zäsur, welche die Geschichte Breslaus 1945 erlebte, wurde aus der Jahrhunderthalle eine „Hala Ludowa“ (Volkshalle), der Bezug auf die preußisch-deutsche Geschichte galt nicht mehr als opportun.

Aber auch in Polen gab es nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Phase einen Wandel im Umgang mit der deutschen Geschichte Schlesiens. Sie wurde vorsichtig in das eigene Geschichtsbild aufgenommen. Nach Bemühungen aus der polnischen Stadtverwaltung wurde das Bauwerk aus dem Jahre 1913 im Jahre 2006 unter dem Namen „Centennial Hall“, der englischen Übersetzung von „Jahrhunderthalle“, als Pionierleistung des Stahlbetonbaus und der modernen Architektur in die Liste des Weltkulturerbes der Unesco aufgenommen. Und neuerdings wird die Halle in der Republik Polen selber als „Hala Stulecia“, die polnische Übersetzung von „Jahrhunderthalle“ bezeichnet. *Helmut Sauer*

Sie begründete die Landfrauenbewegung

Elisabet Boehm schuf eine Selbsthilfeorganisation, die den Mitgliedern bieten sollte, was sie selber vermisst hatte

Elisabet Boehm wurde am 27. September 1859 mit dem berühmten goldenen Löffel im Munde in Rastenburg geboren. Ihr Vater war der Domänenpächter und Reichstagsabgeordnete Hermann Steppuhn. Mütterlicherseits stammte sie aus einer Kaufmannsfamilie. Es schien absehbar, dass sie niemals einer Erwerbsarbeit würde nachgehen müssen. Eine schwere Erkrankung in frühester Kindheit ließ ihre liberalen Eltern sie zusätzlich schonen. Die kleine Elisabet wollte ihre üppige Freizeit zum Lernen nutzen, aber das war einfacher gesagt als getan. Erst ab dem zehnten Lebensjahr erhielt sie Unterricht und das von häufig wechselnden Gouvernanten, die weder willens noch in der Lage waren, ihr viel beizubringen. Für anspruchsvolle Gespräche fehlte ihr der Partner. Nolens volens wurde Elisabet zur Autodidaktin, verschlang alles Schriftliche, das ihr in die Hände kam. Schon damals zeigte sich ihre soziale und pädagogische Ader, hatte sie doch das Bedürfnis, ihr erworbenes Wissen mit den Instleutekindern zu teilen.



Elisabet Boehm Bild: Archiv

1880 tat sie das, wofür sie ausgebildet war und was zu dem wenigen gehörte, was von ihr erwartet wurde. Sie heiratete und zwar Otto Boehm. Der vormalige Fähnrich war zwar der Sohn eines wohlhabenden ostpreußischen Gutsbesitzers, doch konnte er ihr nicht das sorgen- und arbeitsfreie Leben bieten, für das sie ausgebildet worden war. Nach der Heirat zog das junge Paar auf das heruntergewirtschaftete, verkommene Gut Lamgarben in der Nähe ihrer Geburtsstadt Rastenburg. Dort kam sie allein mit der Fähigkeit zum Repräsentieren, zum standesgemäßen Einkleiden und zur Konversation nicht weiter. Nun merkte sie, wie sehr ihr als Gutsfrau eine landwirtschaftliche Ausbildung fehlte.

Unabhängig von ihrem persönlichen Schicksal sollte Elisabet Boehm auch vor ihrem zeitgeschichtlichen Hintergrund gesehen werden. Denn auch sie war ein Kind ihrer Zeit. Mit der Begründung der Landfrauenbewegung bewegte sie sich an der Schnittstelle zwischen der aufkommenden Frauenbewegung auf der einen Seite und der zunehmenden Organisation der Landwirte auf der anderen. Sie organisierte die landwirtschaftlichen Frauen oder die weiblichen Landwirte, ganz wie man will.

So las sie wie ihre Schwester Tony mit „Neue Bahnen“ das Organ des 1865 gegründeten „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“, des ersten Frauenvereins in Deutschland überhaupt. Nachdem eine zugezogene Baronin einen örtlichen Vaterländischen Frauenverein ins Leben gerufen hatte, war Elisabet Boehm mit Verve bei der Sache. Dort lernte sie das Organisieren.

Doch nicht nur die Frauen, auch die Landwirte begannen sich zu organisieren. Nachdem Leo von Caprivi die von seinem Vorgänger als deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, Otto von Bismarck, 1878 begonnene Schutzzollpolitik gelockert hatte, gründete sich 1893 der Bund der Landwirte. Elisabet Boehm bejahte diese Organisation. Umso mehr störte es sie, dass die Frauen draußen bleiben mussten. Gleiches galt für die in dieser Zeit gegründeten Landwirtschaftskammern.

1898 schritt sie zur Tat. Ausgehend von einem Lesekränzchen, einer noch durchaus zeittypischen Form weiblicher Selbstorganisation, gründete sie ein halbes Jahrzehnt nach Gründung des Bundes der Landwirte sozusagen als weibliches Pendant oder weibliche Ergänzung in Rastenburg den ersten landwirtschaftlichen Hausfrauenverein. Primärer Sinn und Zweck dieses Selbsthilfevereins war es, den Mitgliedern das zu geben, was sie selber vermisst hatte, als sie nach ihrer Heirat als junge Gutsfrau nach Lamgarben gekommen war. Dazu gehörte vor allem eine landwirtschaftliche Bildung beziehungsweise Ausbildung.

Dazu gehört aber auch, einen Vertriebsweg zu schaffen für die Produkte der damaligen Domänen der Landfrauen, sprich Gartenbau und Geflügelzucht. So wurden nicht nur Land-, sondern auch Stadtfrauen in den Verein aufgenommen. Das hatte nicht nur das hehre Ziel, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu überbrücken, sondern auch das eher profane, Handelsbeziehungen herzustellen zwischen den Landfrauen mit ihren Produkten auf der einen Seite und den Stadtfrauen, die ihre Familien gesund ernähren wollten, auf der anderen. Boehms Verein nannte diesen modernen Ansatz unter Ausschaltung des schlecht funktionierenden und teuren Zwischenhandels in seinem Statut: „Vermehrung der Werterzeugung des ländlichen Haushaltes durch erleichterten Absatz und Versorgung des städtischen Haushaltes mit guter, frischer Ware durch erleichterten Einkauf“. Zu diesem Zwecke richtete der Verein eine Verkaufsstelle ein, die gleichzeitig als Mittelpunkt des Vereinslebens fungierte.

Sowohl die Frauenbewegung als auch der Bund der Landwirte waren ihr Vorbilder

Nach dem Rastenburger Vorbild gründeten sich nun auch anderswo landwirtschaftliche Hausfrauenvereine mit entsprechenden Verkaufsstellen. Den Anfang machte 1900 Bartenstein, wo Elisabet Boehms Schwester Marta die Vereinsgründung initiierte. 1903 folgten Lötzen, Gumbinnen, Insterburg, Gerdauen, Cranz und Königsberg und im darauffolgenden Jahr Treuburg, Goldap, Osterode und Rößel. 1905 bildeten 14 Vereine einen ostpreußischen Landesverband. Weitere Landesverbände bildeten sich dann auch in Westpreußen, Schlesien, Pommern, Posen und Schleswig-Holstein. Diese sechs Verbände schlossen sich 1913 zum preußischen Landesverband zusammen. Dieser wiederum schloss sich 1916 mit mittlerweile gegründeten anderen Landesverbänden zum Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine zusammen. Vorsitzende dieses Reichsverbandes wurde Elisabet Boehm.

Gerade auch im Ersten Weltkrieg kam dem Verband große Bedeutung für die Versorgung der Zivilbevölkerung zu. Boehm achtete auf konfessionelle und parteipolitische Neutralität und so konnten sie und ihre Vereine auch im neuen politischen System nach der Novemberrevolution weiterarbeiten.

Als 1934 ihre Organisation in den Reichsnährstand überführt wurde, trug Elisabet Boehm zumindest auf Reichsebene schon keine Verantwortung mehr. Und als 1948 sich die Landfrauen in ihrem Geiste im bis heute existierenden Deutschen Landfrauenverband neu organisierten, war Boehm schon nicht mehr am Leben. 1929 war Elisabet Boehm nach über drei Jahrzehnten an der Spitze des Reichsverbandes zurückgetreten. Aus diesem Anlass verlieh ihr die Königsberger Albertina noch im selben Jahr als erster Frau die Ehrenbürgerschaft. Am 30. Mai 1943 starb Elisabet Boehm in Halle, wohin sie 1925 übergesiedelt war. *Manuel Ruoff*

Napoleons verpatzte letzte Chance

Bei Bautzen misslang der Versuch des Korsen, vor dem Eingreifen der Österreicher den Gegner vernichtend zu schlagen

Im Frühjahr 1813 legte der französische Kaiser Napoleon größten Wert darauf, die preußisch-russische Hauptarmee auf deutschem Boden schnell und vernichtend zu schlagen, bevor Österreich den preußischen Seitenwechsel nachvollzog und auf der Seite seiner Gegner militärisch eingriff. Der erste Versuch eines Vernichtungsschlages war am 2. Mai bei Großgörschen nahe Leipzig missglückt. Zwar hatte Bonaparte in der Schlacht gesiegt, doch hatten die verbündeten Russen und Preußen geordnet ins östliche Sachsen abrücken und sich bei Bautzen neu sammeln können. Dort nun unternahm der Kaiser der Franzosen am 20./21. Mai in der Schlacht bei Bautzen einen zweiten militärischen Vernichtungsversuch.

Diesmal wollte Napoleon unbedingt die Entscheidung. In der fast elf Kilometer breiten, befestigten Stellung hinter der Spree bei Bautzen konnten sich die verbündeten Truppen, bei denen sich der preußische König Friedrich Wilhelm III. und der russische Zar Alexander I. befanden, acht wichtige Tage erholen, bis die Franzosen unter Bonaparte aus Richtung Dresden anrückten. Das russisch-preußische Heer unter dem Oberbefehl des russischen Generals Ludwig Adolph Peter Graf zu Sayn-Wittgenstein zählte etwa 96000 Mann, von denen 33500 Mann Preußen unter den Generalen Gebhard Leberecht von Blücher und Ludwig von Yorck waren. Die französische Armee unter Napoleon war ihnen mit 163000 Mann zahlenmäßig weit überlegen. Die Russen und Preußen wollten trotzdem der Schlacht nicht aus dem Wege gehen, um zu zeigen, dass sie sich trotz der Niederlage von Großgörschen nicht unterlegen fühlten. Besonders die Preußen brannten förmlich darauf, sich aufs Neue mit den verhassten Franzosen zu messen.

Um seinen Vernichtungsschlag zu landen, plante Bonaparte bei Bautzen eine Kesselschlacht mittels einseitiger Umfassung. Durch einen Angriff starker französischer Kräfte sollte die feindliche Hauptmacht bei Bautzen gefesselt werden, während sie Teilkräfte unter Napoleons bestem Truppenführer, Marschall Michel Ney, tief in ihrer rechten Flanke umgingen. Anschließend wollte man die Verbündeten in das Südoberlausitzer Bergland drücken und sie dort zur Kapitulation oder zur panischen Flucht durch die engen Gebirgspässe nach Böhmen zwingen.

> Die Alliierten entgingen mit Glück der Umfassung

Doch einen Tag vor der eigentlichen Schlacht von Bautzen hatten die Russen und Preußen Soldatenglück. Ein kurzfristig angesetzter Erkundungsvorstoß des russischen Generals Michael Andreas Barclay de Tolly, den er mit 24000 Mann unternahm, darunter das preußische Armeekorps des Generals York, prallte am 19. Mai mittags bei der Ortschaft Königswartha etwas nördlich von Bautzen unvermittelt auf die den Truppen von Marschall Ney weit vorangeeilte italienische Division Peyri, die dabei völlig zerschlagen wurde. Dieser kleine Sieg und die feindlichen Verluste von 4000 Mann munterten die russischen und preußischen Truppen auf und verzögerten zugleich ganz wesentlich den geplanten Umgehungsstoß von Ney, der seit Königswartha viel vorsichtiger operierte.

Am nächsten Tag, dem 20. Mai 1813, eröffnete Bonaparte gegen 12 Uhr seinen Frontalangriff auf die ausgedehnten Verteidigungsstellungen der Russen und Preußen hinter der Spree. Die Franzosen kamen gut voran, überquerten die Spree, besetzten Bautzen und drückten die Verbündeten frontal langsam zurück. Wäre in diesem Moment der geplante Flankenstoß von Ney erfolgt, hätte die Schlacht von Bautzen mit einer militärischen Katastrophe geendet. Doch Ney kam am 20. Mai nicht zum Eingreifen, weil sich sein Anmarsch erheblich verzögerte.



Schlacht bei Bautzen: 25000 Mann kostete die Franzosen der Sieg. Die Alliierten verloren 11000 Bild: pa

Die russischen und preußischen Generale hielten in Anwesenheit der beiden Monarchen am Abend des 20. Mai Kriegsrat. Die vorsichtigeren Russen waren dafür, die Schlacht abzubrechen. Sie schlugen vor, sich nach Görlitz zurückzuziehen, sich hinter der Neiße aufzustellen und Napoleon dort eine neue Schlacht zu liefern. Die preußischen Generale waren empört über diesen Vorschlag und wollten die begonnene Schlacht von Bautzen weiterkämpfen. Den Ausschlag gab Friedrich Wilhelms Generaladjutant, Oberst Karl Friedrich von dem Knesebeck, der darauf hinwies, dass ein erneuter Rückzug den Mut des Heeres schwächen und die beidseitig umworbenen Österreicher unweigerlich in die Hände Bonapartes treiben werde. Also wurde beschlossen, in den Stellungen auszuharren und die Verteidigung fortzusetzen. Von der drohenden Gefahr in der rechten Flanke ahnten die Verbündeten immer noch nichts.

Am 21. Mai um 5 Uhr morgens begann wieder die Schlacht und die Franzosen unter Napoleon erlitten diesmal bei ihren Frontalangriffen große Verluste. Nun verpatzte Ney seinen Flankenstoß. Gemäß der strikten Befehle Bonapartes hätte er nämlich weitausholend von Norden her über Baruth und Weißenberg ins tiefe Hinterland der Verbündeten vorstoßen sollen. Doch irritierte ihn, dass der Kanonendonner immer noch weit westlich aus Richtung Bautzen und Hochkirch ertönte. Er glaubte seinen Monarchen in großen Schwierigkeiten. Und da ein guter Soldat in unklarer Lage immer in Richtung auf den Kanonendonner marschieren soll, änderte Ney im besten Glauben, aber damit die Pläne seines Kriegsherren für eine Kesselschlacht total ruinierend, die Marschrichtung seiner Truppen von Baruth auf Hochkirch ab. Zwar wurde auch jetzt noch der rechte Flügel der Russen und Preußen umfasst, doch blieben ausreichend Rückzugswege offen, über welche sie sich organisiert in Richtung auf Görlitz und anschließend nach Schlesien zurückziehen konnten.

Dem Franzosenkaiser war sein so sicher geglaubter Vernichtungsschlag wiederum nicht gelungen. Weil die Franzosen bei Bautzen pausenlos angegriffen hatten, hatten sie zudem mit 25000 Mann wesentlich größere Verluste zu beklagen als die sich hier nur aus befestigten Positionen hartnäckig verteidigenden Russen und Preußen. Diese büßten nur 11000 Mann ein und retteten ihre gesamte Artillerie. Bonaparte verfolgte zwar in den nächsten Tagen die Russen und Preußen bis hinter die Neiße nach Schlesien, doch die preußisch-russische Armee wahrte ihre Kampfkraft. Es gab keine Deserteure und kaum Gefangene. Im Gegenteil, es gelang 20 angriffslustigen preußischen Kavallerieschwadronen bei Haynau, ungefähr 40 Kilometer östlich von Görlitz, am 26. Mai 1813 die weit vorgeprellte französische Division des Generals Nicolas-Joseph Maison zu überraschen und in kühner Attacke zusammenzuhauen.

Jürgen W. Schmidt

Ein Zufallstreffer tötete Bonapartes Intimus

Nach der Schlacht von Bautzen fand Marschall Géraud Christophe Michel Duroc bei der Verfolgung der Verlierer den Tod

Nach seinem verlustreichen Sieg in der Schlacht bei Bautzen vom 20./21. Mai 1813 versuchte Napoleon mit seiner Armee, die geschlagene russisch-preußische Hauptarmee nach Schlesien zu verfolgen, um ihr Gefangene und Kanonen abzunehmen. Während der hartnäckig geführten Rückzugsgefechte sah am 22. Mai ein russischer Batteriechef von einer Anhöhe nahe Holtendorf eine größere feindliche Reitergruppe in die Ortschaft Markersdorf hinein galoppieren. Mehr aus sportlichem Ehrgeiz suchte der Russe daraufhin gegen 20 Uhr mit einer ihm eigentlich nur zum Einschießen der Entfernung beigegebenen, ziemlich weitreichenden Haubitze jene Reitergruppe zu treffen. Dieser Schuss erwies sich als Volltreffer, denn bei jener Reitergruppe handelte es sich um den Stab des französischen Kaisers. Nur knapp 30 Schritte von Napoleon entfernt schlug die Granate auf, den Marschall Édouard Adolphe Mortier dabei fast noch streifend. Ein französischer Ingenieurgeneral war sofort tot. General Jean Pierre Joseph Bruguière starb wenig später, ihm waren beide Beine zertrümmert. Marschall Géraud Christoph Michel Duroc hingegen rissen Geschosssplitter den Bauch auf. In den frühen Morgenstunden des 23. Mai 1813 verstarb er unter grässlichen Schmerzen im nahe gelegenen Wohnhaus des Markersdorfer Bauern Johann Traugott Hanspach.



Tod des Marschalls Duroc: Kupferstich in der Bibliotheque Nationale Bild: Archiv

Durocs Tod wirkte auf Napoleon ungemein deprimierend und niederdrückend. Der Marschall war nämlich „einer der wenigen Menschen, die der Kaiser liebte und denen er vertraute“, um es mit dem russischen Historiker Eugen Tarlé zu sagen.

Wie der nur drei Jahre ältere Bonaparte hatte der am 25. Oktober 1772 im lothringischen Pont-a-Mousson als Sohn eines Notars geborenen Duroc in seiner Jugend eine fundierte Ausbildung als Artillerieoffizier durchlaufen und danach die vielen Kriege des revolutionären und nachrevolutionären Frankreich erfolgreich als Stufen auf seiner persönlichen Karriereleiter genutzt. Während des italienischen Feldzugs 1796/97 wurde General Bonaparte auf den tapferen und gebildeten, ebenso taktvollen wie verschwiegenen Offizier aufmerksam und machte ihn zu seinem persönlichen Adjutanten. Gegenüber dem Direktorium lobte er ihn mit den Worten: „Mein Adjutant, Capitain Duroc, hat mit der Bravour gefochten, die den Generalstab der italienischen Armee charakterisiert.“ Duroc war ab sofort der tägliche Gefährte des Korsen, folgte ihm überall hin und teilte dabei Tisch und Zelt mit ihm. Als Bataillonskommandeur begleitete Duroc General Bonaparte 1798 nach Ägypten, kämpfte auch hier stets furchtlos und entschlossen und erhielt bei der Belagerung der Festung St. Jean d'Acre eine mittelschwere Verwundung.

Nach der Kaiserproklamation Bonapartes wurde Duroc am 8. Juli 1804 zum „Großmarschall des kaiserlichen Palastes“ ernannt und 1808 mit der Würde eines Herzogs von Friaul nebst bedeutenden Landbesitzungen im hannoverschen Amt Steinbrück geehrt und beschenkt. Gleich mehrfach verwendete Napoleon seinen Großmarschall für diplomatische Aufgaben, die Verschwiegenheit, Fingerspitzengefühl und militärisches Fachwissen verlangten. Doch auch als Soldat diente Duroc Napoleon weiter. Immer dann, wenn gerade Not am Mann war, sprang der „Divisionsgeneral“ (Generalleutnant) freudig ein. So befehligte er bei Austerlitz 1805 zeitweilig anstelle von Marschall Charles-Nicolas Oudinot das französische Grenadierkorps und während der Schlacht von Aspern 1809 die umfangreiche französische Artilleriereserve. Ansonsten kümmerte sich Duroc als Großmarschall während der zahlreichen Feldzüge und Reisen um die Sicherheit und das Wohlbefinden Napoleons und beim Aufenthalt in Paris um das Funktionieren des kaiserlichen Haushalts. Dabei arbeitete Duroc eng mit Napoleons Oberstallmeister, General Armand de Caulaincourt, zusammen.

> »Unersättlich sucht er neue Schlachten .... Das alles kann kein gutes Ende nehmen«

Aber wenn Marschall Duroc auch jederzeit treu und selbstlos seinem Kaiser diente und sich nicht in höfische Ränke mischte, so blieben doch gerade ihm ob der relativen Nähe zum Monarchen dessen Hybris und zunehmende Selbstüberschätzung nicht verborgen. Am Tage seines Todes sagte er unter dem frischen Eindruck des verlustreichen französischen Sieges in der Schlacht von Bautzen am Vortag im kleinen Oberlausitzer Dörfchen Markersdorf unweit Görlitz ahnungsvoll im vertraulichen Gespräch mit Stallmeister Caulaincourt: „Mein Freund, beobachten Sie den Kaiser? Wieder erringt er nach den Fehlschlägen neue Siege, das wäre doch ein Anlass, die Lehren aus dem Unglück zu ziehen. Sie sehen (aber), er hat sich nicht geändert. Unersättlich sucht er neue Schlachten .... Das alles kann kein gutes Ende nehmen.“

Duroc wurde in Markersdorf beerdigt. Der massive Gedenkstein am Ort seiner tödlichen Verwundung, unmittelbar an der Verbindungsstraße von Görlitz nach Löbau gelegen, hat sich bis heute erhalten und ein Markersdorfer Hotel nennt sich seit der „Wende“ von 1989 zur Erinnerung an jenes historische Ereignis „Zum Marschall Duroc“. Anders als die Errichtung dieses Denkmals wurde die ebenfalls von Napoleon angeordnete Überführung der sterblichen Überreste Durocs in den Invalidendom erst nach der Julirevolution Realität. Sieben Jahre nach seinem Kaiser wurde auch Géraud Christophe Michel Duroc nach Paris überführt, wo er unter ein und demselben Dach wie sein Kaiser seine letzte Ruhestätte gefunden hat.

J.W.S.

Islamisierung Europas ist in vollem Gange

Zu: „Deutsche fürchten Islam" (Nr. 18)

Die überwiegende Ablehnung des Islams ist inzwischen kein deutsches Phänomen mehr. Schauen wir auf unsere Nachbarländer Frankreich, England, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich und die Schweiz. Hüben wie drüben wird die einzige pseudo-religiöse Gewaltideologie importiert, die erwiesenermaßen bereits weite Teile der Welt beherrscht und in Angst und Schrecken versetzt.

Wer daran zweifelt, sollte den Koran lesen und die nicht enden wollenden Ermordungen an Christen und Andersgläubigen im Nahen Osten und inzwischen auch in Europa endlich zur Kenntnis nehmen. Entgegen den Weltreligionen des Christentums, des Judentums und des Hinduismus, deren Kernaussagen Frieden und Toleranz ausmachen, predigt der Koran Hass und Gewalt, Mord und Totschlag mit dem einzigen Ziel der alleinigen Weltherrschaft. Und genau das ist der Grund, warum der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan seine Landsleute auffordert, sich auf keinen Fall in die westlichen demokratischen Lebensverhältnisse zu integrieren.

Somit erklärt sich auch, warum hier in Deutschland nach 40 Jahren türkische und arabische Einwanderer in Parallelgesellschaften leben und das Zusammenleben mit allen Nicht-Muslimen strikt ablehnen. Für diese muslimischen Mitbürger sind wir „Kufar" und „Dhimmi", was so viel bedeutet wie unrein und weniger wert als das Vieh.

Vielleicht sollten sich die Deutschen darüber klar werden, was der rasante Geburten-Dschihad der hier lebenden und immer noch einwandernden Muslime – der übrigens auch als eine Form der Eroberung angesehen werden muss – in den kommenden Jahrzehnten für Deutschland, ja für ganz Europa bedeutet. Es kann nicht unser Ziel sein, in naher Zukunft (und zeitweise schon jetzt) von gewalttätigen, bildungsresistenten und eroberungsgeilen Sozialempfängern dominiert zu werden, die bis heute mehrheitlich durch nichts anderes auffallen als durch permanentes, penetrantes Fordern ohne Gegenleistungen und unverschämte Drohungen, wenn wir Deutschen dem nicht nachkommen. Wir erleben es ja beinahe täglich.

Dabei sei am Rande erwähnt, dass uns Deutsche diese jahrzehntelange Einwanderung nichtkompatibler Menschenmassen in unser Gesellschaftssystem den Staat Milliarden von Euro kostet und anhand der Kriminalstatistik etwa 7500 Deutschen ihr Leben. Man kann es nur immer wiederholen: Wacht auf Landsleute! Wacht auf Europäer! Verschlaft nicht eure Islamisierung!

Carina Schulte, Iserlohn

Ungesunde Abhängigkeit

Zu: „Deutschland die Hände gebunden" (Nr. 19)

Wenn solche Themen in den Nachrichten der seit diesem Jahr besonders teuer zu bezahlenden öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten behandelt werden würden, würde ein Volksaufschrei erfolgen. Wer erfährt schon per Fernsehen, welche der uns alle schädigenden Politaktionen als unvermeidlich ausgegeben werden?

Zumindest unser Innenminister wehrt sich dagegen, dass unser Land von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien überschwemmt werden soll. Von solchen, die nicht etwa mehr Freiheit vor Unterdrückung suchen, sondern von solchen, die erfahren haben, dass man in Deutschland für Nichtstun besoldet wird und dass man – anders als zu Hause – sogar umsonst eine Krankenversorgung geschenkt bekommt.

Ein besonderes Lob unserem Bundesinnenminister. Allerdings erhebt sich die Frage, weswegen sich der Minister von Weisungen eines Kommissariats der EU-Behörde in Brüssel abhängig erklären sollte. Um sein eigenes Volk vor Schaden bewahren zu können, sollte er doch nur bei seinem Handeln von Weisungen seines Kanzlers oder der sonst die Richtlinien der Politik für das deutsche Volk bestimmenden gewählten Person abhängig sein.

Manfred Laufer, Meppen

Eigentumsschutz

Zu: „Asozial" (Nr. 19)

Beim Muttertagsfrühstück haben wir uns alle klargemacht: Wir sind asozial.

Wir halten es nach wie vor für eine vornehme Aufgabe, unseren Kindern die Techniken der Steuerhinterziehung beizubringen und ihnen die Augen zu öffnen und das Bewusstsein zu schärfen für das kriminelle und mafiöse Raubrittertum des Staates und seiner verkommenen Handlanger.

Die Perfidie der Umdeutung des Wortes „asozial" durch eine Klasse von Gangstern und ihrer medialen Claqueure zu durchschauen, gehört zur Schulung und zum Verständnis der Zusammenhänge.

Verantwortung für die Familie zu übernehmen und Eigentumsschutz durch phantasievolles Unterlaufen staatlicher Kleptokraten zu beherrschen ist eine erzieherische Arbeit, der wir uns gerne stellen.

Hans Wulsten, Bridgewater/Kanada



Für eine bessere Integration: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich begrüßt Teilnehmerinnen zur Islamkonferenz in Berlin

Bild: pa

Völker ausgelöscht

Zu: „Asozial" (Nr. 19)

Autor Hans Heckel hat aber leider die Visionen eines Politikers vom Schlage Schäubles übersehen. Der gibt sich nicht mit der Errichtung eines geeinten Europas mit überall gleich hoher Besteuerung zufrieden. Nein, die Endvision für den auch von Ihnen zitierten Weltbürger ist die Eine-Welt-Herrschaft. Bis dahin müssen Kollateralschäden, wie sie mit mehreren Pässen entstehen können, ausgehalten werden.

Am Ende sind alle Grenzen aufgelöst, alle Völker ausgelöscht und prächtig bunt durchmischt. Der einzelne Mensch braucht gar keinen Pass mehr, es gibt nur noch eine Welt, ein Volk und eine Steuerbehörde für alle.

Diese abartige Vorstellung geistert durch die Köpfe vieler Politiker! Die Internationale im Verbund mit der Ummah ist hartnäkkig, hat Zeit und gibt so schnell nicht auf.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Frechheit siegt

Zu: „Krieg auf den Straßen" (Nr. 19)

Ich nenne es ganz einfach „Werteverfall", was da im Straßenverkehr passiert. Und es gibt täglich immer mehr erschütternde Dinge zu beobachten. Tendenz steigend.

Da ist es noch harmlos, wenn nicht nur Radfahrer notgedrungen auf die Straße ausweichen müssen, auch die Fußgänger sind wegen der zugeparkten Gehwege, wo weder ein Kinderwagen noch ein Rollstuhl es schaffen vorbeizukommen, immer mehr gezwungen, auf die Straße auszuweichen.

Sagt man ganz ruhig etwas dazu, wird man von den Falschparkern beschimpft. Vor Jahren wurde so etwas noch ab und zu von der Polizei kontrolliert. Die aber hat inzwischen viel zu wenig Personal und auch andere Sorgen. Somit kann eben jeder machen, was er will, eine Zeiterscheinung!

Karin Haupt, Kiel

Der Islam ist und bleibt eine totalitäre Ideologie

Zu: „Deutsche fürchten Islam" (Nr. 18)

Offenbar haben die Deutschen das ihnen von Volksverdummern, Kirchenleuten und Islamvertretern aufgetischte Märchen vom gemäßigten Islam nicht geschluckt. Der „moderate Islam" ist nämlich eine Utopie der Gutmenschen und das trojanische Pferd der Muslime auf dem Weg zur Islamisierung Europas.

Tatsächlich jedoch ist der Islam eine totalitäre Ideologie, die uns von professionellen Kreidefressern als Religion des Friedens serviert wird. Totalitär ist er, weil für ihn Religion, Staat, Gesellschaft und Recht ein Konglomerat bilden, das unseren Vorstellungen von Menschenrechten und Freiheit widerspricht. Inbegriff des islamischen Totalitarismus ist die Scharia, ein Gesetzeskodex auf Basis des Korans und der Hadithen (Taten und Aussprüche des Propheten), der in vielen islamischen Ländern dominiert oder dort in verstärktem Maß wie etwa in Ägypten angestrebt wird.

Die Protagonisten des Islam formulieren geschickt „Islam heißt Frieden", aber bekanntlich dürfen und müssen Muslime zur Durchsetzung des Islam Nicht-Muslime belügen. Diese zu täuschen ist bereits deshalb nicht verwerflich, weil zu ihnen grundsätzlich kein Vertrauensverhältnis besteht. Während also für die Ungläubigen der Geist eines europäischen Islams inszeniert wird, rufen in Moscheen in unserem Land fromme Muslime ungehindert und ungestraft zum „Heiligen Krieg" gegen uns auf.

„Einer, der sich im Krieg gegen den Islam durch Meinungsäußerungen oder durch ein Lied oder ein Theaterstück oder durch eine Fernsehserie beteiligt, die die Muslime beleidigt oder verzerrt darstellt – der ist ein Krieger – und ist zu töten, selbst wenn es eine Frau oder ein Kind ist." (Aus einer Fastenpredigt des international bekannten Imams Fazazi in Hamburg. In Deutschland ist gegen Mohammed Fazazi nie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.)

Der Islam ist nun einmal eine Schwertreligion. Der Prophet setzte seine Lehre durch Gewalt, Massaker und zahlreiche Kriege durch. Seine Anhänger unterwarfen, nach blutigen Kämpfen untereinander um die Nachfolge, mit Feuer und Schwert Syrien, Palästina, Persien, Ägypten, Nordafrika und Spanien. Der zweite große Ansturm des Islam scheiterte erst 1683 vor Wien. Schon 1453 fiel Konstantinopel, was die Balkanvölker einer jahrhundertelangen muslimischen Schreckensherrschaft auslieferte.

Den dritten Angriff auf den „goldenen Apfel" (das Abendland) erleben wir in unseren Tagen durch Masseneinwanderung von Muslimen, Landnahme durch den Bau von überdimensionierten Moscheen, Vortäuschung von nicht vorhandenen Gemeinsamkeiten mit den Ungläubigen, lautstarke Berufung auf die Freiheitsrechte der Demokratie zur Durchsetzung der Pflichtenlehre der Scharia.

Aber „gerade die, die am lautesten nach Akzeptanz, nach Respekt und Toleranz rufen, sind diejenigen, die den niedrigsten Vorrat an diesen Kompetenzen aufweisen können" (Heinz Buschkowsky). Der Koran, im Unterschied zu den Hadithen, Korankommentaren und Mohammedbiografien, wahrscheinlich zu Lebzeiten des Propheten entstanden, ist nicht zuletzt ein historisches Dokument, jedoch für die Muslime das absolut einzig wahre und ewiggültige Wort Gottes, das unverändert und makellos aus den Zeiten des Propheten auf uns gekommen sei. Daran zu zweifeln oder gar die historisch-kritische Methode auf ihn anzuwenden ist eine todeswürdige Gottlosigkeit.

Somit ist keine Entwicklung zu erwarten, die den Islam mit den politischen, gesellschaftlichen und zivilisatorischen Errungenschaften des Abendlandes kompatibel machen könnte, als da sind die Trennung von Staat und Kirche, Gewaltenteilung, Volkssouveränität, Gleichheit von Mann und Frau, freie Entscheidung des Individuums für oder gegen eine Religion, Monogamie, sexuelle Selbstbestimmung und so weiter. Vielmehr ist weltweit eine wachsende Intoleranz des Islam zu beobachten, der jährlich Zehntausende von Christen zum Opfer fallen, so dass der Harvard-Professor Samuel P. Huntington diesen als aggressive und expansionistische Religion charakterisiert.

Adolf Frerk, Geldern

Fehldeutung

Zu: „Die Entdeckung des ‚Ich'" (Nr. 18)

Dass S. Kierkegaard als Entdekker des Ich (warum in Anführung?) gelten soll, ist mir so explizit bisher nicht begegnet. Eher könnte man ihn als Entdecker des „Selbst", mit seinen verschiedenen Verzweiflungsformen, oder des „Einzelnen" bezeichnen.

Und wieso verkauften sich seine Werke in Dänemark „zwangsläufig" so schlecht? Weil die Dänen zu dumm waren? Zumindest einige Werke verkauften sich auch dort ganz gut, seine letzten Ausgaben des „Augenblicks" fanden sogar meines Wissens reißenden Absatz. Die Krönung ist das Bild, welches kaum Sören Kierkegaard, sondern eher seinen dänischen Landsmann und Märchenerzähler Hans Christian Andersen darstellen dürfte.

Dr. Friedrich Küper, Luckau

Dreistigkeit

Zu: „Kein Diktat bitte" (Nr. 19)

Die muslimischen Verbände fordern, dass unserem Innenminister die Kompetenz für die Islamkonferenz entzogen wird. Diese unfassbare Dreistigkeit kann man sich nur in Deutschland erlauben.

Bei zunehmenden Anschlagsdrohungen und dem Erstarken radikaler Salafisten hat die Sicherheit für die Mehrheitsgesellschaft Vorrang vor weiteren Verhandlungen über eine Integration, die von den fundamentalistischen Verbänden abgelehnt wird. Was sie wollen, sind noch mehr islamkonforme Privilegien, um ihren Einfluss auf die Gesellschaft weiter erhöhen zu können.

Gisela Recki, Troisdorf

Unwürdige Vorverurteilung

„Zu: „Alle Regeln gebrochen" (Nr. 19)

Zu der medialen Hetze und Vorverurteilung im Rahmen des sogenannten NSU-Prozess gibt es eine erstaunliche Parallele, den sogenannten „Turbo Rolf"-Fall. 2003 kamen durch einen tragischen Autobahnunfall eine junge Mutter und ihr Kind zu Tode. Vor Gericht gestellt wurde ein junger Mann, der bereits vor Prozessbeginn von den Medien, allen voran der „Bild"-Zeitung, im Rahmen einer Hexenjagd vorverurteilt wurde, obwohl es zumindest begründete Zweifel an seiner Täterschaft gab.

Die Ermittlungen ergaben, dass ebenso andere aus dem Testfahrerteam als Täter in Frage kamen. In der Berufung 2004 musste wegen fortgesetzten Druckes seitens der Medien die Verurteilung aufrechterhalten werden, wobei die Freiheitsstrafe dann „zur Bewährung" ausgesetzt wurde.

So viel zur Unabhängigkeit der Justiz. Im Rahmen einer Fernsehdokumentation kam später ein Entlastungszeuge zu Wort. Er berichtete, dass er unter Druck gesetzt wurde, seine für „Rolf" günstige Aussage zurückzuziehen, was er wohl nicht getan hat. Die Verurteilung erfolgte dennoch. Die berufliche Existenz von „Rolf" als Testfahrer war unwiederbringlich vernichtet.

Joachim Ruhnau, Döttesfeld

Stets wird betont, wie rassistisch Deutsche sind

„Zu: „Alle Regeln gebrochen" (Nr. 19)

Jedem klar denkenden Mitbürger ist schon längst der Glaube an ein rechtsstaatliches Verfahren abhanden gekommen. Hier wird ein Schauprozess übelster Art gegen unseren Staat in Gang gesetzt, dessen Ausgang jetzt schon sonnenklar ist und der schon jetzt volksgerichtshöfische Züge zeigt.

Das Gericht ist nur Staffage, die Personen sind Marionetten, die Fäden-ziehenden Verantwortlichen im Hintergrund aber bei genauem Hinsehen deutlich erkennbar, nämlich unsere neuen Herren, die sich mit diesem Verfahren einen zentralen Baustein dieses Landes zu eigen machen werden. Die Angeklagte, lediglich eine Symbolfigur für die grundsätzlich rassistischen Deutschen, wird zu zehnmal lebenslänglich verurteilt werden und die besondere Schwere der Schuld kommt hinzu. Das zum Urteil. Und bis dies gesprochen wird, werden wir täglich hören müssen, welch rassistisches und fremdenfeindliches Land wir sind.

Schon jetzt liegen die Forderungen auf dem Tisch, dass bei jeder Straftat, in welcher ein Migrationshintergründler verwickelt ist, grundsätzlich der Tatbestand des Rassismus oder der Fremdenfeindlichkeit zugrunde gelegt werden muss, dass wir also pauschal als Rassisten gelten sollen. Dieser Prozess wird ein entscheidender Meilenstein zur Abschaffung unserer nationalen Souveränität werden.

Jeden Mitbürger, der nach Beendigung dieses Prozesses in eine juristisch relevante Konfliktsituation mit einem „Mitbürger mit Migrationshintergrund" kommen wird, kann man schon jetzt bedauern, egal was geschah, seine bürgerliche Existenz dürfte vernichtet sein.

Peter Schumacher, Melsungen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 21 – 25. Mai 2013

MELDUNGEN

Verdienste um Partnerschaft

Rastenburg – Gertrud Liman aus Wesel ist zur Ehrenbürgerin Rastenburgs ernannt worden. Sie wurde damit für ihre Verdienste um die Städtepartnerschaft zwischen Wesel und Rastenburg geehrt. Diese Städtepartnerschaft entstand aus einem Schüleraustausch mit der ehemaligen Herzog-Albrecht-Schule, dem heutigen Ketrzynski-Lyzeum, der auf die Initiative früherer Schüler des 1546 gegründeten Gymnasiums hin zustande kam. Gertrud Liman setzt sich seit Beginn der Partnerschaft im Jahre 2002 als stellvertretende Vorsitzende des Partnerschaftsvereins aktiv für ihre lebendige Gestaltung ein. Sie sieht es mit Genugtuung, dass sie „stellvertretend für die Gesellschaft als jemand geehrt wurde, der im Alltag, an der Basis tätig ist". *U.H.*

Museum für Stalaginsassen

Hohenstein – In Hohenstein ist mit der Errichtung eines Museums begonnen worden, das an die Soldaten erinnern soll, die während des Zweiten Weltkrieges im Stammlager (Stalag) I b in Königsgut [Królikowo] bei Hohenstein gefangengehalten wurden. Im Frühjahr nächsten Jahres soll das Museum eröffnet werden. Die Kosten werden mit vier Millionen Zloty (rund 960 000 Euro) veranschlagt. Die Idee zu dem Museum entstand, als vor zwei Jahren beim Bau eines neuen Anschnitts der Staatsstraße Nummer 7 bei dem Dorf Königsgut auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Gegenstände aus dem Besitz der Insassen gefunden wurden. Das Stammlager gilt als eines der größten europäischen Kriegsgefangenenlager des Zweiten Weltkrieges. *PAZ*

Umspannwerk für AKW Tilsit

Tilsit – Zur künftigen Stromversorgung des Kernkraftwerkes „Baltiskaja" ist in Budwethen ein Umspannwerk errichtet worden. Die Transformatoren werden an die 25 Kilometer entfernte Tilsiter Hochspannungszentrale durch eine Überlandleitung angeschlossen, die zur Zeit noch im Bau ist. Das Umspannwerk soll bereits während der Bauphase des Kraftwerkes in Betrieb genommen werden und später den Bedarf der beiden Kraftwerksblöcke zuverlässig sichern. Zur Errichtung des Reaktorgebäudes des Blocks 1 wurden inzwischen weitere 6000 Kubikmeter Beton für die untere Schutzschicht eingebracht und mit den Armierungsarbeiten begonnen. Die aus dem Kreisgebiet Tilsit-Ragnit rekrutierten Montagekräfte werden durch Spezialisten aus dem Atomkraftwerk Nowodonsk unterstützt. Für den Pendelverkehr zur Baustelle wurde das Teilstück Budwethen-Ragnit einer neuen Autostraße fertiggestellt. *H.Dz.*

Auftakt zu größeren Aufgaben

Königsbergs Stadtoberhaupt Jaroschuk zu Gast in Hamburg – Internationaler Orgelwettbewerb im Michel

Im Rahmen dreier großer Ereignisse weilte Königsbergs Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk am 15. Mai in Hamburg: Neben der Erneuerung der Kooperationsvereinbarung zwischen den beiden Hansestädten und der Einführung des neuen russischen Generalkonsuls in Hamburg fand die Eröffnung des 8. Tariverdijew-Orgelwettbewerbs im Michel statt.



Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (r.) empfängt die russischen Gäste freundschaftlich: Sein Königsberger Amtskollege Alexander Jaroschuk (l.) überreicht ein Bernsteingeschenk. Vera Tariverdijewa (u. l.) freut sich, dass der Wettbewerb im Michel stattfindet. Bilder (2): MRK

„Als ich 1999 zum ersten Mal nach Kaliningrad kam, konnte ich zunächst den Geist der Stadt nicht fassen. Das änderte sich bei einem nächtlichen Spaziergang, als ich auf den Kneiphof gelangte und vor den Mauern des Königsberger Doms stand. Ich spürte, dass dies die Heimat von Kant und E.T.A. Hoffmann ist, und dass der Geist Königsbergs in der Kultur fortlebt", erinnerte sich Vera Teraverdijewa, die Präsidentin der Tariverdijew-Stiftung, an ihre erste Begegnung mit der Stadt am Pregel.

In der Tradition des kulturellen Geistes stehend sieht die aparte Präsidentin auch den in diesem Jahr zum achten Mal stattfindenden Orgelwettbewerb. Ihr verstorbener Mann Michail (1931–1996), einer der bekanntesten Komponisten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, sei kein Organist, sondern ein Philosoph gewesen. Nachdem er 1986 in Tschernobyl gewesen war, schrieb er eine Symphonie für die Opfer der Reaktorkatastrophe in zwei Teilen, „Donner" und „Quo vadis?". Die in dem mystischen Werk gestellte Frage „Quo vadis" (Wohin gehst du?) sei eine Botschaft an Menschen, die einen gefährliche Grenze überschritten haben. Unter dem Motto „Quo vadis" steht auch der diesjährige Orgelwettbewerb. Dass die Auswahlrunde in Hamburg stattfindet, zeuge davon, dass die Wurzeln der europäischen Kultur auch heute noch Früchte tragen. Der einzige internationale Orgelwettbewerb in Russland spielt eine bedeutende Rolle und trägt zur Selbstidentifizierung der Pregelstadt als Teil der europäischen Kultur bei. Ein Tariverdijew-Orgelwettbewerb gab im Jahr 2005 auch den Anlass für die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Königsberg. Die damals ge-

Erfolgreiche Kooperation seit 2005

troffene Kooperationsvereinbarung wird alle zwei Jahre neu bekräftigt. In diesem Jahr unterzeichneten Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und sein Königsberger Amtskollege Alexander Jaroschuk die fünfte Verlängerung. Beim anschließenden Empfang sprach die Zweite Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt beim Senatsempfang vor etwa hundert geladenen Gästen ein Grußwort, in dem sie neben Alexander Jaroschuk den neuen russischen Generalkonsul in Hamburg, Iwan Chotulew, sowie die 21 Kandidaten des Orgelwettbewerbs aus zwölf Ländern herzlich willkommen hieß. Dass die Stadt die St. Michaeliskirche, ihr Wahrzeichen, mit einer hervorragenden Akustik zur Verfügung stelle, sei Ausdruck einer großen Wertschätzung.

Alexander Jaroschuk dankte dem Bürgermeister dafür, dass Hamburg seine Stadt seit 2005 immer aktiv unterstützt habe. Seit den Anfängen der Zusammenarbeit seien bereits viele Delegationen ausgetauscht, zahlreiche Projekte im Bereich des Sports, des Jugend- und Studentenaustauschs, der Kultur und vor allem der wirtschaftlichen Kooperation verwirklicht worden. Wichtige Impulse für die Entwicklung der Region seien von diesen Begegnungen ausgegangen. In diesem Jahr seien vor allem zwei Ereignisse für Königsberg wichtig: Die Entscheidung, dass die Stadt zu denjenigen gehöre, in denen 2018 Spiele der Fußballweltmeisterschaft ausgetragen würden und die Verabschiedung eines staatlichen Entwicklungsprogramms, im Rahmen dessen die Region umgerechnet rund 10,5 Milliarden Euro aus Moskau erhalte. Dies ermögliche es, die Stadt und das Gebiet auf eine ganz andere Ebene in vielen Bereichen wie der Wirtschaft, dem Städtebau, der Infrastruktur und Soziales zu heben. In diesem Zusammenhang sei die ständige Erneuerung der Kooperationsvereinbarung mit Hamburg wichtig, weil der Erfahrungsaustausch mit bereits vertrauten Partnern gerade im Bereich Tourismus und Infrastruktur förderlich sei. Die Veranstaltung könne als Auftakt zu größeren Aufgaben gesehen werden. *M. Rosenthal-Kappi*

Reaktion auf Königsbergs modernstes Kino

Politiker sind stolz auf den Erweiterungsbau des Europazentrums, doch Ältere trauern um altes Lichtspielhaus

Vor Kurzem wurde der zweite Gebäudekomplex des Einkaufszentrums „Europazentrum" fertiggestellt. Den Kern bildet ein ultramodernes Kino mit neun Sälen. Die Kosten für den Bau des zweiten Komplexes an der Stelle des ehemaligen Kinotheaters „Rossija" betrugen 22 Millionen Euro. Das neue Gebäude ist als Atrium mit Galerien gebaut, so dass es interessanter aussieht als der erste Komplex. Das Atrium trägt den Namen „Berlin". Beide Gebäudeteile haben eine Größe von 25 000 Quadratmetern. Zurzeit sind außer dem Kino noch nicht alle Stätten des Erweiterungsbaus in Betrieb.

Zum ersten Mal wurde in Königsberg ein Kino der in Russland bekannten Kette „Cinemapark" mit kanadischer IMAX-Technologie für riesige Leinwandformate eingerichtet. Dank der exklusiven Vier-D-Technologie können die Zuschauer Spezialeffekte wie Wassersprudeln, Wind, Blitze und die Aromen von Pflanzen wahrnehmen. Außer ultramoderner Technik zählt auch das exklusive Design des Foyers und der Kinosäle zu den Besonderheiten der neuen Spielstätte.

An der Eröffnungsveranstaltung nahmen zahlreiche Geschäftsleute der Region neben offiziellen Vertretern der Politik teil. An Prominenz waren Gouverneur Nikolaj Zukanow und Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk vertreten. Der Gouverneur sag-

Kritik statt Lob bei der feierlichen Eröffnung des Anbaus

te: „Das Handelszentrum Europa ist verdientermaßen einer der beliebtesten Orte der Kaliningrader geworden. Jetzt sind die Möglichkeiten zur Erholung und Entspannung noch viel größer. Es gibt nun einen weiteren Ort in der Stadt, auf den wir stolz sein können ..."

Alexander Jaroschuk erklärte: „Das neue Handelszentrum fügt sich erfolgreich in die Wirklichkeit der Stadt ein und seine Fassade sollte als Errungenschaft gewürdigt werden."



Ultramodern: Filmpalast hinter der Fassade des Europazentrums

Doch die Ersten, die bei der Eröffnung zugegen waren, hatten keinen so positiven Eindruck. Rentnerin Natalja Sergejewna winkte mit den Händen ab: „Wie kann man stolz darauf sein, dass anstelle der Grünanlage, wo man sich bei Kastanienbäumen und Rosen die Zeit vertreiben konnte, jetzt diese Dummheit steht?" Ein Mann mittleren Alters fügte hinzu: „Wenn ich hierher komme, muss ich immer mühsam einen Parkplatz suchen. Sie haben das Kino eröffnet, aber die Zahl der Parkplätze kaum erhöht. Wer denkt einmal daran?"

„Wenn es ein neuer Kindergarten, ein Sportkomplex, eine Schule oder ein Krankenhaus wäre, dann wäre ich stolz. Aber wozu soll ich auf ein Einkaufszentrum mit Kino stolz sein?", fragte Sergej Michajlowitsch.

Viele Erstbesucher beklagten, dass es in dem Gebäude noch sehr feucht sei und sie den Staub der Stuckaturen in der Luft gespürt hätten. Trotz der ungewöhnlichen und modernen Spezialeffekte hätten diese Feinheiten den ersten Eindruck eher negativ beeinflusst.

Der Preis für eine Kinokarte beträgt umgerechnet knapp 12,50 Euro. An der Kinokasse spöttelten junge Leute, dass sie für das Geld auch mehrere Flaschen Bier kaufen könnten, um sich woanders gut zu amüsieren.

Bald sollen im Europazentrum einige Restaurants, Cafés und neue Boutiquen eröffnen. Ob diese genauso gut angenommen werden wie das noch während der 750-Jahrfeier hier bestehende Kinotheater „Rossija", wird sich zeigen. Es war auch ein guter Konzertsaal, in der Nähe gab es ein Café, mit vielen verschiedenen Bäumen, wo sich die Menschen gerne aufhielten. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da freut man sich doch, wenn man solch einen Brief bekommt wie den von Herrn **Karl Röske** aus Heilbronn. Es war nicht sein erstes Schreiben, denn er hatte uns im April seinen Suchwunsch mitgeteilt, den wir in Folge 16 veröffentlichten. Herr Röske arbeitet an einer Familienchronik und benötigt nun Informationen über den Kreis Allenstein im Allgemeinen sowie über die Orte Sagsau und Schönau und die Stadt Neidenburg im Besonderen. Er wollte mit Zeitzeugen in Verbindung treten, die aus diesem Gebiet geflüchtet waren. Nähere Angaben zu seiner Familie hatte er nicht gemacht, auch keine Namen genannt. Da wir gewöhnlich bei Suchwünschen doch mehr Basisinformationen bekommen, durch die eventuell in Frage kommende Zeitzeugen direkt angesprochen werden, war ich ein wenig skeptisch, ob er Zuschriften bekommen würde – aber da hatte ich mich getäuscht. Denn Schreiben Nr. 2 ist ein einziger großer Dankesbrief, den ich an unsern Familienkreis weitergeben muss: „Ich bedanke mich von ganzem Herzen für den Aufruf in Ihrem Blatt. Auf den Aufruf haben sich so viele Menschen bei mir gemeldet, was mich total verblüfft hat. Ich bin so gerührt und voller Achtung für Ihr Blatt, dass ich mich nur nochmals tausendmal bedanken kann. Ich habe so viel erfahren, was mir persönlich weiter geholfen hat.“ Und diesmal fügt Herr Röske einen Namen hinzu, so dass wir jetzt gezielter suchen können. Es handelt sich um seinen Großvater, der Schreiber trägt auch diesen Namen: Karl Röske. Der am 6. August 1909 Geborene war verheiratet mit Frau **Frieda** geborene **Urbanski**. Das in Sachsau lebende Ehepaar hatte drei Kinder: **Eva**, **Helmut** und **Reinhold**. Hoffentlich hat der Suchende weiter Erfolg, und er kann uns in Brief Nr. 3 davon berichten. (Karl Röske, Virchowstraße 22 in 74074 Heilbronn, Telefon 07131/6490787.)

Immer wieder taucht der „Nasse Garten“ auf unserer Seite auf, obgleich es doch nur ein kleiner Königsberger Stadtteil war. Diesmal handelt es sich um die Frage nach einer alteingesessenen Königsberger Familie, die von Frau **Sigrid Biemann** aus Schwerin gestellt wird. Sie erhofft sich klärende Antworten, die für sie sehr wichtig sind, denn es handelt sich um ihre eigene Familie. Und da sie schon seit Langem sucht und inzwischen einige Informationen besitzt, können wir in diesem Fall mit brauchbaren Angaben aufwarten. Frau Biemann musste allerdings mit ihrer Suche von Null anfangen. Sie selber wurde erst fünf Jahre nach Kriegsende in Gadebusch/Mecklenburg geboren. Da besaß ihre 1917 in Königsberg geborene Mutter **Hildegard Erna Groß**, die mit ihren Eltern die russische Okkupation erleben musste und 1948 mit einem der letzten Transporte aus Königsberg nach Mecklenburg kam, keine Unterlagen mehr. „Leider hatten wir keine Möglichkeiten, in der ehemaligen DDR unsere Familiengeschichte aufzuarbeiten“, bedauert Frau Biemann. Allerdings haben ihre Großeltern viel von Königsberg erzählt, weil sie sehr unter Heimweh litten. Diese Erinnerungen haben sich ihrer Enkelin eingeprägt. Aber nach dem Tod der Anfang der 60er Jahre verstorbenen Großeltern und dem der Mutter 1975 blieben für Sigrid doch viele Fragen offen.



Hildegard Biemann mit ihrer Tochter Sigrid Bild: privat

Frage Nr. 1: Wer kannte die Familie Groß, die in der Karlstraße 2 wohnte? **Ernst** Groß, *16. November 1891, war bei der Marine-Artillerie, als er 1915 **Helene Ruloff** heiratete. Dieser Großvater von Frau Biemann wuchs auf dem Sackheim auf. Seine Mutter, eine Fischfrau, war eine verwitwete **Steinbiß**, als sie den Witwer Groß, einen Maurer mit drei Kindern, ehelichte. Insgesamt hatte das Paar sieben Kinder. Zwei Brüder von Ernst gingen mit den Eltern nach Essen und bauten dort einen Schlachthof mit Fleischerei auf. Nach der Vertreibung stand Ernst Groß der Hochbaumeisterei in Parchim vor.

Frage Nr. 2: Wer kannte die Familie Ruloff? Helene Groß geborene Ruloff, Großmutter von Frau Biemann, lebte vor ihrer Heirat und danach auf dem Nassen Garten. Helene Groß besuchte die Höhere Mädchenschule, arbeitete dann in einem Handarbeitsgeschäft und galt als höfliche, gebildete Frau. Ihre Mutter **Mathilde Ruloff** wohnte ebenfalls auf dem Nassen Garten. Helenes Schwester **Frieda** war Schneiderin, sie lebte und arbeitete mit ihrem Mann, dem Schneider **Flettner**, im nahen Prappeln.

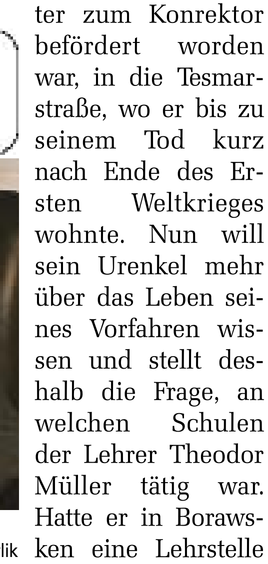
Frage Nr. 3: Wer kannte Hildegard Erna Groß, *1. Oktober 1917 in Königsberg? Die Mutter von Sigrid Biemann war anscheinend das einzige Kind des Ehepaars Ernst und Helene Groß und wohnte bis zur Vertreibung bei den Eltern in der Karlstraße. Hildegard besuchte das Körte-Oberlyzeum, später – etwa ab 1935 – eine Haushaltsschule. Auch sie konnte ausgezeichnet nähen und handarbeiten. Wo sie getauft und konfirmiert wurde, ist nicht bekannt.

Das sind die Angaben, die Sigrid Biemann nach den Erzählungen ihrer Mutter und der Großeltern, die den Verlust ihrer Heimat nie verschmerzten, machen kann. Sie erwähnt noch einen Bruder ihrer Großmutter, **Franz Ruloff**, der in Allenstein, Hohensteiner Querstraße 19 wohnte und der 1927 Kreisbaufführer war. Wer eine der genannten Personen kannte, möchte sich bitte an Frau Biemann wenden. Vielleicht gibt es noch ehemalige Mitschülerinnen von Hildegard Groß oder Nachbarn aus der Karlstraße vom Nassen Garten, die sich an die Familie erinnern? Auch über das Dorf Prappeln hätte sie gerne etwas erfahren, das 1939 eingemeindet wurde. „Deutschland ist groß, und ich habe noch Hoffnung“, beendet Frau Biemann ihr Suchschreiben (Sigrid Biemann, Lise-Meitner-Straße 12 in 19063 Schwerin.)

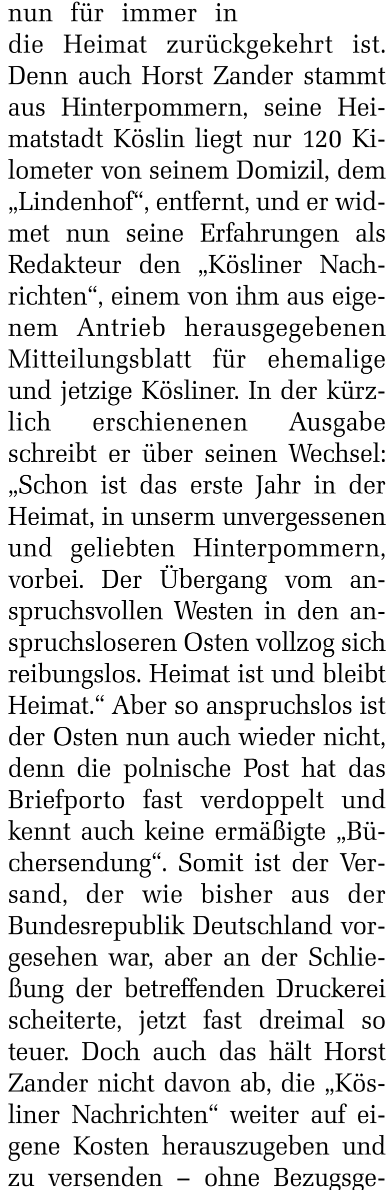
Die nächste Suchfrage führt in den Kreis Bartenstein, und dort nach Wehrwilten. Herr Dr. **Manfred Paetzold** sucht eine Verbindung zu ehemaligen Bewohnern, denn seine mütterlichen Vorfahren stammen aus dem Ort. Dass er erst jetzt Nachforschungen betreiben kann, liegt daran, dass es ihm nun endlich nach 15-jähriger Suche gelungen ist, den Namen des leiblichen Vaters seiner 1936 geborenen Mutter zu erfahren. Da seine Mutter **Traute Edith Neumann** schon wenige Wochen nach ihrer Geburt zur Adoption frei gegeben wurde, war es natürlich schwierig, deren leiblichen Vater zu finden. Wir haben ja in letzter Zeit ähnliche Fälle vorgelegt bekommen und einige auch veröffentlichen können, aber verständlicherweise kaum Resonanzen erhalten. Hier brauchen wir also nicht nach dem leiblichen Vater zu suchen, sondern nach Bewohnern aus Wehrwilten, die etwas über die betreffenden Familien sagen könnten.

Die Mutter von Traute Edith Neumann ist **Auguste** Neumann geborene **Eisenblätter**. Ihr Ehemann **Friedrich** (**Fritz**) **Neumann** stammte aus Wehrwilten. Es gab in dem kleinen Ort sieben Familien dieses Namens. Deshalb wurde zur Unterscheidung ein zweiter zugefügt. Friedrich und seine Familie hießen deshalb „**Fischer Neumann**“. Auguste arbeitete als Hausangestellte auf dem Hof des Großbauern **Hermann Preuß**, der sich nach den Angaben von Herrn Paetzold nun als leiblicher Vater des Mädchens Traute erwiesen hat. Seine Frau verstarb etwa 1936/37, also zu der Zeit, als Auguste Neumann das Kind gebar. Hermann Preuß hatte aus dieser Ehe einen etwa 1915 geborenen Sohn **Emil** und eine Stieftochter **Auguste** Preuß, geborene **Mollenauer**. Der Landwirt wurde beim Russeneinfall 1945 erschossen. Nun möchte Herr Dr. Paetzold noch mehr über seine Großeltern erfahren und hofft, dass sich noch Zeitzeugen finden, die sich an die Familien Hermann Preuß und Fischer Neumann erinnern. Für jeden Hinweis wäre er dankbar. (Dr. Manfred Paetzold, Wiesenweg 16 in 18196 Kessin, Telefon 0171/2165577, E-Mail: Dr.ManfredPaetzold@t-online.de)

Die nächste Suchfrage wurde nicht direkt an uns gestellt, aber eine Veröffentlichung auf unserer Familienseite könnte doch den Kreis der in Frage kommenden möglichen Informanten erweitern. So arbeiten wir nach langer Zeit wieder zusammen, mein Kollege **Horst Zander**, früher Redakteur beim *Ostpreußenblatt*, und ich, und es macht uns beiden Freude. Wir hatten in Folge 2 über das Ehepaar berichtet, das zu Beginn des vergangenen Jahres in das Elternhaus von Frau **Lydia** in Schimmerwitz Wald in Hinterpommern zog und nun für immer in die Heimat zurückgekehrt ist. Denn auch Horst Zander stammt aus Hinterpommern, seine Heimatstadt Köslin liegt nur 120 Kilometer von seinem Domizil, dem „Lindenhof“, entfernt, und er widmet nun seine Erfahrungen als Redakteur den „Kösliner Nachrichten“, einem von ihm aus eigenem Antrieb herausgegebenen Mitteilungsblatt für ehemalige und jetzige Kösliner. In der kürzlich erschienenen Ausgabe schreibt er über seinen Wechsel: „Schon ist das erste Jahr in der Heimat, in unserm unvergessenen und geliebten Hinterpommern, vorbei. Der Übergang vom anspruchsvollen Westen in den anspruchsloseren Osten vollzog sich reibungslos. Heimat ist und bleibt Heimat.“ Aber so anspruchslos ist der Osten nun auch wieder nicht, denn die polnische Post hat das Briefporto fast verdoppelt und kennt auch keine ermäßigte „Büchersendung“. Somit ist der Versand, der wie bisher aus der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen war, aber an der Schließung der betreffenden Druckerei scheiterte, jetzt fast dreimal so teuer. Doch auch das hält Horst Zander nicht davon ab, die „Kösliner Nachrichten“ weiter auf eigene Kosten herauszugeben und zu versenden – ohne Bezugsgebühr!



Ruth Geede Bild: Pawlik



Aber kommen wir nun zu der Suchanzeige, dem eigentlichen Anlass für diese Zeilen. Sie betrifft zwar Köslin, führt aber auch nach Ostpreußen zurück. Im Jahr 1902 zog eine Familie aus Borawsken, damals Kreis Oletzko, später Treuburg, nach Köslin. Es handelte sich um den Lehrer **Theodor Müller**, seine Frau **Marie** geborene **Henning**, und die gemeinsamen Kinder **Lisa**, **Kurt**, **Alfred** und **Theodor**. Noch im selben Jahr wurde in Köslin der jüngste Sohn **Gerhard** geboren. Die Familie Müller wohnte zunächst am Runden Teich, später in der Bublitzer Straße und zog dann, nachdem der Vater zum Konrektor befördert worden war, in die Tesmarstraße, wo er bis zu seinem Tod kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges wohnte. Nun will sein Urenkel mehr über das Leben seines Vorfahren wissen und stellt deshalb die Frage, an welchen Schulen der Lehrer Theodor Müller tätig war. Hatte er in Borawsken eine Lehrstelle inne oder war es auch sein Heimatort? Stammte seine Frau Marie Henning aus Borawsken, dem späteren Deutscheck? Es ist natürlich schwierig, über solch eine lange Wegstrecke die Spuren zurück zu verfolgen, aber da haben wir schon ganz andere Fragen gelöst. Zuschriften bitte an die „Kösliner Nachrichten“. Herausgeber und Chefredakteur Horst Zander, Pieski 40, PL-84-313 Siemirowice/Pomorze, Telefon 0049/160/97924837 und 0048/790/496881.)

Noch eine kurze Suchanzeige, die von Herrn **Dietmar E. Spiwoks** gestellt wird. Der Königsberger, der bis Oktober 1947 in seiner Heimatstadt in russischer Gefangenschaft war, sucht eine Ponartherin, die heute etwa zwischen 70 bis 75 Jahre alt sein müsste. Es handelt sich um **Christa Weber** aus der Barbarastraße in Ponarth, wo sie in Block 17, Eingang 2, Stube 3 oder 4 wohnte. (Dietmar Spiwoks, Bergwaldstraße 23 in 79576 Ötlingen/Weil, Telefon 07243/9391190.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Jetzt tragen die Enkel den Albertus

Eine alte ostpreußische Tradition lebt weiter

Jetzt hat der „Albertus“ seine Zeit, diese vergoldete Anstecknadel mit dem Brustbild Herzog Albrechts, mit der die Abiturienten aus der nachfolgenden Generation ostpreußischer Familien für die bestandene Reifeprüfung belohnt werden. Eine Auszeichnung, die nicht von einer Lehranstalt oder einem wissenschaftlichen Gremium verliehen wird, sondern aus dem Familien- oder Freundeskreis des Abiturienten kommt und eine Anerkennung für Fleiß und Leistungswillen bedeutet. Dass diese allein auf Ostpreußen bezogene Tradition noch heute in vielen Familien lebendig ist, beweist das steigende Interesse an der Albertusnadel, denn weit mehr Bestellungen als in den Jahren zuvor gingen in den letzten Monaten bei der Landsmannschaft Ostpreußen ein. Zumeist von Großeltern und älteren Familienfreunden, die damit auch der Enkelgeneration gegenüber bekunden wollen, welch einen hohen Stellenwert die Bildung in ihrer Heimat hatte. Ihr Wissen und Können erlitt keinen Währungsverlust, es war ein unsichtbares Fluchtgepäck, das nicht verloren gehen konnte. Diese Erkenntnis wollen sie zusammen mit den vergoldeten Alberten weitergeben

Was hat es aber mit dieser Tradition auf sich, warum blieb sie auf Ostpreußen beschränkt? Sie geht nicht bis in die Zeit des Herzogs Albrecht von Brandenburg zurück, dessen Brustbild die Nadel zeigt. Er gründete zwar 1544 die Universität in Königsberg als „Pflanzgarten humanistischer Bildung“, aber erst hundert Jahre danach wurde die Hochschule nach ihrem Gründer „Albertina“ benannt und sehr viel später – zu Beginn des 19. Jahrhunderts – tauchten die ersten Alberten auf. Urheber soll der Studiosus Sawatzki gewesen sein, der eine silberne Nadel mit dem Brustbild des Herzogs anfertigte, das dem Standbild nachgearbeitet war, das sich am Eingang der Alten Universität auf dem Kneiphof befand. Es zeigt den Herzog mit Brustharnisch und geschultertem Schwert. Sawatzki war es auch, der zusammen mit seinem Kommilitonen Lubecius – der spätere Rektor wurde und schon 1833 in Labiau verstarb – im Jahr 1817 die Albertus-Nadel in die „Allgemeinheit Albertina“ einführte, der alle Studenten angehörten. Seit dem Wartburgfest galt der Albertus, der am Hut zumeist mit einer weißen Rose getragen wurde, als Erkennungszeichen der Königsberger Studiosi, er galt sogar als offizielle Legitimation den Ordnungshütern gegenüber.

Albertus Bild: privat

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte verlor der Albertus in dieser Funktion nach und nach an Bedeutung. Die Kleidung der Studenten wurde ziviler, der steife Hut wich der Mütze. Die Nichtkorporierten legten ihn gänzlich ab, aber auch in den Verbindungen wurde er seltener getragen, schließlich nur noch von den Burschenschaften Gothia und Teutonia. Das bedeutete aber nicht ein Erlöschen dieser studentischen Tradition, sie verlagerte sich nur auf jüngere Jahrgänge. Denn nun begannen die angehenden Studenten den Albertus zu tragen als Zeichen ihres Willens, eine akademische Laufbahn einzuschlagen, wenn sie sich an der Albertina immatrikulieren ließen. Allerdings erstanden die Abiturienten nach bestandener Reifeprüfung ihren Albertus nicht selber, sondern ließen sich ihn von Verwandten und Freunden schenken. Was bedeutete, dass es jetzt nicht um einen Albertus ging, sondern um eine Vielzahl von goldenen oder silbernen Nadeln, die am Revers befestigt wurden oder Stürmer und Zerevis schmückten. Je stolzer die Familie auf den Sohn war, der das Abitur geschafft hatte, desto bestückter zeigte sich die Jünglingsbrust, wie alte Aufnahmen bestätigen. Das hing nicht immer von der Wohlhabenheit der Familie ab – so mancher Großvater, so manche betagte Tante opferte etwas von ihrem Ersparten für einen Albertus, den es ja in verschiedener Größe gab. Und da ostpreußische Familien ja nicht gerade arm an Verwandtschaft waren, kam da schon eine stattliche Anzahl an Alberten zusammen. Auch die Abiturientinnen schmückten sich mit Alberten, mit denen sie ihr Zerevis bestückten. Der oder die Geehrten freuten sich und zeigten sich dankbar, denn vielen Eltern war es nicht leicht gefallen, die höhere Schulbildung zu finanzieren, die oft auch mit Fahrt- und Pensionskosten verbunden war. Längst hatte diese ursprünglich auf Königsberg beschränkte Tradition auf ganz Ostpreußen übergegriffen. Und wir haben sie mitgenommen und geben sie weiter an unsere Enkel und Urenkel. Soviel in Kürze über unseren Albertus. Eine längere Abhandlung liegt als Faltblatt jeder Nadel bei, die bei der Landsmannschaft Ostpreußen bestellt werden kann. Die Alberte kostet 5,50 Euro plus Versandpauschale von zwei Euro. (Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon 040/414008-0.) *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bökens, Gertrud, geb. **Braun**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, Bahnhofstraße 24, am 29. Mai
König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Kranzusch, Hildegard, geb. **Radzewitz**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 29. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Schmidt, Erika, geb. **Mandel**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Karasch, Fritz, aus Babeck, Kreis Treuburg, und aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 1. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baginski, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, am 2. Juni
Czesnat, Elisabeth, geb. **Weidmann**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Mai
Giesler, Hans, aus Königsberg-Tannenwalde, am 2. Juni
Golob, Hildegard, geb. **Unruh**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 31. Mai
Karow, Käthe, geb. **Kowalewski**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 2. Juni
Naguschewski, Fritz, aus Ortelsburg, am 1. Juni
Parschat, Gerda-Ursula, geb. **Rochniak**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, am 28. Mai
Schirmacher, Magdalena, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Scholz, Hildegard, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 29. Mai
Starkulla, Charlotte, geb. **Schönwald**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Wilhelms, Margarete, geb. **Zint**, aus Tapiau, Neustraße 3, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Wulff, Anna-Frieda, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 29. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adolph, Gerda, geb. **Waschull**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 2. Juni
Bohnhof, Karl, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Juni
Didszun, Hildegard, geb. **Herzog**, aus Nasawen, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Exel, Emmy, geb. **Ludorf**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Geisler, Maria, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 2. Juni
Marks, Helmut, aus Treuburg, Bergstraße 13, am 30. Mai
Mirbach-Ziehe, Ruth, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Müller, Wolf, aus Lyck, am 31. Mai
Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Ossa, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai
Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai
Pietsch, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Quilitzsch, Ruth, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schalk, Anneliese, geb. **Kuchenbecker**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 2. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Benesch, Ursula, geb. **Tollkühn**, aus Irglacken Kreis Wehlau, am 31. Mai
Blaeser, Gertrud, geb. **Gronau**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 28. Mai
Gojny, Elly, geb. **Wischnewski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Klimach, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Kösters, Elfriede, geb. **Schirrmann**, verwitwete **Eisele**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Liebenau, Eva, geb. **Schmidt**, aus Lyck, am 27. Mai
Maertens, Elisabeth, geb. **Gräfin von Schwerin**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Powilleit, Erika, geb. **Sudau**, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Reichardt, Ruth, geb. **Berger**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkuhnen, Kreis Stallupönen, am 19. Mai
Roßberg, Erika, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schumacher, Fritz, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Spalding, Herta, geb. **Mey**, aus Wehlau, Oppener Straße 11, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Stenner, Käthe, geb. **Schirrmacher**, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juni
Stephan, Grete, geb. **Neumann**, aus Starkenberg, Langhöfel, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Weiß, Willi, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borowy, Hedwig, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Mai
Bosch, Otto, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 29. Mai
Braun, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Gussek-Hahlbo, Dr. Gertraud, geb. **Gussek**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Harbort, Gertrud, geb. **Kröhnert**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Hemberger, Hildegard, geb. **Wölke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Juni
Hilke, Waltraud, geb. **Gehrmann**, aus Löpen, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Hoff, Inge, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Klotzbücher, Irmgard, geb. **Matthies**, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Schwesig, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Thiede, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Mai
Thiel, Liselotte, geb. **Bubel**, aus Königsberg, am 30. Mai
Wirschun, Käthe, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Boenke, Dieter, aus Ebenrode, am 29. Mai
Buldt, Erika, geb. **Huuck**, aus Geidau, Kreis Samland, am 28. Mai
Frohwien, Gerda, geb. **Bartlick**, aus Treuburg, Bussestraße 4, am 31. Mai
Gamradt, Edith, geb. **Pallasch**, aus Ortelsburg, am 30. Mai
Gerlach, Erich, aus Mörnersfelde, Kreis Labiau, am 23. Mai
Glahs, Hans Georg, aus Lötzen, am 31. Mai
Glinka, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Graschtat, Herbert, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni
Gürtler, Hanna, geb. **Kossack**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 2. Juni
Hölker, Irmgard, geb. **Baginski**, aus Kielen Kreis Lyck, am 28. Mai
Kärgel, Günter, aus Tapiau, Königsberger Straße 29, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Kohn, Charlotte, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Neulepkau, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Kolzewski, Rosalinde, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Krach, Hella, geb. **Rudzinski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Löffler, Liesbeth, geb. **Trawny**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Martin, Ilse, geb. **Streich**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 31. Mai
Penczek, Karl-Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Plüschner, Siegfried, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Prellwitz, Erich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Rostek, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 28. Mai
Taday, Frieda, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Toffel, Gerhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Wilkop, Reinhold, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Zachrau, Fritz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berg, Hans-Georg, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße 3, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Büchel, Helga, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 1. Juni
Bustian, Elfriede, geb. **Dommasch**, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Fensky, Ruth, geb. **Brattkus**, aus Tannenwalde, Kreis Samland, am 27. Mai
Gottowick, Inga, aus **Weissunen**, Kreis Johannisburg, am 2. Juni
Helle, Anita, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Hörold, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 29. Mai
Jacobi, Erika, geb. **Klement**, aus Groß Heydekrug, Lange Straße 5, Kreis Samland, Am Frischen Haff, am 21. Mai
Kalweit, Werner, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Krenz, Gerhard, aus Kreis Rosenberg, am 28. Mai
Lapsien, Gerhard, aus Mülsen, Kreis Samland, am 2. Juni
Lask, Werner, aus Statzen, Kreis Lyck, am 29. Mai
Lüder, Christine, geb. **Peilo**, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Malec, Evamaria, geb. **Brosowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Melzer, Dora, geb. **Balasus**, aus, Tilsit, Pil. Dragonenstraße 1, am 28. Mai
Nörenberg, Edith, geb. **Borowy**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. Mai
Reinke, Christiane, geb. **Schupetta**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Salewski, Fritz-Erich, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Sawillion, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Mai
Schmidt, Erika, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Schüring, Hilde Marie, geb. **Rogalski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Sierck, Hildegard, geb. **Gronwald**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Mai
Stadie, Herta, geb. **Klotzki**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 31. Mai
Waschull, Anita, geb. **Seller**, aus Grabnick Kreis Lyck, am 31. Mai
Wood, Ruth, geb. **Kamp**, aus Biothen, Adlig Popelken, Kreis Wehlau, am 28. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Claußnitzer, Ruth, geb. **Schlachta**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Dietrichsdorf, Alfons, Kreis Neidenburg, am 29. Mai
Feucht, Helga, geb. **Rosenfeld**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Garbrecht, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. Mai
Grabowski, Anneliese, geb. **Hoefer**, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 29. Mai
Hagemeister, Theodor, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Hundertmark, Christel, geb. **Pokrzywnitzki**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Locklair, Siegfried, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Lohse, Renate, geb. **Belusa**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Masurowski, Gisela, geb. **Bulka**, aus Mertenheim, am 31. Mai
Moeck, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Neumann, Elfriede, geb. **Wichert**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 2. Juni
Oelgeschleger, Gerda, geb. **Truschkowski**, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 28. Mai
Perkuhn, Werner, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Ridder, Inge, geb. **Lamprecht**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Rutkowski, Helmuth, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Scheidle, Ursula, geb. **Wiechert**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai
Schulze, Evelin, geb. **Bauchrowitz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Sinofzik, Claus-Dieter, aus Lötzen, am 24. Mai
Viehöfer, Herbert, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Viereck, Inge, geb. **Spogat**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Warg, Martha, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Waschkowski, Gerda, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 30. Mai

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2013

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März 2014: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April 2014: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai 2014: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November 2014: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 25. Mai, 18 Uhr, 3sat: Das getunte Schnitzel. Reportage über Ernährung.
SONNABEND, 25. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Auf der Suche nach dem Zarenschatz. Die Herrscher-Dynastie wurde vor 400 Jahren gegründet. Doch was wurde nach der Revolution aus überlebenden Familienmitgliedern und dem Zarenschatz? Doku.
SONNTAG, 26. Mai, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 26. Mai, 10 Uhr, BR: Wagner und Liszt in der Villa Wahnfried.
SONNTAG, 26. Mai, 14.05 Uhr, 3sat: Pioniere der Medizin – Heilkunst im alten Rom. Doku.
SONNTAG, 26. Mai, 17.10 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Nachspiel. Amateure ohne Hallen. Marode Sportstätten bedrohen den Vereinssport. Von Thorsten Poppe.
SONNTAG, 26. Mai, 18.30 Uhr, Arte: Wagner-Geburtstagskonzert. Klassikkonzert aus Dresdens Semperoper.
SONNTAG, 26. Mai, 19.30 Uhr, ZDF: Deutschland von oben. Erdkunde-Doku.
MONTAG, 27. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 90 Jahren: Der amerikanische Politiker und Friedensnobelpreisträger Henry A. Kissinger ist geboren.
MONTAG, 27. Mai, 22.30 Uhr, BR: Die Kissinger-Saga. Henry und Walter – zwei Brüder aus Fürth.
MONTAG, 27. Mai, 0.00 Uhr, ARD: Henry Kissinger. Geheimnisse einer Supermacht.
DIENSTAG, 28. Mai, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Gegenwind. Widerstand im Allgäu gegen massiven Ausbau von Windenergie. Von Richard Fuchs.
DIENSTAG, 28. Mai, 19.15 Uhr, Phoenix: Tod in der Ostsee. Der Untergang der „Steuben“.
DIENSTAG, 28. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Sand – Die neue Umweltzeitbombe. Strände durch Sandabbau in Gefahr. Doku.
DIENSTAG, 28. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Der Spreewald. Landschaftsporträt.
DIENSTAG, 28. Mai, 22.05 Uhr, Ostprodukte im Westregal – Geschäfte mit der DDR. Doku.
MITTWOCH, 29. Mai, 20.15 Uhr 3sat: Der selige Kaiser. Kaiser Karl I. von Österreich war der letzte Monarch auf dem Habsburger Thron. Doku.
MITTWOCH, 29. Mai, 22 Uhr, BR: Königs Ludwig II. von Bayern.
MITTWOCH, 29. Mai, 22 Uhr, SWR: Wagnerwahn. Filmessay.
MITTWOCH, 29. Mai, 23.30 Uhr, SWR: Richard Wagner: Das Rheingold. Oper.
DONNERSTAG, 30. Mai, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Wie werde ich ein guter Deutscher? Die Antwort darauf sucht ein Türke in Weimar. Von Gerd Brendel.
DONNERSTAG, 30. Mai, 23.05 Uhr, MDR: Minna Wagner – die erste Frau von Richard Wagner. Porträt.
DONNERSTAG, 30. Mai, 23.30 Uhr, Arte: Betongold. Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam. Info.
FREITAG, 31. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Der Entertainer und Schauspieler Peter Frankenfeld wurde geboren.
FREITAG, 31. Mai, 20.15 Uhr, N24: Ägypten – Die Wiege der Architektur.
FREITAG, 31. Mai, 23.15 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15



Schlegelberger, Horst, und Ehefrau Elfriede, geb. **Mattern**, aus Königsberg/Ponath, am 22. Mai



Schneider, Walter, und Ehefrau Ilse, geb. **Koyro**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 31. Mai

Programmhinweis

Sendung mit der bekannten Autorin Ulla Lachauer

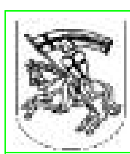
Montag 27. Mai, 10.05 bis 10.30 Uhr, SWR2 Tandem: **„Sonntagsmorgens bebte die Steppe“.** Eine russlanddeutsche Familie erzählt von den sowjetischen Atomwaffentests und ihren Folgen. Von Ulla Lachauer.

Sie sind stille, fleißige Menschen, die Familie Steiger. 1992 kamen sie nach Baden – aus Sarzhal, einem kasachischen Dorf, in dessen Nähe die Sowjetmacht Atombomben testete. Als Kinder erlebten sie, wie die Erde bebte, schauten fasziniert auf den „Pilz“ am Himmel. Niemand ahnte, dass Fische und Gartenfrüchte radioaktiv verseucht waren. Der Autorin ist bei der Familie zu Gast. Zum ersten Mal erzählen die Steigers: von ihren behinderten Kindern, der Angst um die Enkel.

In Berlin trifft die Autorin den Physiker und Atomkraftgegner Sebastian Pflugbeil, er kennt solche Geschichten gut.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



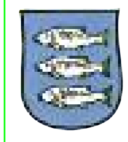
KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Heimattreffen verschoben

Anfang des Jahres hatte die Kreisgemeinschaft ein Treffen zum 21./22. September angekündigt. Dieser Termin kann aus mehreren Gründen nicht gehalten werden. Einmal war bei der Festlegung des Termins noch nicht bekannt, dass am 22. September die Bundestagswahl stattfindet. Zum anderen muss der Termin aus personellen und organisatorischen Gründen verschoben werden. Was sich nicht geändert hat, ist die Tatsache, dass wir unbedingt Kandidaten für die nächste Wahl zum Kreisausschuss benötigen. Wer sich für die Arbeit interessiert, möge sich bitte melden. Das Amt ist natürlich mit etwas Arbeit verbunden, gewährt aber auch Einsichten in die Geschichte und Gegenwart unserer Heimat und findet Mitglieder der Kreisgemeinschaft vor, die sich schon lange für das Bewahren der Kultur unserer Heimat einsetzen und auch die Zusammenarbeit mit den jetzigen Bewohnern unserer Dörfer – soweit möglich – fördern. Unser Museum und die Geschäftsstelle Minden helfen dabei. Sobald ein neuer Termin für ein Kreistreffen feststeht, wird dieser in der *PAZ/Ostpreußenblatt* und auch im Samlandbrief bekanntgegeben.



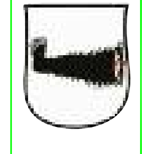


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Neuer Standort

Sonnabend, 25. Mai, 10 bis 16 Uhr, Sudetenlandstraße 18 h, Neumünster: Das Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen öffnet in der Patenstadt erstmals am neuen Standort. Unsere Nachbarn und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich in der neu gestalteten Ausstellung umzuschauen und mit den Betreuern von Archiv und Museum ins Gespräch zu kommen.



SENSBURG

Kreisvertreterin (komm.): Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

Sensburger gratulieren Horst Buchholz

Manfred Buchholz feierte am 16. Mai seinen 80. Geburtstag. Sein Heimatort war Heinrichshöfen im Kirchspiel Sorquitten. Bis 1957 war er Pfarrer in Bartenstein, musste jedoch am 7. April 1957 Ostpreußen verlassen, da er es unter anderem duldete, dass die Gläubigen während des Gottesdienstes deutsch sangen und er sich als Amtsperson der deutschen Sprache bediente. Heute lebt er als Pfarrer im Ruhestand mit seiner Frau in Sondershausen/Thüringen. Ab Oktober 2003 wurde Manfred Buchholz für die Kreisgemeinschaft Sensburg tätig als Leiter der Dorfgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf. Seitdem organisiert er das Treffen des Kirchspiels Sorquitten. Ab 2006 übernahm er das Amt des 2. Kirchspielvertreters für das Kirchspiel Sorquitten. Seit 2010 ist er 1. Kirchspielvertreter und Mitglied des Kreisausschusses als Beauftragter für die Sensburger Deutsche Gesellschaft „Bärentatze“. Seine häufigen Reisen nach Sensburg gewährleisten einen engen Kontakt zu unseren heimatverbliebenen Landsleuten. Am 4. Mai wählte der Sensburger Kreistag ihn zum 2. Stellvertreter der Kreisvertreterin. Es ist unserer Kreisgemeinschaft ein echtes Anliegen, Manfred Buchholz anlässlich seines hohen Geburtstages neben einer herzlichen Gratulation Dank und Anerkennung auszusprechen.

Volkstumsnachmittag am „Tag der Vertriebenen“ beim 53. Hessentag in Kassel

Der Nachmittag findet am Sonnabend, 15. Juni, 14 Uhr, in der Auesporthalle, Damaschkestraße 25, statt. Es spricht der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier

Programm: Verleihung des Hessischen Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“. Mitwirkende: Dörnberg-Musikanten, Baunatal, Schlesische Trachtengruppe „Schreiberhau“, Trutzhain, Gesangverein „Concordia 1867“ Momberg, Kulturgruppe „Heimatsang“ des BdV-Gehren/Thüringen, Volkstanzgruppe Elgersburg, Gesang- und Tanzgruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Kassel. Der BdV ist mit einem Informationsstand in der Messehalle 2 vertreten und freut sich über regen Besuch.

30 Jahre Erfahrung

Glasmaler Majcher in Ellingen

Zum diesjährigen 36. Internationalen Museumstag fanden im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen mehrere Veranstaltungen statt, zu denen viele Gäste, darunter auch aus Polen, angereist waren.


Waldemar Majcher Bild: mef

Zahlreiche Werke hatte der Glasmaler Waldemar Majcher aus Allenstein mitgebracht. Der 1956 in Allenstein geborene Künstler erklärte die prinzipielle Technik der Glasmalerei, bei der das am Ende entstehende Bild zuerst im Kopf fertig sein müsse.

Beginnend mit den Kleinigkeiten muss seitenverkehrt gedacht werden, da die Werke auf der Rückseite des Glases entstehen. Die in den nächsten Wochen noch im Kulturzentrum zu betrachtenden Bilder, die auch erworben werden können, haben als Motive Szenen aus dem Dorfleben, Engel, Heilige, Straßenszenen sowie sakrale Themen, ferner sind bereits erste Comics auf Glas entstanden.

Der Künstler malt seit rund 30 Jahren auf Glas, hat über 80 Ausstellungen bestritten und wurde vom polnischen Kultusministerium sowie von der Stadt Allenstein mit dem Kulturpreis ausgezeichnet.

Ideen holt sich Waldemar Majcher von noch vorhandenen handbemalten Kachelöfen, die früher in Ostpreußen in den Städten Neidenburg, Passenheim, Ortelsburg und Allenstein hergestellt wurden.

Die Glasmalerei wird in Polen nur in der Region Kleinpolen um Krakau und in Ostpreußen betrieben. *Manfred E. Fritsche*

Geheimes Einverständnis

Ein sechsjähriger Knirps breitete vor Herrn Bergmann seine Sparbüchse aus und vertraute sich dem Kaufmann an

Zuerst sieht Herr Bergmann nur die Kinderhand, die nach der Klinke der Ladentür greift und sie langsam herunterzieht. Ein kleiner Junge zwängt sich durch den schmalen Spalt. Er lässt die Tür nicht offen stehen, sondern lehnt sich mit der Schulter dagegen und drückt sie zu. Der Knirps, etwa sechs Jahre alt, bleibt einen Moment stehen und schaut sich im Laden um. Dann geht er zögernd auf Herrn Bergmann zu. Seine Wangen leuchten frisch und rot. Die hellblauen Augen blicken den Inhaber des Kunstgewerbeladens geradewegs an.

Herr Bergmann beugt sich lächelnd über die Verkaufstheke. „Was soll's denn sein, junger Mann?“ Der Kleine hält die linke Hand tief in der Jackentasche vergraben. Er zögert, weil er nicht so recht weiß, wie er beginnen soll. Doch dann fasst er einen Entschluss und sagt im Tonfall aufrichtigen Bedauerns: „Das kleine graue Eselchen ist kaputtgegangen.“ „Welches Eselchen?“ fragt Herr Bergmann interessiert. Der Knirps zieht die Hand aus der Tasche und stellt eine Tonplastik auf den Ladentisch. Es ist die zierlich geformte Figur eines Grautiers, das mit störrischer Geste die Vorderbeine von sich streckt. Aber auf dem vorgereckten Hals fehlt der Kopf. Er ist abgebrochen.

Herr Bergmann sieht den Jungen fragend an. „Ist es dein Eselchen?“ „Nein, es gehört meiner Mutter“, erklärt der Kleine mitteilsam. „Vati hat es ihr geschenkt, weil sie so lange nicht miteinander gesprochen hatten. Vorher war nämlich ein großer Krach zwischen ihnen.“ „Nun ja, das kommt schon mal vor“, meint Herr Bergmann verständnisvoll. „Es soll aber nicht mehr vorkommen, hat Vati gesagt“, widerspricht der Knirps entschieden. „Deshalb hat er ja das Eselchen für meine Mutter gekauft, damit sie es nicht vergisst.“

Herr Bergmann errät, was sich hinter der Andeutung verbirgt. Am Ehehimmel der Eltern des Kleinen war offenbar ein heftiges Gewitter aufgezogen. Dann entschloss sich der Vater, die Meinungsverschiedenheit endgültig beizulegen. Er schenkte seiner Frau den kleinen Esel – gewissermaßen als Symbol für ihre beiderseitige unnachgiebige Dickköpfigkeit. Ein hübscher Einfall, der auf Humor schließen ließ.

Eine Tonfigur als Symbol für Dickköpfigkeit und Halsstarrigkeit

„Und nun hat deine Mutter das Eselchen versehentlich zerbrochen?“ vermutet Herr Bergmann. Der Junge schüttelt den Kopf. „Nein, mir ist es heruntergefallen, ganz plötzlich.“ Er zögert, bevor er mit der ganzen Wahrheit herausrückt. „Ich durfte doch nicht damit spielen, weil, weil es mir nicht gehört.“ Herr Bergmann schmunzelt nachsichtig. „Ich verstehe. Und deshalb brauchst du jetzt ein neues Eselchen, damit niemand merkt, was geschehen ist. Eines, das genauso aussieht wie dieses hier.“ Der Kleine nickt eifrig. „Im Schaufenster steht genau das gleiche. Ich will es kaufen.“

Er zieht eine Sparbüchse aus bunt bemaltem Blech hervor und schiebt sie auf die Ladentheke. Es scheppert hell. Ein Zeichen dafür, dass sich nicht allzu viele Münzen darin angesammelt haben. Vertrauensvoll reicht der Junge Herrn Bergmann einen winzigen Schlüssel. „Was kostet das Eselchen?“ will er wissen. „Nun, wir wollen erst einmal sehen, wieviel Geld in deiner Sparbüchse ist“, weicht Herr Bergmann aus. Er öffnet die Klappe am Boden und schüttet den Inhalt auf die Theke.

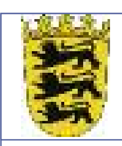
Ein paar Zehn- und einige Fünfzig-Cent-Stücke rollen über die Platte. Dazwischen blinkt einsam ein Zwei-Euro-Stück. Der Junge beobachtet aufmerksam die Handbewegung, mit der Herr Bergmann das Geld einsammelt. „Bleibt da noch etwas übrig?“ fragt er besorgt. „Wenn die Sparbüchse ganz leer ist, dann merken meine Eltern es bestimmt.“ „Du hast Recht“, bestätigt Herr Bergmann mit Verschwörermiene. „Das darf auf keinen Fall geschehen.“

Die Umsicht des kleinen Jungen beeindruckt ihn. Doch dann kommen ihm plötzlich Bedenken. „Weiß deine Mutter eigentlich, dass du von zu Hause fortgegangen bist?“ „Ich bin nicht allein gegangen“, sagt der Knirps. „Sie hat mich zum Friseur mitgenommen. Gleich hier nebenan. Mutti geht nämlich gern zum Friseur. Aber ich mag Haareschneiden überhaupt nicht. Man muss dabei immer so lange stillsitzen.“ Diesem Argument kann Herr Bergmann sich nicht verschließen.

Ohne dass der Junge etwas davon bemerkt, steckt Herr Bergmann die Münzen wieder in die Spardose zurück, nimmt das Grautier aus gefärbtem Ton aus dem Schaufenster und verpackt es sorgfältig in eine Pappschachtel. „Du musst aber Acht geben, dass das Eselchen nicht noch einmal zerbricht. Ich habe nämlich nur noch dieses eine.“

Der Junge nickt ernsthaft und lässt Sparbüchse und Pappschachtel in seinen Jackentaschen verschwinden. Herr Bergmann begleitet ihn hinaus und sieht ihm nach, als er eilig zum benachbarten Friseurladen hinüber stiefelt. Vor der Tür dreht der Knirps sich noch einmal um. Herr Bergmann winkt ihm zu und legt den Finger an die Lippen. Der Kleine lächelt verschmitzt. Er hebt ebenfalls die Hand zum Mund und erwidert die bedeutungsvolle Geste: Geheimes Einverständnis unter Männern, die sich ohne viele Worte verstehen. *Albert Loesnau*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 27. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, Orangerie: Edith Richter aus Gunzenhausen erzählt von ihrer Reise in die Heimat Pommern im letzten Sommer.

Ingolstadt – Sonntag, 26. Mai, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 4. Juni, 14 Uhr, Minigolf-Platz, Mitterwöhr: Treffen der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 28. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1, Endstation der U-Bahn (50 Meter gegenüber): Die Gruppe feiert den Muttertag. Gäste sind willkommen

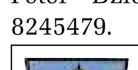


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

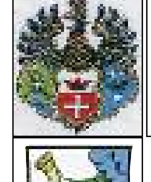


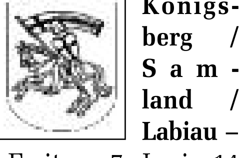


Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

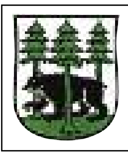


Wehlau – Sonntag, 2. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.





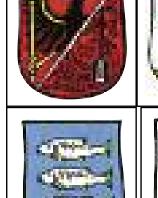
Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 12, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Rastenburg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Juni, 13.30 Uhr, Café Tam, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Geschichten aus dem Hausbuch ostpreußischen Humors. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Bartenstein – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

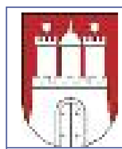


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Freitag, 7. Juni, 12.30 Uhr, Hotel Robben, Grollander Krug, Emslandstraße 30: **Spargelessen der Frauengruppe**, zu dem alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft herzlich eingeladen sind. Das Haus ist mit den Linien 1 oder 8 der BSAG bestens erreichbar (Haltestelle „Norderländer Straße"). Für 18,90 Euro pro Person gibt es 500 Gramm Spargel, Salzkartoffeln, Sauce Hollandaise oder Butter sowie wahlweise Schnitzel, roher Schinken oder Schweinemedaillons. Vorsuppe und Dessert können gesondert bestellt werden. Anmeldungen bitte bis spätestens 3. Juni bei Frau Richter, Telefon 405515 oder in der Geschäftsstelle. – **Jeder Mensch hat das Recht auf eine Herkunft** – Die Veranstaltung zu dieser Feststellung sollte am 3. April mit Sebastian Ellinghaus von der Bremer Landeszentrale für politische Bildung stattfinden. Sie fand auch statt, allerdings nicht mit Herrn Ellinghaus, sondern mit dem früheren Stadtdirektor von Rotenburg an der Wümme, Ernst-Ulrich Pfeifer. Er war eingesprungen, als Herr Ellinghaus am Tag vor der Veranstaltung krankheitsbedingt absagen musste. Die Gruppe ist Herrn Pfeifer für seinen engagierten Vortrag, den er am Vortag bis in den späten Abend hinein ausgearbeitet und rhetorisch großartig vorgetragen hatte, überaus dankbar. – Nach seiner Genesung hat Herr Ellinghaus nun folgenden Termin für seinen Vortrag vereinbart: Montag 27. Mai im Rahmen einer Kaffeetafel ab 15 Uhr im Hotel „Zur Post". Der gute Besuch am 3. April zeigte das große Interesse an diesem Thema. Es wird eine Bereicherung sein, die Sichtweise von Herrn Ellinghaus derjenigen von Herrn Pfeifer gegenüberstellen zu können.

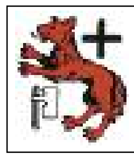
Bremerhaven (Elbing) – Freitag, 31. Mai, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Die Gruppe trifft sich zum Kulturnachmittag.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

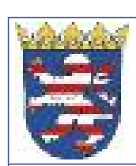
KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 15. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlich eingeladen. Mit Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag will die Gruppe in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander verbringen. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Film-Vortrag beträgt fünf Euro. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 14. Juni erbeten.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Kassel – Donnerstag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturm 3: Dia-Vortrag und Filmvorführung von Pfarrer Alfred Scherlies „Reiseeindrücke in Ostpreußen früher und heute".

Wiesbaden – Dienstag, 11. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Sommerfreuden in der Heimat. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen.



NIEDERSACHSEN

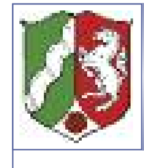
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 30. Mai: „Halbtagesfahrt Kaffee, Kuchen und Likör". Die Gruppe besucht das informative Heimatmuseum Goldap in Stade, genießt im Museum Kaffee und Kuchen, fährt durch den blühenden Obstgarten Altes Land an die Elbe zu einem kurzen Verdauungsspaziergang auf dem Elbdeich und besucht zum Abschluss die „Edelbrennerei Nordik" in Jork. Die Teilnehmer tauchen ein in die Welt des flüssigen Obstes, der Kräuter und Aromen und werden mindestens fünf verschiedene Produkte probieren. Kosten pro Teilnehmer 20 Euro. 13.30 Uhr Busabfahrt Buxtehude ZOB, 13.40 Uhr Buxtehude, Denkmal Stader Straße, Rückkehr gegen 19 Uhr. Weitere Haltestellen können bei der Anmeldung erfragt werden. Anmeldung erforderlich bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 4. Juni, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Rebuschat berichtet über seine Reise ins Königsberger Gebiet im Mai, der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 3. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 6. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt.

Bonn – Ostpreußenreise der Kreisgruppe vom 13. bis 23. Juni mit Übernachtungen in Posen (Hinfahrt), Allenstein, Sensburg, Frauenburg, Danzig, Stettin (Rückfahrt). Teilnahme am deutschen Sommerfest in Osterode. Ein Tagesbesuch per Taxi nach Königsberg ist möglich, dafür ist ein Visum notwendig. Gesamtkosten für Bus und Halbpension pro Person im Doppelzimmer 858 Euro, Zuschlag für Einzelzimmer 190 Euro. Anmeldung bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin.

Düsseldorf – Sonnabend, 25. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt Pegeluhr Altstadt: Wandertreff. Bootsfahrt nach Kaiserswerth und Spaziergang zur „Alten Rheinfähre". – Dienstag, 28. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lichtbildervortrag von Peter von Kapri: „Rumänien, das unbekannte Land von Trajan bis Dracula und Ceausescu". – Sonnabend, 1. Juni, 10 bis 18 Uhr: Kursus Weißstickerei. – Mittwoch, 5. Juni, GHH / Konferenzraum: „50 Jahre GHH – Persönlich gesehen", Teil 1. Oskar Böse und Rüdiger Goldmann im Gespräch mit Dr. Sobotta. – Freitag, 6. Juni, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Dr. Hajo

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Buch und Dr. Winfrid Halder „Ein Buch tatsächlich wie eine Waffe – Vor 40 Jahren erschien Solschenizyns ‚Archipel Gulag‘.“ – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Info-Stand, Hauptbahnhof: Wandertreff. Gemeinsame Fahrt zum Stadtmuseum, Berger Allee 2, „725. Geburtstag Düsseldorfs“. – Dienstag, 11. Juni, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: „50 Jahre GHH – Persönlich gesehen“, Teil 2. Dr. Walter Engel im Gespräch mit Dr. Lothar Schröder. – Mittwoch, 12. Mai, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 13. Juni, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt ins schöne Ahrtal und nach Bad Münstereifel (Adorf-Bus). – Donnerstag, 13. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung und Gespräch mit Verena Nolte: „Ich wusste, jetzt muss ich darüber schreiben“. Horst Bieneks veröffentlichte Erinnerungen. – Donnerstag, 13. Juni, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Gütersloh – Donnerstag, 13. Juni, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Neuss – Sonnabend, 25. Mai, 12 Uhr, Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten. – Donnerstag, 6. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Gezeigt wird der Film „Schatzkästchen Ostpreußen. Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945“.

Wuppertal – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Stennert 8, Alte Färberei, Oberbarmen: Ostpreußisches Maifest. Es wirken mit: der Chor „Harmonie“ unter der Leitung von Nelly Illinich, die sechsjährige Dajana singt Kinderlieder, die Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocks, das Mundharmonika-Duo Ursula Busch und Waltraut Bombe. Lustige Sketche gehören auch zum Programm. Zum Tanz spielt Christoph Marr in bewährter Weise auf. Kaffee und selbstgebackener Kuchen sind im Unkostenbeitrag enthalten. Gäste sind herzlich willkommen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

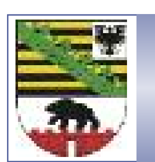
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 12. Juni, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Die Wandergruppe trifft sich.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe. Filmvorführung „Nördliches Ostpreußen“.

Gardelegen – Freitag, 31. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Halle – Sonntag, 7. Juni, 14 Uhr, Reilstraße 54, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 31. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Dienstag, 4. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 7. Juni, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Sonntag, 9. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Bekanntes und Unbekanntes.



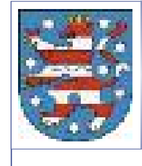
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Sonntag, 16. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Vertreterversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, 2. Totenehrung durch Jochen Gawehns, 3. Grußworte, 4. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, 5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 24. Juni 2012, 6. Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner, zugleich in der Funktion des Kulturreferenten, 7. Vortrag: Rezension des Buches „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ von Jan Josep Lipski, 8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 – Schatzmeisterin Margarete Beyer, 9. Entgegennahme des Kassenprüfungsberichtes / Regina Gronau, 10. Aussprache zu den Berichten, 11. Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin, 12. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013, 13. Musikalische Darbietungen durch „Cantabile Tilsit“, 14. Mittagspause, 15. Berichte einzelner Landsmannschaftsgruppen über ihre Arbeit und Aktivitäten, 16. Kaffeepause, 17. Anträge und Verschiedenes, 18. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Bad Oldesloe – Zu Beginn der Mai-Runde der Gruppe stellte Georg Baltrusch einige Ziele für den Sommerausflug vor, den er mit einem Bus-Unternehmen vorbereiten will. Gisela Brauer sprach über das St.-Jürgen-Hospital und über die Versorgung hilfebedürftiger Menschen in den vorigen Jahrhunderten, als es noch keine Sozialversicherung gab, sodass man nicht einfach Rente, Krankengeld oder Arbeitslosengeld beantragen konnte. Die sogenannte „Armenpflege“ oblag den Kommunen, wenn die Familie nicht dazu in der Lage war, in Not geratene Angehörte zu unterstützen. Das St.-Jürgen-Hospital ist als Stiftung seit 1289 nachgewiesen, und die Einrichtung befand sich an verschiedenen Standorten, bis 1877 das Gebäude am Kirchberg errichtet wurde, wie wir es heute kennen. Es ist heute eine zeitgemäße Pflegeeinrichtung in der Innenstadt. Darüber konnte das Ehepaar Baltrusch berichten und auch Fragen der Teilnehmer beantworten. Georg Baltrusch trug lyrische Gedanken vor, und nach einem humorvollen Schulaufsatz über „Die Kuh“ entwickelt sich eine lebhafte Aussprache über die eigenen Schulerlebnisse. Geburtstagskinder des Monats waren Boris Makarowski und Georg Baltrusch.

Flensburg – Mittwoch, 19. Juni, 8 Uhr, ab ZOB, 8.15 Uhr ab Exe Markthalle: Tagestour mit dem Busunternehmen Hansen-Borg, Handewitt, nach Lüneburg. Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Verbindliche Platzreservierung nur nach den täglichen Anmeldungseingängen bis zum 11. Juni. Es wird nur ein 18er Bus eingesetzt. Kosten pro Person: Busfahrt 33 Euro, Eintritt ins Museum 3 Euro, Mittagessen 12 Euro. Kaffee, Kuchen, Tee oder Käsebrot ist noch offen, muss bestellt werden.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. Mai, 10 bis 16 Uhr, Brauhaushotel, Arnstadt: Tag der Landsmannschaften. Herzlich eingeladen sind alle ost- und westpreußischen Landsmannschaften. Von 10 bis 12 Uhr hat jede Landsmannschaft die Möglichkeit, ihre landsmannschaftlichen Angelegenheiten zu besprechen und zu regeln, zum Beispiel Neuwahl des Vorstands oder ein ostpreußisches Programm durchzuführen. Von 14 bis 16 Uhr findet ein gemeinsames Kulturprogramm statt.

Eisenach – Dienstag, 11. Juni, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Jena – Donnerstag, 6. Juni: Tagesfahrt mit Reisebus nach Meißen und Niederlommatzsch zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Führung in der Schauwerkstatt der Porzellan-Manufaktur und Besuch der Porzellansammlung in Meißen und anschließender Schiffsfahrt auf der Elbe. Abfahrt 7 Uhr Jena-Busbahnhof.

Schmalkalden – Donnerstag, 6. Juni, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

Mülhausen – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 10 fort:

beharken = bedrängen, bedrohen
behucken = jemanden in Beschlag nehmen, nicht lokker lassen
behumpsen = betrügen
Beißerchen, platt: Bieterkes = Läuse
bekakeln = besprechen
bekaufen = falsch oder teuer einkaufen
Bekiek mit Schmadder = Baiser mit Schlagsahne
bekleckern, sich = sich beim Essen schmutzig machen
bekletern, sich = stark beschmutzen
beklemmen = einen Gegenstand am Körper verstecken
bekloppt sein = geistig nicht rege, nicht auf der Höhe sein
bekochen = für jemanden kochen
bekochen, benähen, bealles = versorgen
bekoddern = sich anziehen
bekraßeln = etwas beladen
bekunkeln = heimlich besprechen, verabreden
belämmert = unangenehm, blamiert
belämmern = sich beschmutzen, belästigen
belapsen = jemanden bei etwas Verbotenem erwischen/überraschen
belernen, sich = dazulernen, seine Meinung ändern
bemogeln = betrügen
benähen = für jemanden nähen
Benimm = sich benehmen
benuscheln, sich = etwas zu viel Alkohol trinken
benuscheln = etwas beschmutzen
beplempern = bespritzen, beschmutzen
bepuhlen = etwas runternehmen, wegnehmen (Kuchen, Brot)
bepummeln = sehr dick anziehen
berappen = bezahlen
berappeln = sich erholen (zum Beispiel Krankheit)
bereißen = Dummheit machen
beriechen, sich = vorsichtiges Kennenlernen
beribbeln = ungern, widerwillig bezahlen
berubbelt = leicht beschädigt, verletzt (körperlich)
berupsen = schädigen
berupst = beschädigt
besacken = beschimpfen, bedrohen
besacken, sich = sich schnell und gut versorgen mit
besauen = stark verschmutzen
beschabbern = überreden
beschettern = sich um jemanden umfassend kümmern
bescheuert = etwas dumm, unvernünftig
beschicken = erledigen, abarbeiten
beschlabbern, sich = sich bekleckern, beschmutzen
beschlaucht = betrunken
beschmettern, sich = sich betrinken
beschmurksen = beschmieren
beschnurgeln, sich = sich betrinken
beschnorgeln = jemanden mit der Nase begrüßen
beschonen, jemanden = bevorzugen, unnötig schonen
beschwaddern, sich = beschmutzen, kleckern mit Flüssigkeit

Martin-Opitz-Bibliothek geht mit der Zeit

Literatur zur Geschichte und Gegenwart in Herne – Spezialisierung auf ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Raum

Die Martin-Opitz-Bibliothek (MOB) in Herne deckt mit ihrem vielfältigen Literaturangebot den Raum Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas ab und trägt somit zur Förderung des Dialoges zwischen Ost und West bei. Auch wenn die Beschäftigung mit Büchern, Periodika und Landkarten sowie die Herausgabe von Publikationen und Verzeichnissen die Kernaufgaben bilden, finden regelmäßig auch Vorträge, Lesungen und Ausstellungen im Hause statt.

So etwa ist bis Ende Mai des Jahres die Wanderausstellung von Haus Schlesien „Klosterdämmerung – Die Zisterzienserklöster Nieder- und Oberschlesiens“ zu sehen. Ein Vortrag von Nicola Remig, der Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde Königswinter, ergänzte die Präsentation mit interessanten Hintergrundinformationen.

Namenspatron der Büchersammlung stammte aus Bunzlau

Die vom Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Herne mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufene Einrichtung ist mit rund 300 000 Titeln, 10 000 Periodika und 5000 Landkarten (davon alleine 760 Stadtplänen) die größte einschlägige Spezialbibliothek in Deutschland. Bei der Gründung der Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek im Jahre 1989 wurden die Bestände der Bücherei des deutschen Ostens übernommen. Heute wird die Bibliothek von der Stadt Herne und zu rund 70 Prozent vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) unterstützt die Institution mit einem jährlichen Zuschuss. Unter dem Motto „Bücher bauen Brücken“ stellt die Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek mit ihrem breiten Literaturangebot umfangreiche Informationen zur Geschichte und Gegenwart der Regionen bereit.

Die Martin-Opitz-Bibliothek sammelt unter der Leitung von Dr. Hans-Jakob Tebarth die schriftliche Überlieferung zur Geschichte und Kultur der Deutschen im gesamten ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Raum. Ein Schwerpunkt der Sammlungen liegt auf den Regionen im heutigen Westen Polens, dem historischen Ostdeutschland. Dokumentiert werden auch die historischen preußischen Ostprovinzen, darunter Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen sowie Ostbrandenburg. Die Bibliothek besitzt außerdem umfangreiche Bestände zu allen Gebieten in Süd- und Nordosteuropa, in denen Deutsche neben anderen Nationalitäten lebten, wie etwa Böhmen, Mähren, Siebenbürgen, Banat und Baltikum sowie Russland.

Thematisch widmet sich die Bibliothek der Geschichte, insbesondere der historischen Landeskunde sowie der Orts- und Familiengeschichte. Hinzu kommt der Bereich der Kirchen- und Religionsgeschichte, wobei ein Großteil zu Judaica gehört. Einen weiteren Sammelschwerpunkt bildet die Migrations- und Minderheitenforschung. Hier geht es um Themen wie Flucht, Vertreibung und Integration der deutschen Vertriebenen sowie die Integration von Zuwanderern. Die Schöne Literatur deutschsprachiger Autoren aus den genannten Regionen einschließlich der einschlägigen germanistischen Forschung rundet das Sammelareal der MOB ab. Darüber hinaus erwirbt die Einrichtung auch Literatur aus anderen Wissensgebieten wie europäische Ethnologie, Kunst, Geografie und Genealogie. In der Bibliothek befinden sich neben dem Vereinsarchiv der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Familienforscher auch die neueren Zugänge des Vereins an genealogischen Büchern. Wertvolle Sonderbestände gelangen durch die Übernahme von Vor- und Nachlässen sowie ganzer Sammlungen wie zum Beispiel jene der Bibliothek des Historischen Vereins für Ermland, des Galiziendeutschen Archivs oder des Archivs der Deutschen aus Mittelpolen und Wolhynien in die Martin-Opitz-Bibliothek.

Dass die Bibliothek umfangreiche Literatur zum Leben und Werk des schlesischen Historiographen und Barockdichters Martin Opitz besitzt, ist wohl selbstverständlich. Der Namenspatron der Bibliothek wurde im Jahre 1597 im damaligen Bunzlau geboren. Er lebte und wirkte unter anderem in Siebenbürgen, Thorn und Danzig, wo er 1639 als Historiograph im Dienste des polnischen Königs starb.



Sammlung sehr seltener Bestände: Exemplare aus der Opitz-Bibliothek — Bild: D.G.

Die Spezialbibliothek erweitert regelmäßig ihre Bestände – so auch jene der Schriften mit Ostpreußen-Bezug. Zu den Neuerwerbungen, die allein im Laufe des Jahres 2013 angeschafft wurden, gehören unter anderem Bücher wie Otto Höchsts „Raum ist in der kleinsten Hütte“, Hugo von Klinggraeffs „Die Leber- und Laubmoose West- und Ostpreussens“ (Nachdruck der Ausgabe Danzig 1893), Sonya Winterbergs „Wir sind die Wolfskinder – Verlassen in Ostpreußen“ oder Hans-Dieter Rutschs „Die letzten Deutschen – Schicksale aus Schlesien und Ostpreußen“. Hinzu kommen Titel wie „Wald-, Jagd- und Kriegserinnerungen ostpreußischer Forstleute: 1925–1945“, herausgegeben von Andreas Gautschi und Wolfgang Rothe, Uwe H. Alex's „Zur Vogelwelt Ostpreußens damals und heute“, Christian von Krockows „Begegnung mit Ostpreußen“ oder Felix Arndts „Worte und Redensarten, die es nur im nördlichen Ostpreußen gab“.

Das Haus übernimmt für das regionale Sammelgebiet die Funktion einer Zentralbibliothek und versteht sich als Service-Einrichtung. Angeboten wird ein zeitgemäßer Digitalisierungsdienst. Wie der stellvertretende Direktor Arkadiusz Danszczyk mitteilte, ist die Bibliothek seit Ende letzten Jahres Mitglied des „E-Books on Demand“-Netzwerkes. Die Grundidee liegt darin, den Nutzern zu ermöglichen, Monographien und mehrbändige Werke aus dem Altbestand der MOB (bis zum Erscheinungsjahr 1900) auf Wunsch digitalisieren zu lassen. Im Rahmen des Dokumentenlieferdienstes können Interessenten den ausgewählten Titel als E-Book inklusive Volltexterkennung von Frakturschriften online bestellen. Der kostenpflichtige Service wird im Rahmen des Netzwerkes angeboten, an dem derzeit 30 europäische Bibliotheken teilnehmen. Die MOB unterstützt zudem das Online-Portal des Vereins Digitales Forum Mittel- und Osteuropa durch die Lieferung von Digitalisierungen seltener Periodika.

Im Rahmen der Bestandserhaltung wird im Hause der Fundus an elektronischen Versionen von Druckwerken permanent erweitert. Diese können auf CD in Kopie erworben werden, sofern das Copyright es zulässt. Darunter befinden sich ausgesprochene Raritäten, wie Kaspar Hennebergers „Erclerung der preussischen grössern Landtaffel oder Wappen“ oder Christoph Hartknochs „Altes und neues Preussen oder Preussischer Historien zwey Theile“. *D. Göllner*

---

die Vorkämpfer einer Idee · mit Gewalt erreichen · drücken · enthaltsam, entsagend · Mittel zum Waschen · spanische Hafenstadt · kleines stehendes Gewässer · Geheimgericht · franz. Stadt an der Loire · Raumfahrer · englischer Hochadliger · Gedichtzeile · himmelblaue Farbe · hintere Seite des Rumpfes · völlig negative Kritik · griechische Hauptstadt · enges, kurzes Jäckchen · Schöpflöffel · frühere engl. Anrede: junger Herr · tierisches Milchorgan · von edler Abstammung · Fluss zur Seine · Kletterhilfe (Schuhe) · Rücklage · gepflegte Grünfläche · Luftklappe bei Kfz-Motoren · Gabe, Spende · altnordischer Donnergott · überfällig; abends · Erwiderung · nur wenig · Stadt u. See in Pennsylvania · Leid, Not · russ.-sibir. Waldgebiet · kräftig; mächtig · Südfrucht · Opernsologesang · Teigwaren (ital.) · scherzhaft: Schule · Mailänder Opernhaus · kleiner Karpfenfisch, Pfrille · österr. Dichter (Rainer Maria) · überhandnehmen · also, folglich (lat.) · Wendekurve · tiefe Bescheidenheit · Heidekraut; Frauenname · Abendmahlsbrot · boshaft necken · aufhören · Südasiat · Kugelstoßspiel · deutlich · bayr. Schriftsteller (Ludwig) · glänzend; spiegelglatt · jäh, zusammenhanglos · Würde, Ansehen · Nadelbaum · Gastwirt mit feiner Küche · Gebärden- und Mienenspiel · Schreitvogel, Sichler · Untugend · Possenspiel; Vortäuschung · Klostervorsteher · glätten, planieren · nordischer Hirsch · Absperrung, Hindernis · Inselstaat im Mittelmeer · Nährmutter · nicht stehen, nicht sitzen · bayrisch: Rettich · männliches Borstentier · oberhalb von etwas · rügender Beurteiler · Sportruderboot · Bund, Zusammenschluss · Lichtverstärker · sächsische Stadt an der Elbe · Diener in vornehmen engl. Häusern · Abwasserleitung; Deichschleuse · Stützverband, Schlinge aus Tuch · ein Europäer · zu keiner Zeit · altrömische Monatstage · Gewürz-, Heilpflanze · ein Gewebe · Hühnerprodukt · erlernen (sich …) · Pferdesport · dänische Stadt auf Fünen · Gesichtsausdruck · wirtschaftlicher Zusammenbruch · wirklich

PAZ13_21

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Schieber, 2. Schimmel, 3. Papier, 4. Koffer, 5. Schaukel, 6. Schnitt, 7. Finger – Impfung

Magisch: 1. Dampfer, 2. Optiker, 3. Referat

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

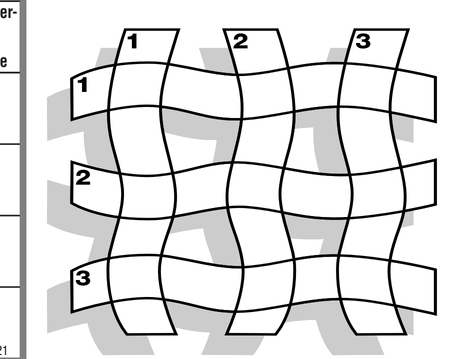
AEFKR · AABB · AIKOP · AIKPS · AENS · EKOR · ABNN · BNOS · ACFKR · AAAKLP · ABEEINPSS · ADIK · EKNR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Begriff aus der Medizin.

1	RECHEN		MUETZE
2	GRAU		REITER
3	SILBER		GELD
4	SCHRANK		TRAEGER
5	LUFT		PFERD
6	QUER		BLUME
7	RING		HUT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Schiffstyp mit Kessel
2 Brillenfachmann
3 Vortrag; Abhandlung

Geburtsstätte edler Pferde

Bis 1944 war in Trakehnen die erfolgreichste Reitpferdzucht Ostpreußens angesiedelt

Bis zum Schicksalsjahr 1944 war Deutschlands älteste, größte und erfolgreichste Reitpferdezucht in Ostpreußen angesiedelt. Als Krone der ostpreußischen Pferdezucht von Militär- und Reitpferden galt die Rasse der Trakehner. Sie besteht aufgrund der Nachzucht in der Bundesrepublik und weltweit bis heute fort. Ihr Renommee ist nach wie vor hervorragend.



Hauptgestüt Trakehnen, 1938: Auftrieb auf die Weide Bild: Archiv

Das 1782 eingeführte Brandzeichen des Hauptgestüts Trakehnen war eine breite, rechte siebenzakkige Elchschaufel auf dem rechten Hinterschenkel des Pferdes. Vom Geburtsort eines Pferdes hing die korrekte Bezeichnung der Rasse ab. Nur Pferde, die im Hauptgestüt Trakehnen geboren wurden, erhielten die Bezeichnung Trakehner. Pferde dieser Rasse, die außerhalb des Hauptgestüts geboren wurden, bezeichnete man als „Ostpreußisches Warmblut Trakehner Abstammung“, umgangssprachlich „Ostpreuße“. Das Brandzeichen dieser Pferde war die doppelte Elchschaufel auf der linken Hinterhand.

Die Zucht der Trakehnerpferde lässt sich lückenlos auf die Gründung des Hauptgestüts Trakehnen im Jahr 1732 zurückführen. Nördlich der Rominter Heide bei dem Dorf Trakehnen lag das Preußische Hauptgestüt Trakehnen inmitten eines Niederungsgebietes. Als eines von fünf Preußischen Hauptgestüten war Trakehnen zugleich das bedeutendste Gestüt des Deutschen Reiches. Staatlich geführte Gestüte, auf denen Landbeschäler gezüchtet und Hengste, Stuten und Fohlen gehalten wurden, bezeichnete man als Hauptgestüte. Die Pferde der edlen Warmblutrasse Trakehner werden heute nur als Reitpferde eingesetzt und sind insbesondere im Vielseitigkeitssport erfolgreich. Die Rasse wird reinblütig gezüchtet, was bedingt, dass außer Trakehnern nur bestimmte arabische Vollblüter eingekreuzt werden dürfen. Treue, Härte, ein guter Charakter und ständige Leistungsbereitschaft waren allgemein die Ziele der an praktischer Nutzung orientierten Zucht des ostpreußischen Warmblutpferdes. Bei Kriegsende waren 26 000 Zuchtstuten und 852 Hengste bei der Züchtervereinigung „Ostpreußische Stutbuchgesellschaft für Warmblut Trakehner Abstammung e.V.“ mit Sitz in Königsberg registriert. Für die qualitätvolle Nachzucht waren die Hengste auf den Landgestüten Georgenburg, Rastenburg, Braunsberg und Marienwerder als Beschäler zugelassen.

Die Gründung des „Königlichen Stutamts Trakehnen“ geht auf eine Anordnung König Friedrich Wilhelms I. vom 11. Juli 1731 zurück, wonach alle Zuchtbestände seiner Gestüte und Marställe in einem einzigen Gestüt zu vereinigen waren. Damit bezweckte der „Soldatenkönig“ die eigene Züchtung von Kavalleriepferden. Die Wahl fiel auf ein verwildertes Gelände in der Niederung der Flüsse Pissa und Rodupp bei dem Domänenvorwerk Trakehnen. Das Gelände wurde mit Hilfe von 600 Infanteristen aus Memel entwässert, um es in fruchtbare Äcker, Wiesen und Weiden zu verwandeln. In der durch die Pest entvölkerten Gegend ließ der König zahlreiche Bauernhöfe neu besetzten.

1732 wurde das Gestüt mit 1101 Pferden belegt, davon 513 Mutterstuten. Anfangs umfasste das „Königliche Stutamt Trakehnen“ acht Vorwerke (Gutshöfe) bei einer Gesamtgröße von 5000 Hektar. 1739 schenkte der König das Gestüt während einer Inspektionsreise durch Ostpreußen seinem Sohn, dem Kronprinzen Friedrich, der ein Jahr später den preußischen Königsthron bestieg. Rasch entwickelte sich Trakehnen zur wichtigsten Zuchtstätte für Hengste in Preußen und erwarb sich den Ruf, elegante und ausdauernde Kutschpferde zu züchten. Nach dem Tod König Friedrichs II. am 17. August 1786 ging das Gestüt Trakehnen in den Staatsbesitz Preußens über und erhielt den Namen „Königlich Preußisches Hauptgestüt Trakehnen“. Bald danach begann die Veredelung der uralten Pferderasse der Trakehner durch die Einkreuzung von Vollblutarabern. Die Oberaufsicht über das Gestüt hatte der jeweilige Leiter des Königlichen Obermarstallamtes in Berlin, die vor Ort war dem Landstallmeister übertragen. Im 1790 erbauten Trakehner Schloss residierten bis 1944 insgesamt zwölf Landstallmeister.

> »Trakehner« – Medaillen-Garanten bei Olympiaden

Um 1940 waren rund 1000 Menschen auf dem Gestüt Trakehnen beschäftigt. Die Arbeit mit den Pferden war vielfältig. Im Jagdfeld hinter der Meute wurden die jungen Hengste und Stuten geprüft und herausgefordert. Im Alter von zweieinhalb Jahren wurden die jungen Stuten aus der Herde genommen und auf einem Hof zusammengezogen. Bei der Auslese der zukünftigen Mutterstuten unterzog man jedes Tier einer Prüfung: am Pflug, dann im Zug zu zweit vor dem Ackerwagen und schließlich als Reitpferd im Galopp. Auf dem Trakehnergelände fand das Sprungtraining der Pferde statt. Beim schwersten Hindernisrennen Europas in der ostböhmischen Stadt Pardubice, das 30 schwierige Sprünge auf einer Strecke von 6900 Metern umfasste, siegten nach dem Ersten Weltkrieg in 14 Jahren neunmal ostpreußische Pferde. In Trakehnen fanden Pferdeauktionen statt, und es wurden Jagden und Rennen veranstaltet. Seit 1912 nahmen Pferde aus Trakehnen an Olympischen Spielen teil. Ihre Reiter gewannen mit ihnen etliche Medaillen. Bei der Olympiade 1936 in Berlin waren es vier von sechs Goldmedaillen.

Im Oktober 1944 ging die traditionsreiche Trakehnerzucht in Ostpreußen jäh zu Ende. Das Hauptgestüt Trakehnen wurde vor der heranrückenden Roten Armee evakuiert. Der größte Teil der geretteten Pferde gelangte 1945 als Reparationsleistung in die Sowjetunion. Insgesamt überlebten den Zweiten Weltkrieg und die Flucht in den Westen nur etwa 700 Stuten und 60 Hengste dieser Rasse. In Hunnesrück und Neuhaus im Solling sowie in Rantzau und Schmoel in Holstein begann die Nachzucht. 1947 gründeten die Züchter in Hamburg den Trakehnerverein, der heute seinen Sitz in Neumünster hat. 2007 konnten Mitglieder des Trakehnervereins das 275-jährige Gründungsjubiläum des Gestüts in Jasnaja Poljana feiern, dem früheren Trakehnen. Seit 1945 gehört der Ort zur russischen Oblast Kaliningrad.

Dagmar Jestrzemski

20 Jahre AGDM

Ausstellung in Ellingen eröffnet

Einen Abriss über die Arbeit der seit über 20 Jahren bestehenden Allensteiner Gesellschaft der Deutschen Minderheit (AGDM) gab die Wirtschaftswissenschaftlerin Joanna Szymanowska während des 26. Internationalen Museumstages im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Die 1991 gegründete Gesellschaft hat heute ihren Sitz im Haus Kopernikus in Allenstein. Das im Jahre 2000 erworbene und renovierte ehemalige Finanzamt aus dem Jahre 1905 ist der Anlaufpunkt der heute in Ostpreußen lebenden Deutschen. Für den laufenden Unterhalt des Hauses kommen verschiedene Geldgeber wie unter anderen der Freistaat Bayern, die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, die Landsmannschaft Ostpreußen und die Stadtgemeinschaft Allenstein auf. Die Gesellschaft der Minderheit ist laut Szymanowska das Bindeglied zwischen den Deutschen und auch der polnischen Bevölkerung und versucht, das deutsche Brauchtum vor dem Vergessen zu bewahren.



Wirtschaftswissenschaftlerin Joanna Szymanowska Bild: mef

> Die Gesellschaft ist Bindeglied zwischen Deutschen und Polen

Im Haus Kopernikus befinden sich ein großer Konferenzsaal, mehrere Seminarräume sowie eine reichhaltig mit deutschen Büchern bestückte Bibliothek. Die AGDM organisiert Ausstellungen, gibt Kurse in deutscher Sprache, zu denen auch die polnischen Mitbürger gerne gesehen sind und engagiert sich in Zusammenarbeit mit dem Johanniter-Orden im sozialen Bereich. „Wir singen deutsch, wir sprechen deutsch, wir lesen deutsch“, so steht es im Bericht, der zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft erschienen ist. Der Sprachpflege und der Information dienen ferner die monatlich erscheinenden „Allensteiner Nachrichten“, eine eigene Zeitung in deutscher Sprache, deren Chefredakteurin Joanna Szymanowska ist.

Die Gesellschaft greift mit ihrer selbstverwalteten eigenen Jugendgruppe „Ermis“ zusammen mit deutschen Gruppen grenzübergreifende Projekte auch mit den deutschen Minderheiten in Litauen, Tschechien, Rumänien und Ungarn auf und kümmert sich um die aktuelle Geschichte in Allenstein.

Alljährlich führt die AGDM den Tag der Nationalen Minderheiten in Allenstein durch und seit 1992 betreuen die Mitglieder den Ehrenfriedhof in Jakobsberg. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Generalkonsulat in Danzig werden Sprechtage abgehalten und für Urlauber gibt es auch Gästezimmer im Haus Kopernikus.

Die zum 20-jährigen Bestehen der AGDM erstellte Ausstellung ist derzeit im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu sehen.

Manfred E. Fritsche

Ein Schluck ist schon zu viel

Alkohol während der Schwangerschaft kann Leben zerstören – Das Hamburger Ehepaar Rosenke informiert über die Folgen

Manchmal sieht man den Säuglingen schon gleich nach der Geburt an, dass ihre Mutter während der Schwangerschaft zu viel Alkohol getrunken hat, manche Kinder brauchen Jahre, bis sie verstehen, warum sie anders sind. Die Folgen des Fetalen Alkoholsyndroms sind vielfältig, aber in jedem Fall eine Belastung.

Die 39-jährige Jana schwebt auf Wolke Sieben. Endlich erfüllt sich ihr Kinderwunsch, wenn auch nicht in Form einer eigenen Schwangerschaft oder Adoption. Aber das örtliche Jugendamt hat sie gefragt, ob sie den kleinen Matteo als Pflegekind aufnehmen möchte. Da die leibliche Mutter Alkoholikerin ist, sei sie nicht in der Lage, für den Kleinen zu sorgen. „Aber sie müssen sich keine Sorgen machen, weil die Mutter Alkoholikerin ist, Matteo zeigt keine Anzeichen von FASD“, ist einer der vielen Sätze, die das Jugendamt im Rahmen der Pflegeübernahme sagt. Erst viel später denkt sie über den Satz nach. FASD?

„Fetal Alcohol Spectrum Disorder, auf Deutsch Fetales Alkoholsyndrom, bezeichnet man die verschiedenen Störungen, unter denen ein Kind leiden kann, wenn die Mutter während der Schwangerschaft Alkohol getrunken hat“, so Inis und Achim Rosenke von der Regionalgruppe Hamburg und Umgebung, deren Ziel es ist, über die Folgen des Alkoholgenusses während der Schwangerschaft aufzuklären, Betroffene zu beraten und ihnen zu helfen. Die Rosenkes wissen aus eigener Erfahrung, wovon sie sprechen, haben die Pflegeeltern doch bei ihrem Zögling zahlreiche Facetten von FASD erlebt. Auch Inis Rosenke erklärt, dass, nur weil ein Baby nach der Geburt nicht die typischen Auffälligkeiten aufweist wie Minderwuchs, Untergewicht, Kleinköpfigkeit, Gesichtsveränderungen, Augenfehlbildung, fehlendes Lippenrot oder eine wenig ausgeprägte Mundpartie, man FASD nicht gleich ausschließen könne. Andere Schäden wie geistige und motorische Entwicklungsstörungen, Verhaltensstörungen, Orientierungslosigkeit, Gedächtnisschwierigkeiten und ein verminderter Intelligenzquotient würden erst im Laufe der ersten Lebensjahre erkennbar. Und auch dann wird nur selten FASD diagnostiziert. „Häufig heißt es dann, die Kinder leiden unter dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADHS), doch das ist zu kurz gegriffen. 80 Prozent der FASD-Kinder leiden zwar auch unter ADHS, doch das ist nur eine von vielen Komorbiditäten bei FASD“, so Inis Rosenke. Nur wenige Ärzte seien in Deutschland in der Lage, FASD bei älteren Kindern zu diagnostizieren, gibt die engagierte Hamburgerin zu bedenken. Vor allem in Münster, Berlin und München könne man Experten finden. Bei der Suche nach dem geeigneten Mediziner hilft zudem fasd Deutschland.

Doch selbst wenn FASD diagnostiziert ist, gibt es keine Heilung. Trinkt eine Schwangere Alkohol, lagert sich dieser auch in der Plazenta ab, die dem Embryo die Nährstoffe liefert. Da dieser noch keine richtige ausgebildete Leber hat, kann er Alkohol nicht richtig oder gar nicht abbauen. Da Alkohol ein teratogenes Gift ist und so direkt über die Nabelschnur in den Blutkreislauf des Kindes gelangt, kommt es zu besagten Fehlbildungen, die das ganze Leben des Kindes negativ beeinflussen können. Da es keine Heilung gibt, kann man nur lernen, damit zu leben und das Umfeld des betroffenen Kindes demensprechend zu präparieren. Unbekannte Situationen führen zu Verunsicherungen der Betroffenen, weshalb feste Abläufe helfen, das Leben zu erleichtern.



Wird von Prominenten wie der Schauspielerin Sophie Schütt unterstützt: Die Kampagne „Mein Kind will keinen Alkohol“ Bild: Pernod Ricard Deutschland

Aussagen, wie jene, dass ein striktes Alkoholverbot während der Schwangerschaft eine Legende sei, sieht Familie Rosenke äußerst kritisch. So wird in dem Buch „Stimmt's Baby? 100 Mythen übers Kinderkriegen“, das aus der Feder des „Zeit“-Redakteurs Christoph Drösser stammt, und im rororo-Verlag erschienen ist, behauptet, dass wer ein Gläschen Sekt während der Schwangerschaft trinke, kein schlechtes Gewissen haben müsse. Zwar sollten Schwangere nicht mehr als ein oder zwei Gläschen pro Woche trinken, doch die würden Stress abbauen und dieser sei schlecht für das Baby im Bauch, so die Autoren, die sich auf eine englische Studie aus dem Jahr 2010 berufen.

Doch die Theorie des Gläschens in Ehren sieht selbst der Spirituosen-Konzern Pernod Ricard, der die Marken Ramazzotti, Havana Club, Absolut Vodka und Malibu vertreibt, kritisch und hat deswegen bereits 2010 die Kampagne „Mein Kind will keinen Alkohol“ ins Leben gerufen. Hier werben prominente Frauen dafür, während der Schwangerschaft komplett auf Alkohol zu verzichten. Aktuell wirbt die Schauspielerin Sophie Schütt für das Anliegen.

Und auch Inis Rosenke weiß, dass eine Frau keine Alkoholikerin sein muss, um ein Kind mit FASD auf die Welt zu bringen. Die Mutter eines ihrer Pflegekinder war während der Schwangerschaft nur zweimal feucht-fröhlich feiern, aber diese zwei Ausrutscher haben gereicht, um das Kind auf ewig zu schädigen. Interessant ist es hier zu wissen, dass der Großteil jener Kinder, bei denen FASD diagnostiziert ist, Pflegekinder sind, denn nur wenige leibliche Mütter stehen dazu, in der Schwangerschaft getrunken zu haben, und bitten um Hilfe und Unterstützung. Oft wird es erst dann problematisch, wenn das Verhalten der betroffenen Kinder auffällig wird. Aus diesem Grunde melden sich immer öfter (junge) Erwachsene bei Inis und Achim Rosenke und wollen wissen, ob vielleicht FASD der Grund dafür ist, dass sie so anders sind.

Mit ihnen wird dann in einem Gespräch erörtert, was diese als nächstes tun können, um Klarheit zu erlangen, ob bei ihnen FASD vorliegen könnte. Die Rosenkes sind dabei behilflich, alle erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen, den Betroffenen bei weiteren Schritten unter die Arme zu greifen. Das geht von Anträge stellen, zur Begleitung zu Gesprächen bei der Arge, dem Ausbilder oder auch Angehörige, um das Umfeld für diese Diagnose zu sensibilisieren. Mit Bedauern stellen Inis Rosenke und ihr Mann jedoch immer wieder fest, dass nicht jeder ihr Engagement als wichtig empfindet. Weder in Schulen, wo sie bereits zukünftige Schwangere für das Thema sensibilisieren könnten, noch bei Gynäkologen oder Hebammen stießen sie bisher auf offene Ohren. Doch das schreckt die beiden nicht ab. Und trotz aller Rückschläge, die die beiden bisher auch bei ihrem inzwischen erwachsenem Pflegekind erlebt haben, sagen sie: „Es lohnt, sich weiterhin, für Aufklärung einzusetzen. Jetzt erst recht, denn wer nicht kämpft, kann auch nichts bewegen.“ *Rebecca Bellano*

www.fasd-hh.rosenke.de, www.mein-kind-will-keinen-alkohol.de und www.fasd-deutschland.de

»Weil er da ist«

Gipfelsturm vor 60 Jahren: Mount Everest 1953 erstmals bezwungen

Ende April kam es zu der bislang wohl am höchsten gelegenen Schlägerei der Welt. In der Todeszone in 7200 Metern überfielen Sherpas ein Camp am Mount Everest und verletzten den Schweizer Extrembergsteiger Ueli Steck mit Steinwürfen und Faustschlägen so schwer, dass er seinen Aufstieg abbrechen musste und unter Todesangst ins Basislager zurückkehrte. Grund für die Auseinandersetzung war ein Streit, den es zuvor zwischen den Bergsteigern und den Sherpas um die Anbringung von Fixseilen für Bergtouristen gab, die sich in der Klettersaison im April und Mai zu Hunderten in geführten Expeditionen hinauf zum Dach der Welt in 8848 Metern Höhe drängeln.

Hätte es vor 60 Jahren einen solchen Zwist zwischen einheimischen Sherpas, die für den Transport von Expeditionsgegenständen engagiert werden, und ausländischen Bergsteigern gegeben, dann wäre der Mount Everest wohl erst viel später bezwungen worden. So aber führte gerade die Freundschaft zwischen dem nepalesischen Sherpa Tenzing Norgay und dem neuseeländischen Kletterer Edmund Hillary dazu, dass 1953 erstmals Menschen auf dem höchsten Gipfel der Welt standen.

Ist der Nanga Parbat in Kaschmir der „Schicksalsberg“ der Deutschen, so ist es für die Engländer der an der nepalesisch-chinesischen Grenze gelegene Mount Everest. In den 1920er Jahren gab es mehrere Erstbesteigungsversuche durch britische Expeditionen, darunter eine unter George Mallory. Als er gefragt wurde, warum er das lebensgefährliche Unterfangen wagt, bei tagelangen Frosttemperaturen und Sauerstoffarmut auf den höchsten Berg zu steigen, antwortete er: „Weil er da ist.“ Bei seinem Aufstieg 1924 wurde er zuletzt 300 Meter unterhalb des Gipfels gesichtet. Ob er ihn jemals erreichte, bleibt ein Rätsel. Jedenfalls überlebte er den Abstieg nicht. Seine mumifizierte Leiche wurde erst 1999 in 8150 Metern Höhe gefunden. Er war einer der ersten von bis heute etwa 240 Toten am Berg.



Glückliche Gipfelstürmer: Norgay und Hillary Bild: Archiv

Die missglückte Expedition und der Zweite Weltkrieg sorgten dafür, dass der Berg bis Anfang der 50er Jahre seine Ruhe hatte. 1953 stellte der britische Offizier John Hunt eine neue Expedition zusammen, wobei von einem Hochlager aus je zwei Kletterpaare den Gipfel erstürmen sollten. Hunt wollte eigentlich selbst als erster auf den Gipfel, hatte sich aber bei den Vorbereitungen so stark verausgabt, dass er lieber abstieg. Von den beiden verbliebenen Seilschaften gab das eine Paar nur 90 Meter unterhalb des Gipfels erschöpft auf. Die zweite Seilschaft mit Norgay und dem aus Auckland stammenden Bienenzüchter Hillary erreichte unter Zuhilfenahme von Sauerstoffflaschen am 23. Mai gegen 11.30 Uhr den Gipfel.

Hillary dokumentierte die Erstbesteigung mit einem Foto von einem wegen des eisigen Windes vermummten Norgay auf dem Gipfel. Da Norgay nicht mit Hillarys Kamera umgehen konnte, gibt es kein Bild von dem Neuseeländer auf dem Gipfel stehend. Ein steiles Stück kurz vor dem Gipfel, das bergsteigerische Fähigkeiten erfordert, wurde ihm zu Ehren „Hillary Step“ genannt.

Seit dieser Erstbesteigung reizt es viele, einmal im Leben auf dem höchsten Berg der Erde zu stehen. Betuchte Personen ohne jede Klettererfahrungen geben bei Expeditionsanbietern zwischen 20000 und 65000 Dollar aus, um sich mit Hilfe von Sherpas auf den Berg führen zu lassen. Ein Deutscher starb zuletzt vor einem Jahr, als allein an einem Wochenende 600 Menschen den Aufstieg wagten und es am Gipfel zu gefährlichen, zeitverzögernden Staus kam. Neue Fixseile, die die Sherpas jetzt anbringen wollten, sollten das ändern. Wer aber das profitable Geschäft mit dem Massentourismus stört, der muss offenbar bluten. *Harald Tews*

Aschenputtel lässt grüßen

Telenovela: Entspannender Import aus Lateinamerika

Vor vielen Jahren geisterte der Begriff „Seifenopern“ durch alle Medien. Die heißen so, weil die ersten Serienproduzenten in den USA große Waschmittelfirmen wie Procter und Gamble oder Colgate Palmolive waren. Dort fand man also den Zusammenhang zum Badezimmerutensil. Unerwartet schlug einem in jüngerer Vergangenheit dann eine neuer Begriff um die Ohren: Telenovela.

Bereits 2004 startete das ZDF die erste deutsche Telenovela, die ARD zog im September 2005 nach. Und, weil das alles noch nicht reichte, krönte das ZDF das Ende des ersten sofort mit dem Anfang eines neuen TV-Romans. Spanisch: Telenovela. Wandelte zunächst eine gewisse Bianca auf verstaubten Pfaden zum Glück, versucht dann irgendeine Julia den gleichen Trampelpfad zu beschreiten, gefolgt von einer Tessa. Vielleicht haben die Autoren den Ehrgeiz, das ganze Alphabet weiblicher Vornamen durchzugehen. Dann wäre überraschungsfreie Unterhaltung an unseren Nachmittagen bis etwa zum Jahre 2030 gesichert. Interessant ist, dass das Ganze seinen Ursprung in spanisch sprechenden Ländern hatte. Es gibt unendlich viele Fakten über Telenovelas. Konzipiert wurde diese Unterhaltungsform in Lateinamerika. Seit den 1990er Jahren strahlt man die TV-Romane auch in anderen Regionen der Welt aus, zunehmend in Nordafrika und Osteuropa. Ihren Ursprung haben die Telenovelas im vorrevolutionären Kuba. Während die Arbeiterinnen in den Zigarren-Fabriken ihrer Arbeit nachgingen, bekamen sie Romane vorgelesen in Portionen, täglich eine Fortsetzung. 1930 übertrug man dann erstmals in Kuba eine Radio-Novela, zu Hörspielen umgearbeitete Romane.

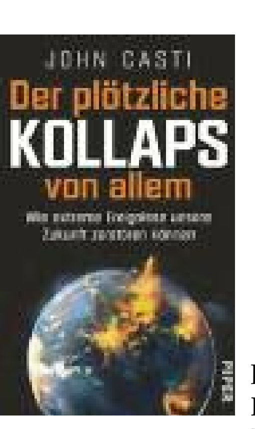
So unbekannt ist uns Europäern der Fortsetzungsroman nicht. Schon im 18. Jahrhundert erschienen populäre Werke der Weltliteratur in Zeitschriften. Begeisterte Leser spornten dann die jeweiligen Autoren an, ihre Geschichte immer wieder zu verlängern, was sich auf diese durchaus lukrativ auswirkte. Irgendwann, genaugenommen in den 1950er Jahren, begann man in Lateinamerika diese Fortsetzungsromane im Fernsehen zu senden.



„Sturm der Liebe“: Happy End Bild: ARD

Sehr erfolgreich und zu den besten Sendezeiten laufen die Produktionen in Mexiko und Brasilien. Hier wie dort findet man stereotype Charaktere sowie einfache Handlungsstränge und ein immer wiederkehrendes Märchenmotiv des armen, gutaussehenden Mädchens, das sich in den reichen Erben verguckt. Stets wird die Geschichte aus der Sicht des mehr oder weniger geschundenen Mädchens erzählt. Während die „Soap Opera“ ihre Handlungsstränge auf unbegrenzte Zeit wachhält, weicht die Telenovela hiervon ab und lässt ein Happy End erwarten. In der auf wenige Monate begrenzten Erzählzeit, wird das Publikum täglich durch den sogenannten Cliffhanger, ein offenes Ende jeder Folge, dazu gezwungen, am nächsten Tag weitersehen zu wollen. Das klassische Märchenmotiv des Aschenputtels oder Schneewittchens, in dem die böse Stief- oder Schwiegermutter dem lieben Mädchen Leiden verschafft, wird häufig verwendet und bietet somit Identifikationsmöglichkeiten. Intensives Miterleben findet über die Anteilnahme an den Schicksalen der beteiligten Personen statt. Man kann mit ihnen gefahrlos leiden, gehört in gewisser Weise dazu, muss aber etwaige Konsequenzen nicht tragen.

Leid, Traurigkeit und Freude, Genuss an ungebrochenen Gefühlen, Akzeptanz und Ausleben unterdrückter Emotionen. Alles das wird, soll man den literarischen Ausführungen Glauben schenken, durch das tägliche Einschalten einer Telenovela ermöglicht. Knapp 60 Minuten Therapie für umsonst und frei Haus. Warum beim Therapeuten viel Geld bezahlen, wenn eine Gesundung auch einfacher zu haben ist? *Silvia Friedrich*



Gefährliche Komplexität

Wo ein Kollaps droht?

Das letzte Buch der Bibel, die Offenbarung des Johannes, erzählt von vier apokalyptischen Reitern, die über die Erde rasen und Hunger, Krankheiten, Not, Kriege und letztendlich den Tod bringen. Der Autor des Buches „Der plötzliche Kollaps von allem. Wie extreme Ereignisse unsere Zukunft zerstören können“, der US-Mathematiker John Casti, geboren 1943 im US-Staat Oregon, hat eine vergleichsweise einfache These: Durch die zunehmende Komplexität einer globalisierten Welt wächst die Wahrscheinlichkeit, dass extreme Ereignisse („X-Events“) zu Katastrophen führen, die den Bestand der Menschheit unmittelbar bedrohen.

Casti ist in der einschlägigen Literatur kein Unbekannter; zu Problemen der globalen Gesellschaften hat er bereits mehrere vielbeachtete Arbeiten vorgelegt. Hier hat er aber keine Naturkatastrophen wie Erdbeben (Fukushima), Hurrikans (Orleans 2005) oder Tsunamis (Südostasien 2004) vor Augen, sondern solche, die aus menschlichem Handeln oder aus der von ihm entworfenen Technik resultieren. Von den elf Beispielen, die er aufzählt und detailliert erläutert, seien einige genannt, deren Zeichen bereits an der Wand stehen: Ein drohender Energiemangel kann zu extremen wirtschaftlichen und politischen Konfrontationen führen. Fast all unsere Einrichtungen, vom privaten Handy bis zu den per Computer überwachten Steuerungssystemen (Banken, Kraftwerke, Verkehrsregelungen, aber auch militärische Anlagen), letztlich alle Kommunikation hängen vom Funktionieren der elektronischen Netze ab. Ein lang anhaltender Internetausfall (Casti spricht von „digitaler Dunkelheit“) oder ein kontinentweiter elektromagnetischer Puls setzen jegliche Zivilisation lahm (Stromausfälle in New York, in Italien, aber auch schon in Deutschland waren warnende Vorboten).

Die weltweite Nahrungsmittelproduktion wird durch Spekulation auf immer weniger Sorten verengt. Ein über den Globus grassierender tödlicher Keim, der beispielsweise die Mais- oder Reisproduktion lahmlegt, hätte unabsehbare Folgen.

Schließlich zwei Themen aus Politik und Wirtschaft, die schon heute tagtäglich die Schlagzeilen bestimmen: Nicht ausgeschlossen ist, dass die Spannungen zwischen Israel und dem Iran zu einem nuklearen Schlagabtausch führen, der mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf die Region beschränkt bliebe. Und die seit dem Jahr 2008 andauernde Finanzkrise scheint nicht nur nicht überwunden, sondern verschärft sich, wie die Euro-Krise zeigt, fast täglich. Selbst zurückhaltende Beobachter wollen einen Zusammenbruch der Weltfinanzmärkte nicht mehr ausschließen.

Alles hängt mit allem zusammen, die Welt wird immer komplexer, die Komplexitäten müssen, um beherrschbar zu bleiben, ständig gesteigert werden (mehr Bürokratie, mehr Überwachung, intensivere Kontrollen), so dass es, wie Casti drastisch zeigt, letzten Endes zum katastrophalen Kollaps kommen kann. Die Technik wächst über uns hinaus, der Mensch hat Mühe, sie im Zaum zu halten.

> Technik, Finanzen: Alles hängt zusammen

Casti wäre nicht Amerikaner, wenn er nicht doch einen etwas optimistischen Ausblick gäbe. Es kann alles so kommen, es muss aber nicht so kommen. Es liege, so sein Fazit, an uns selbst, bedrohlichen Entwicklungen die Spitze zu nehmen. Das setzt viel Vernunft und Einsicht voraus, aber ist denn der Mensch nicht ein vernunftbegabtes Wesen?

Dirk Klose

***John Casti: „Der plötzliche Kollaps von allem. Wie extreme Ereignisse unsere Zukunft zerstören können“**, Piper, München Zürich 2012, 397 Seiten, 22,99 Euro*



Auch eine moralische Frage

US-Philosoph nennt Folgen der wachsenden Kommerzialisierung

Harvard-Professor Michael J. Sandel regt auch mit seinem neuen Buch „Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes“ massiv zum Nachdenken an. Nicht nur seine philosophischen Vorlesungen, über die die *PAZ* schon vor einiger Zeit berichtete, auch sein Buch ist gespickt mit Beispielen aus dem Alltagsleben, die im Grunde jeder kennt und die man zumeist einfach hinnimmt. Doch dem politische Philosoph Sandel gelingt es immer wieder, dass seine Zuhörer wie Leser innehalten und sich fragen, ob alles, so wie es jetzt ist, eigentlich richtig, vor allem moralisch korrekt ist.

So fragt er, ob es richtig ist, wenn Fluggäste der ersten Klasse die langen Schlangen vor den Sicherheitsüberprüfungen überspringen dürfen, nur weil sie mehr bezahlt haben. Und ist es vertretbar, wenn in den USA Lobbyisten Obdachlose dafür bezahlen, dass diese sich vor dem US-Kongress für sie in eine Warteschlange stellen, für jede Stunde Stehen bezahlt werden und dann kurz vor dem Einlass ihren Platz an den Lobbyisten abtreten? Bei vielen der Beispiele stutzt der Leser, und oft weiß er selber nicht, ob er diese Art der in den letzten Jahren zugenommenen Kommerzialisierung für richtig oder falsch befindet. Sandel selbst fällt selten ein Urteil. Er nennt überwiegend nur Pro und Contra und weist darauf hin, dass es ihn erschreckt, dass nirgendwo in der Gesellschaft die Debatte geführt wird, ob wir, in Deutschland genauso wie in den USA, die derzeitige Entwicklung von einer Marktwirtschaft zu einer Marktgesellschaft wirklich gutheißen und mittragen. Mit der Marktgesellschaft meint der Autor, dass fast alles und fast jeder inzwischen einen Preis hat. Auch sorge die Kommerzialisierung der Gesellschaft dafür, dass die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen zunehme, denn die Reichen könnten schließlich auch die neuen Preise bezahlen.

> Muss alles einen Preis haben?

Aber wo sind die moralischen Grenzen? Grundsätzlich habe kein Bürger ein Problem damit, wenn ein Versandhändler gegen Aufpreis eine Übernachtlieferung anbietet, wenn Privatpatienten jedoch sofort zum Arzt vorgelassen werden, während gesetzlich Versicherte Stunden im Wartezimmer warten müssen, ärgert das schon so manchen. Sandel nennt zahlreiche Beispiele aus den USA, wo man immer mehr mit Geld die Warteschlange umgehen kann, und sorgt dafür, dass man als Deutscher, der in einem Land lebt, wo die Kommerzialisierung noch nicht so stark vorangeschritten ist, keineswegs neidisch über den Ozean blickt. Das ist doch nicht gerecht, dürfte selbst der marktwirtschaftlichste Deutsche so manches Mal ausrufen.

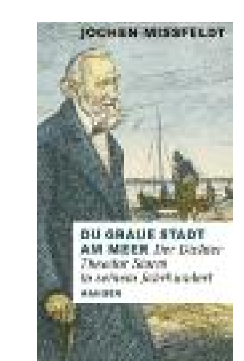
Sandel fragt auch, wo die Grenze liegt, um Anreize in Form von einer Belohnung zu schaffen. Im Kleinen kennt jeder das Beispiel, dass Eltern ihren Kindern Geld dafür versprechen, wenn sie ein gutes Zeugnis heimbringen. Doch ist es richtig, Schülern aus Problemvierteln zwei Dollar für jedes gelesene Buch zu bezahlen, um so ihre Lesefähigkeit zu verbessern? Ist es nicht Bestechung, wenn eine Krankenkasse ihren Versicherten Geld erstattet, wenn sie gesund leben? Darf man einer Drogenabhängigen dafür, dass sie sich sterilisieren lässt, als Belohnung 300 Dollar geben?

Gibt es Dinge, die für Geld nicht zu kaufen sein sollten, möchte Sandel wissen und nennt auch gleich Folgen, die es haben kann, wenn vorher durch Bürgerengagement und Ehrgefühl erledigte Dinge plötzlich für Geld zu haben waren. Nicht immer bedeutet das, dass auch jemand deswegen schlechter gestellt ist, manchmal profitieren sogar alle Beteiligten materiell, doch dafür gehen oft ideelle Werte verloren. Und was ist überhaupt mit Geschenken? US-Wissenschaftler haben ermittelt, dass durch falsche Geschenke in den USA Milliarden Dollar vernichtet werden. Demnach sei es viel einfacher, Geld zu schenken oder zumindest Wertgutscheine, damit könne sich jeder das kaufen, was er will und braucht, und unnütze Geschenke landen nicht mehr im Müll. Doch Sandel schildert auch, welche emotionale Verarmung damit einhergehen würde, wenn beispielsweise ein Paar zu seinem Hochzeitstag sich gegenseitig 50 Dollar in die Hand drücken würde. Ob Verkauf von Blut, Namensrechten oder Kindern; Sandel spricht die verschiedensten Bereiche an, in denen eine wachsende Kommerzialisierung eine Veränderung bewirkt.

„Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes“ war zurecht über Wochen auf der „Spiegel“-Bestsellerliste. Denn auch wenn die letzten beiden Kapitel inhaltlich schwächer sind als die ersten, ist die Lektüre des Buches ein Gewinn.

Rebecca Bellano

***Michael J. Sandel: „Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes“**, Ullstein, Berlin 2012, geb., 299 Seiten, 19,99 Euro*



Storm-Fans im Sturm erobert

Biografie über den Dichter gewann schon vor Veröffentlichung einen Preis

Das kommt wohl selten vor, dass ein Autor bereits für ein Buch, das sich noch in der Entstehungsphase befindet, mit einem Preis ausgezeichnet wird. So ist es aber Jochen Missfeldt, einem in Nordfriesland lebenden Schriftsteller, mit der in diesem Jahr zum 125. Todestag des Husumer Dichters Theodor Storm herausgegebenen Biografie ergangen: Bereits 2010 wurde ihm für sein zu dem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenes Werk der Theodor-Storm-Preis der Stadt Husum verliehen. Und auch das ist nicht alltäglich für eine biografische Monografie: Obwohl sich erst am 4. Juli dieses Jahres der 125. Todestag Storms jährt, lag das am 28. Januar erstmals erschienene Buch bereits zweieinhalb Monate später in der 3. Auflage vor.

Somit scheint alles auf ein gelungenes Werk hinzuweisen. Und in der Tat, der Leser wird nach der Lektüre seine Erwartungen gerechtfertigt finden. Es ist eine großartig geschriebene, faktenreiche und interessante Storm-Biografie, die der Hanser Verlag hier herausgegeben hat. Der Mensch und Dichter Theodor Storm rückt dem Leser in diesem Buch sehr nahe, zumal Missfeldt immer wieder Storm selbst in dessen ach so vielen Briefen, die er an seine Frau und Kinder, seine Freunde und Dichter-Kollegen gerichtet hat, sprechen lässt. Gleichzeitig weist der Autor nach, wie viel von Storms eigener Biografie in seinen Gedichten und Novellen jeweils steckt und den Anstoß zu dichterischer Verarbeitung gegeben hat.

Seine Faszination von der Stormschen Dichtung hat Missfeldt nicht zu einer verklärenden Darstellung der Persönlichkeit Storms verleitet. Missfeldt selbst gesteht nach seiner umfangreichen Recherche zu Storms Leben, dass ihn dieser „als Charakter verstört und vor den Kopf gestoßen“ habe. So ist mit dieser Biografie dann auch das Psychogramm eines recht egozentrischen Menschen entstanden, der gleich zu Beginn seiner Ehe eine Liebesbeziehung zu einer anderen Frau pflegte und der zeitlebens von noch sehr jungen Mädchen ins Schwärmen geraten konnte und der seine acht Kinder einerseits erstaunlich liberal erzog, sie andererseits aber bis zuletzt nach seinem Willen zu dirigieren versuchte. Storm gilt zudem als Mann, der gleichermaßen tolerant wie unduldsam, gütig wie jähzornig reagieren konnte und der bei allem „mit seiner Lyrik ein Meistersänger des Jahrhunderts, mit seiner Erzählkunst ein Wegbereiter der Moderne“ (Missfeldt) ist.

Matthias Hilbert

***Jochen Missfeldt: „Du graue Stadt am Meer. Der Dichter Theodor Storm in seinem Jahrhundert“**, Hanser, geb., 496 Seiten, 27,90 Euro*



Fehlgedeutet und missverstanden

Die Geschichte der Litauischen Nationalen Union: Von einer Splittergruppe zur Staatspartei

In seiner Dissertation „Die Litauische Nationale Union – Porträt einer (Staats-)Partei“ beschreibt der Historiker Michael H. Kohrs vordergründig die Entwicklung der litauischen Parteienlandschaft von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Annexion Litauens durch die Sowjetunion 1940, de facto aber die Geschichte Litauens von 1920 bis 1940. Besondere Aufmerksamkeit findet die „Litauische Nationale Union“, welche sich nach dem Militärputsch von 1926 von einer kleinen Honoratiorensplitterpartei hin zu einer staatstragenden Partei entwickelte, deren Mitgliedschaft für alle litauischen Staatsdiener, litauische Nationalisten, aber auch alle an wirksamer Kommunalpolitik Interessierten fast ein Muss war.

Kohrs beherrscht die litauische Sprache und kann folglich im Gegensatz zu anderen deutschen Historikern Quellen und neueste litauische wissenschaftliche Literatur im Originaltext nutzen. So gelingt es ihm immer wieder, die Auffassungen von namhaften Historikern wie Manfred Hellmann und Wolfgang Wippermann zu korrigieren. Die in Deutschland kaum bekannte Geschichte des litauischen Staatswesens der Zwischenkriegszeit, eines agrarisch geprägten Kleinstaates, erscheint dadurch in neuem Licht. Politisch eingeklemmt zwischen der Sowjetunion, Polen und Deutschland musste sich Litauen in seiner Existenz behaupten. Zu dieser komplizierten Situation trugen viele Fehler der chauvinistisch gesinnten litauischen Führungsschichten bei. Wegen der Wilna-Frage lebte man seit Anbeginn in Todfeindschaft mit dem Polen des Militärdiktators Jozef Pilsudski. Zur Sowjetunion bezog man eine eigenwillige Haltung, und der Vorgänger der späteren Staatspartei LTS schreckte aus Polenfeindschaft nicht davor zurück, klammheimlich zur Parteienfinanzierung sowjetisches Geld anzunehmen.

> Vom Faschismus weit entfernt

Um ein Stück Ostseeküste nebst Hafen und etwas Industrie zu ergattern, okkupierte man 1923 wider jegliches internationales Recht das Memelland. Obwohl zu 50 Prozent von ethnischen Litauern besiedelt, wollte aber im einst deutschen Memelland kaum jemand zu Litauen gehören, und so hatte sich Litauen zu seinen vielen sonstigen Problemen noch einen politischen Dauerkonflikt mit Deutschland aufgehalst, bis Hitler Anfang 1939 das Memelland triumphal „heim ins Reich“ holte. Litauen verstand es gut, seine außenpolitischen Feindschaften zu pflegen, war aber erfolglos im Gewinnen von Bundesgenossen.

Der 1926 vom Militär an die Macht geputschte Präsident Antanas Smetona war zwar im Lande zeitweise recht populär, doch das Land erfolgreich politisch und wirtschaftlich zu entwickeln, das gelang ihm einfach nicht. Dennoch wäre es verfehlt, wie es beispielsweise die sowjetische Geschichtsschreibung tat, Litauen von 1926 bis 1940 als eine „faschistische“ oder zumindest „profaschistische“ Diktatur anzusehen. Im Lande wurden zwar Kommunisten und Sozialdemokraten verfolgt, doch ebenso war, wie der Autor schreibt, Hitlers „Mein Kampf“ verboten. Gegen Deutschland wurde ab 1934, wie wir heute wissen, eifrig Militärspionage getrieben und die litauische Armee auf 30 000 Mann, ein Drittel der Stärke der deutschen Reichswehr, hochgerüstet. Litauen muss man folglich im Unterschied zum Hitlerschen Deutschland oder dem Italien Mussolinis eher als autoritäre Präsidialdiktatur im Verbund mit einer vorherrschenden Staatspartei betrachten. Im Lande existierten noch gewisse politische Grundrechte inklusive Wahlen und bemerkenswerterweise keinerlei rassistische Unterdrückung. Alles dies beschreibt auf quellenmäßig gut belegter Grundlage Michael H. Kohrs in seinem Buch, das wohl das Beste darstellt, was man derzeit in deutscher Sprache zum Litauen der Zwischenkriegszeit finden kann.

> Memelland-Annexion brachte Probleme

Jürgen W. Schmidt

***Michael H. Kohrs: „Die Litauische Nationale Union – Porträt einer (Staats-)Partei. Die Litauische Nationale Union (LTS) und ihre Bedeutung für das autoritäre Regime der Zwischenkriegszeit in Litauen 1924 bis 1940“**, Peter Lang, Frankfurt/M. 2012, 374. Seiten, 59,95 Euro*

Gottfried Piefke

Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche

Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein

1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch. Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij; 14. Armeemarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch

Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894



€ 14,95



Alfred M. de Zayas

Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts

Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335, € 29,80



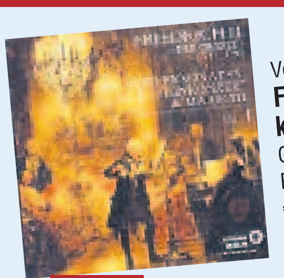
Gerhard Wisnewski

verheimlicht, vertuscht, vergessen

Was 2012 nicht in der Zeitung stand
Kart., 364 Seiten
Best.-Nr.: 7231, € 7,99

Musik von Friedrich II.





Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS"

Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



€ 19,95



Ursula Pasut

1945: Die Schatten der Flucht

Traumatische Erlebnisse in Ostpreußen - und die Geschichte einer späten Heilung
Kart., 143 Seiten
Best.-Nr.: 7230, € 8,99

Zogen einst fünf wilde Schwäne

24 Lieder aus Ostpreußen

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

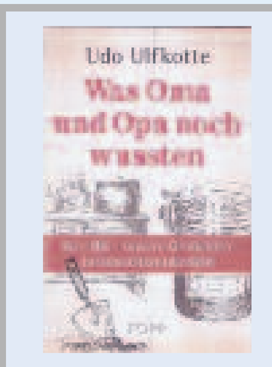
€ 12,95



Christel Wels

Wir hatten immer Angst

Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Udo Ulfkotte

Was Oma und Opa noch wussten

So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

André Feit, Dieter Bechtold

Die letzte Front

Die Kämpfe an der Elbe 1945 im Bereich Lüneburg – Lauenburg – Lübeck – Ludwigslust

Die Kampfhandlungen des zweiten Weltkriegs in Norddeutschland endeten noch nicht als die Briten am 19. April 1945 die Elbe östlich von Hamburg erreichten. Der Krieg war noch nicht vorbei, er ging weiter und forderte noch viele Menschenleben. Kaum ein Buch, kaum eine Chronik, berichtet mehr als einige Seiten von diesem erbitterten Ringen zweier Armeekorps auf jeder Seite.

Dieses Buch schildert ausführlich den Vorstoß der Briten an die Elbe, die Kämpfe um die letzten deutschen Brückenköpfe südlich der Strombarriere, in Artlenburg, Hohnstorf/Elbe, Bleckede, Neu Darchau und Dömitz. Es beschreibt den zehntägigen Aufmarsch des britischen 8. Corps und die Bemühungen der deutschen Führung in dieser Zeit an der Elbe eine »letzte Front« zu errichten. Blutjunge Rekruten des Heeres, der Waffen-SS, Polizisten, U-Boot Männer und Flugzeugbesatzungen ohne Flugzeuge müssen die Schützenlöcher und Gräben am Nordufer des Flusses besetzen.

Das Verhandlungsangebot der Briten und die Gespräche am Elbstrand lassen auf ein gutes Ende hoffen. Aber am frühen Morgen des 29. Aprils 1945 bieten die Alliierten noch einmal ihre gesamte Kriegsmaschine auf. Die Briten setzen bei Lauenburg und die Amerikaner einen Tag später bei Bleckede über die Elbe.

Bisher unbekannte Tatsachen und Details konnten mit Hilfe der letzten Zeitzeugen und in langjähriger Forschung ermittelt werden.

Geb., 348 Seiten, 187 Abbildungen, 17 x 24 cm
Best.-Nr.: 7232

€ 28,00

Ulrich Saft

Der Kampf um Norddeutschland

Das bittere Ende zwischen Weser und Elbe 1945

Am 5. und 6. April 1945 setzten Einheiten der 9. amerikanischen und der 2. britischen Armee südlich von Hameln und nördlich von Minden über die Weser. Den insgesamt 20 feindlichen, voll ausgerüsteten und kriegserfahrenen Divisionen mit schier unbegrenzter Luftwaffenunterstützung, die in schnellen Vorstößen - aus dem Ruhrgebiet kommend - die Weser in Niedersachsen erreicht hatten, stand auf deutscher Seite das letzte Aufgebot gegenüber. Den zusammengewürfelten deutschen Einheiten aus Splittergruppen ehemaliger Divisionen, aus den Trossen der eingeschlossenen Heeresgruppe B sowie aus Alarm- und Ersatzeinheiten fehlten schwere Waffen, Treibstoff und eine einheitliche operative Planung. Trotzdem führten die hoffnungslos unterlegenen deutschen Verbände einen verzweifelten, außerordentlich harten und tapferen Abwehrkampf zur Verteidigung Norddeutschlands, um den Durchmarsch der westalliierten Truppen zur Ostsee und Elbe zu verzögern. Das militärische Ziel war, den Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten den Landweg für ihre Flucht nach Westen möglichst lange offenzuhalten. Als am 3. Mai 1945 in Norddeutschland die Waffen endlich schwiegen, waren zwischen Weser und Elbe etwa 5000 aufopfernd kämpfende deutsche Soldaten gefallen. Mehr als 1 Millionen Flüchtlinge konnten in diesen wenigen Wochen dem Zugriff der Sowjet-Armee entkommen.

Geb., 704 Seiten, 570 Bilder und militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7164



€ 39,80

Neuauflage



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Märchen der Brüder Grimm

gelesen von Brigit Edenharter und Kristin Wolf

Brüderchen und Schwesterchen Vom Mäuschen, Vöglechen und der Bratwurst Die Geschenke des kleinen Volkes Das Wasser des Lebens Die drei Sprachen Der alte Großvater und der Enkel Der Teufel mit den drei goldenen Haaren



Spieldauer: 72:53 Min
Best.-Nr.: 7227

€ 14,95



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740

Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



NEU

Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter

Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221, € 14,95



Der Deutsche Osten

in alten Bildern

Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



Mit dem Ostpreußenlied

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Musique pour Luise

Das „Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900, € 14,95



Sommer in Ostpreußen 1942

In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203, € 12,95



Beate Szillis-Kappelhoff

Prußen – die ersten Preußen

Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler





1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52

Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



€ 17,95



Standbild Friedrich II.

Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst — 21/13

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Deutschlandbild zu positiv?

Berlin – Eine Werbeaktion der Supermarktketten „Rewe“ und „Penny“ sorgt für Aufregung: Unter dem Titel „Unser Deutschland“ können Kinder von vier bis 13 Jahren 180 Bilder für ein Album sammeln, das als „Liebeserklärung“ an unser Land verkauft wird. Linksextremisten, aber auch die bürgerliche Tageszeitung „Welt“ kritisieren, dass die dunklen Seiten der deutschen Geschichte in dem Album für Kinder nicht vorkämen. *H.H.*

Farbenstudent schwer attackiert

Göttingen – Linke Aktivisten haben in Göttingen einen Verbindungsstudenten mit einem Baseballschläger angegriffen und erheblich verletzt. Die Täter flohen danach in ein Haus, das als Zentrale der örtlichen linken Szene gilt. Der Korporierte war Gast aus Bayern und mit den Zuständen in der Unistadt nicht vertraut. Burschenschaften sind seit Monaten einer Welle von Angriffen aus Politik und Medien ausgesetzt, die gewalttätige Linke ermutigt. *H.H.*

ZUR PERSON

Karriere durch die Drehtür

Deutsche Automobilhersteller bauen die hochwertigsten und innovativsten Fahrzeuge, scheinen aber nicht in der Lage zu sein, ökologisch fortschrittliche Modelle zu entwickeln. Jedenfalls hat **Matthias Wissmann** Angst, dass die deutsche Automobilindustrie wegen einer kleinen EU-Richtlinie an Absatz einbüßt. Demnach sollen ab dem Jahr 2025 strengere Abgaswerte für Autos gelten. Als Präsident des Verbandes der Automobilindustrie hat Wissmann jetzt einen mit „Liebe Angela“ eingeleiteten Brief an Kanzlerin Merkel geschrieben, in dem er vor einem Verlust an Arbeitsplätzen warnt, sollte die Regel eingeführt werden.

Dass der oberste Autolobbyist Wissmann gegenüber der Kanzlerin einen kumpelhaften Ton anschlägt, hat einen guten Grund: Beide gehörten unter Helmut Kohl demselben Kabinett an. Als Verkehrsminister von 1993 bis 1998 brachte Wissmann beste Voraussetzungen für seinen heutigen Lobby-Job mit, den er seit 2007 ausübt, ohne groß in der Öffentlichkeit aufzufallen.

Ähnlich wie Kohls früherer außenpolitischer Berater, Horst Teltschik, der nach seinem Weggang aus der Politik bei einem Flugzeugbauer Karriere machte, oder dem früheren Chef der Bundesagentur für Arbeit, Florian Gerster, der später in einer einflussreichen Beraterfirma unterkam, nutzte Wissmann den von Lobby-Gegnern kritisierten „Drehtür“-Effekt von der Politik in die Wirtschaft. Seitdem er von 1973 bis 1983 Vorsitzender der Jungen Union war, ist Wissmann so gut vernetzt, dass ihm Ämter, in denen er die Strippen ziehen kann, nur so zufliegen. Dass sich der 64-jährige Rechtsanwalt jetzt Sorgen macht um eine Premiummarke wie Mercedes, die unter der neuen EU-Abgasrichtline am meisten leiden würde, liegt auf der Hand: Beide stammen aus Baden-Württemberg. Heimat verbindet eben. *H. Tews*



Zeichnung: Mohr

Wacher Wahnsinn

Warum Einbrecher auf die Politik vertrauen, wie die Ökostrom-Branche von Verrat bedroht wird, und warum man nicht »Goebbels« sagt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Na endlich, endlich reagieren die Innenminister von Bund und Ländern auf die ausufernde Zahl von Wohnungseinbrüchen in Deutschland. Immer mehr Menschen werden Opfer davon, die Aufklärungsquote sinkt und daher fühlen sich die Leute nicht mehr sicher. Das Vertrauen der Bürger in den Staat, der immer mehr besteuert, aber immer weniger beschützt, bröckelt.

Aber jetzt geht's los, jetzt wird gegengesteuert! Und zwar wie? Werden mehr Polizisten eingestellt? Grenzkontrollen wieder eingeführt? Greift der Staat also endlich durch und tut das, wofür wir ihn vor allem anderen bezahlen – für unseren Schutz nämlich?

Nun, nicht so ganz. Man will ja nicht gleich überreagieren. Die Innenministerkonferenz hat erst einmal beschlossen, ein „Lagebild“ erstellen zu lassen. Damit haben die Politiker Zeit gewonnen. Was da wohl drinstehen wird, in dem „Lagebild“, wenn es in ein paar Monaten (oder Jahren?) vorliegt? Vermutlich, dass die Zahl von Wohnungseinbrüchen in Deutschland ausufert und dass immer mehr Menschen Opfer davon werden. Dass die Aufklärungsquote sinkt und sich daher die Leute nicht mehr sicher fühlen. Außerdem dürften wir erfahren, dass dadurch das Vertrauen der Bürger in den Staat, der immer mehr besteuert, aber immer weniger beschützt, bröckelt.

Kurz: Es wird aus Expertenmund wiederholt, was sowieso alle wissen. Und das war's, wie so häufig.

Sind wir jetzt unfair? Ja, allerdings, denn es stimmt überhaupt nicht, dass die Politik nicht auch etwas Konkretes vorhätte. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius schlägt vor, dass man bei Neubauten bessere Schutzmaßnahmen gegen Einbruch gesetzlich vorschreibt.

Aha: Der Staat zieht sich aus der Sicherheit in dem gleichen Maße zurück wie er sich unserer Finanzen bemächtigt. Den Rest unseres Eigentums, den er uns nicht wegsteuert, den sollen wir dann gefälligst selber schützen, sonst gibt's 'ne staatliche Geldbuße wegen Verstoßes gegen die Bauordnung. Dass so etwas dabei herauskommt, wenn Politiker „ihre Verantwortung wahrnehmen“, hätten wir uns eigentlich denken können.

Ist Ihr Vertrauen jetzt wieder hergestellt? Ja? Dann noch einen drauf: Es ist nämlich auch nicht wahr, dass die Politik kein zusätzliches Geld für die Innere Sicherheit hätte. Die Wohnungseinbrüche sind dem Vernehmen nach nämlich sowieso nur Nebensache für die Minister. Viel wichtiger sei ihnen die Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Gewalt bei Fußballspielen. Da solle nun wirklich etwas geschehen. Man setzt eben Schwerpunkte.

Die professionellen Einbrecherbanden aus ganz Europa werden es der deutschen Politik danken, dass sie ihre Kräfte bei verdächtigen „Rechtsrock“-Konzerten und zu Bundesligaspielen zusammenzieht, derweil die Langfinger in Ruhe ihrer harten Arbeit am Fensterschloss nachgehen können. Gerade jetzt in der warmen Jahreszeit hat die Branche schließlich Hochkonjunktur.

> Erwärmung: Der Unterschied zu Januar ist, dass wir die Winterjacken jetzt offen tragen

„Warme Jahreszeit“? Wie man's nimmt: Der Unterschied zwischen Januar und jetzt ist auf die Erfahrung geschrumpft, dass wir unsere Winterjacken heute offen tragen. Da Wetter und Klima seit einiger Zeit hochbrisante Themen sind, hat das Bundesumweltamt nun energisch auf die Saukälte reagiert: „Und sie erwärmt sich doch!“ ist der Titel einer amtlichen Kampfschrift, die endgültig Schluss machen soll mit den unseligen Klimaleugnern. „Und sie erwärmt sich doch!“ – bei dem Titel hat man einen rotköpfigen, staatlich bestallten Wissenschaftler vor Augen, der wütend mit dem Fuß aufstampft.

In der Broschüre erfahren wir, dass nur noch korrupte Finsterlinge und strohblöde Journalisten an der Gewissheit vom menschengemachten Klimawandel zweifeln. Einige besonders üble Täter werden sogar namentlich an den Pranger gestellt. Das hatten wir seit Generationen nicht, dass sich der Staat höchstselbst in eine wissenschaftliche Diskussion einmischt und eine Position für einzig unumstößlich erklärt. Klingt irgendwie mittelalterlich.

Doch das Projekt ist offenkundig aus der Not geboren: Messungen der vergangenen 15 Jahre zeigen ebenso wie das, was wir im eigenen Garten erleben, dass das mit der prophezeiten Hitze irgendwie nicht eintreten will. Wenn aber die erlebte wie die gemessene Wirklichkeit derart von der Propaganda abweichen, dann muss man notgedrungen die Propaganda verschärfen.

Dabei müssen die Leute sie gar nicht wirklich glauben. Reicht schon, wenn sie sich nicht mehr trauen, ihren Zweifel öffentlich zu äußern. Neben einer wuchtigen Diffamierungs-Propaganda ist es natürlich auch wichtig, dass man mit Informationen sorgsam umgeht. Die Bürger sollten nicht alles wissen, schon gar nicht alles so genau.

Da kommt der Vorschlag der neuen Partei AfD einem unerhörten Verrat am klimapolitischen Konsens gleich: AfD-Chef Bernd Lucke fordert, dass die Subventionierung der Ökostrombranche „transparent“, also öffentlich durchschaubar gemacht werde. Um Himmels willen! Zu welchem Zweck haben wir die Milliarden, die dort abgesahnt werden, denn auf 40 Millionen private Stromrechnungen verteilt? Doch genau dazu, dass keiner sehen möge, wie viel da insgesamt wirklich weggeht! Und wer sich die Taschen damit füllt!

Luckes Vorschlag ist eine offene Attacke auf dieses Meisterwerk der Massenmelkerei. Es kommt noch schlimmer: Lucke will zusätzlich, dass die Subventionen nicht mehr über die Stromrechnungen, sondern über Steuern finanziert werden. Wir können uns doch wohl vorstellen, was passiert, wenn die Gesamtsumme plötzlich im Bundeshaushalt auftaucht. Dann müsste der Finanzminister alle Jahre wieder vor dem Volk erklären, was mit den Beträgen im zweistelligen Milliardenbereich eigentlich erreicht wird. Könnte ganz schön peinlich werden.

Auch für die Branche selbst. Die kann sich schlecht hinstellen und sagen: „Wir, die Windmilliardäre und Solarbonzen, weigern uns, den deutschen Verbrauchern und Steuerzahlern zu erklären, wofür und mit welchem Recht wir ihnen das Geld aus der Tasche ziehen!“

Leider könnte der AfD-Vorschlag bei den Gemolkenen ziemlich gut ankommen. Also müssen wir wohl oder übel noch einmal die Nazi-Keule gegen diese Stänkerer rausholen. Deren Schatten ist so groß, dass man darunter sogar die Pfründen der großen Klima-Bonanza verbergen kann.

Außerdem ist beim Nazi-Spiel wirklich alles erlaubt, wie uns das „Handelsblatt“ gerade vorgeführt hat. Der Chef der Internetausgabe, Oliver Stock, schrieb, die AfD würde „am rechtsextremen Rand nach Wählern fischen“. Darauf setzte ein Sturm der Entrüstung bei den Lesern ein: Einer beschuldigte Stock gar, an die Propagandamethoden eines Joseph Goebbels anzuknüpfen.

Ziemlich heftig, aber heftiger noch Stocks Reaktion, der zurückgiftete: „Mit dem Fischen am rechten Rand war die AfD bereits erfolgreich. Anders kann ich mir Kommentare, die beispielsweise unsere Berichterstattung mit der Propaganda eines Joseph Goebbels vergleichen, nicht erklären.“

Sie haben richtig gelesen: Es reicht „Joseph Goebbels“ zu sagen, egal wie man es meint, egal in welchem Zusammenhang – damit ist man „rechter Rand“. Das erinnert an eine Erfahrung, die auch die *PAZ* schon gemacht hat: Auf Seite 1 veröffentlichten wir ein Foto von einer Anti-EU-Demo in Athen, auf dem die EU-Fahne mit einem Hakenkreuz verunziert war. Prompt drohte ein Leser, dass er uns dafür wegen NS-Propaganda verklagen wolle.

Ja, sie sind pausenlos wachsam, die Kämpfer „gegen Rechts“. Psychologen warnen allerdings davor, immerzu wach zu bleiben. Der Mensch müsse auch mal ruhen, sonst könnten Wahnvorstellungen auftreten, die im Extremfall zu einer ernsten seelischen Erkrankung führen.

MEINUNGEN

*Im „Focus“ vom 13. Mai warnt der **israelische Militärexperte** Martin van Crefeld vor einem **Massaker an den 1,2 Millionen Alawiten in Syrien** durch die „Rebellen“ und **rät dem Westen**:*

„Wenn nötig, sollte er die Hilfe an die Rebellen einstellen und Assad erlauben, auf seinem Posten zu bleiben: Er ist die einzige Person, die das Land zusammenhalten kann. Um Bismarck zu zitieren: ‚Politik ist die Wahl zwischen Schlimmem und Schlimmerem.‘ Bei solch einer Wahl ist Assad sicherlich nicht das Schlimmste.“

*Der Finanzberater **Claus Vogt** zieht auf der Internetplattform „rottmeyer.de“ des bekannten Finanzjournalisten Frank Meyer („Telebörse“ auf NTV) eine **bittere Bilanz**:*

„Das europäische Einheitsprojekt ist längst gescheitert. Über den derzeit laufenden Versuch, es mit der Einführung flächendeckender Planwirtschaft und hemmungsloser Inflationierung durch die Zentralbank zu retten, müsste ich laut lachen, wenn ich die verheerenden Folgen dieser Weichenstellungen nicht kennen würde. Sie lauten Verlust von Wohlstand und Freiheit, Verarmung und Tyrannei. Das ursprünglich gut gemeinte europäische Einheitsprojekt nimmt immer deutlichere Züge einer sozialistischen Willkürherrschaft an: Die Nomenklatura genießt ihre Privilegien, entscheidet über die Köpfe der Bevölkerung hinweg und schert sich nicht mehr um Gesetze.“

***Holger Steltzner** geißelt in der „FAZ“ (17. Mai) die **Enteignung der Deutschen**:*

„In einer Welt ohne Zins wird Einkommen und Reichtum in aggressiver Weise umverteilt. Den Schaden haben Sparer, belohnt werden Kreditnehmer. In der Euro-Zone sorgt künftig die EZB dafür, dass über Ländergrenzen hinweg von Gläubigern zu Schuldnern umverteilt wird. Zum Glück hat die EZB kürzlich ihre Vermögensstatistik der Euro-Zone veröffentlicht. Jeder kann nachlesen, wo es die ärmsten Haushalte gibt, wo die Zahl der Hauseigentümer und der Kreditnehmer am niedrigsten ist. Ein Schelm, wer da an Deutschland denkt.“

***Dirk Kurbjuweit** bezeichnet im „Spiegel“ vom 13. Mai unsere Gegenwart bereits als **zweites Biedermeier** und ereifert sich über die **Politik der CDU-Chefin und Kanzlerin**:*

„In Merkels Bundesrepublik fehlt dieser Prozess des schöpferischen Streits weitgehend. Das Land dampft bräsig vor sich hin, und die Demokratie verkümmert durch die Unterforderung der Bürger. Auch bei der kommenden Bundestagswahl setzt Angela Merkel auf die asymmetrische Demobilisierung, und das ist ein Skandal. Man könnte den Begriff auch so übersetzen: Machterhalt durch langsames Ersticken der Wählerschaft. Oder so: Verbiedermeierung durch Merkels Wohlfühlpolitik. Darf das sein? Es wäre fürchterlich, würden spätere Generationen auch unsere Zeit vor allem mit Möbeln verbinden.“

*Das „Handelsblatt“ vom 16. Mai zitiert die **Vorsitzende des Sachverständigenrates der französischen Regierung**, Agnès Bénassy-Quéré:*

„Die beste Lösung für Europa wäre es, die Konzentration der Industrie in Kerneuropa zu akzeptieren und die Peripherie über Transfers an den Effizienzvorteilen zu beteiligen.“